

Marlis Roß

# Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder 1935

Die Patriotische Gesellschaft  
im Nationalsozialismus



Patriotische Gesellschaft  
von 1765





*Zur Erinnerung an die jüdischen Mitglieder  
der Patriotischen Gesellschaft*

Marlis Roß

# Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder 1935

Die Patriotische Gesellschaft  
im Nationalsozialismus

Vorwort	7
<b>I. Hamburg – eine Lieblingsstadt des Führers</b>	13
1. Gewalt und Verunsicherung	14
2. Der Weg in die Diktatur	15
3. Die Machtübernahme	17
4. Ausschreitungen und Boykott jüdischer Geschäfte	18
5. »In Hamburg war alles nicht so schlimm«	19
<b>II. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933</b>	23
1. Die Beruhigung durch ein Gesetz	24
2. Der »Arierparagraph« (BBG 3 a)	25
3. Folgen des Berufsbeamtengesetzes (BBG) für den öffentlichen Dienst	26
4. Juristen und Ärzte	28
5. Die »Entjudung der Bildenden Künste«	29
6. Die Vertreibung der Juden aus den Theatern	32
7. Der »Arierparagraph« und die Hamburger Wirtschaft	33
8. Kurt Perels und Kurt Saucke, zwei Mitglieder	35
9. Der »Arierparagraph« – ein Zivilisationsbruch	37
<b>III. Der Vorstandsbeschluss vom 24. September 1935</b>	39
1. Aspekte der Analyse	40
2. Die Situation ab Frühjahr 1935	40
3. Der Vorgang	42
4. Der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft und ihr Vorsitzender 1935	43

5. Auf Wunsch der Behörde für Volkstum, Kunst und Kirche	49
6. Die »kulturelle SA« und die Zusammenarbeit mit den staatlichen und parteiamtlichen Kulturstellen	51
7. Die Patriotische Gesellschaft – eine halböffentliche, gemeinnützige Gesellschaft?	55
8. »Die schwere Krisis der Patriotischen Gesellschaft«	58
<b>IV. Drei Schicksale ausgeschlossener Mitglieder</b>	65
1. Dr. Richard Robinow, 1875–1945	66
2. Dr. Erwin Garvens, 1883–1969	69
3. Heinrich Mayer, 1866–1942	71
<b>Jüdische Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft – Opfer des Nationalsozialismus</b>	82
<b>V. Der Umgang der Patriotischen Gesellschaft mit ihrer eigenen Geschichte</b>	85
1. »Es handelt sich um keine politische Gesellschaft«	86
2. »Wenn die Jugend heute zurückschaut und anklagt, so tut sie es mit Recht«	90
3. »Die Abfalldeponie des Kalten Krieges, Verdrängung genannt«	92
4. »Die guten Patrioten müssen bei der schwierigen, weil verschleppten Aufklärung von Verbrechen zur Nazi-Zeit mithelfen«	94
5. »Denn wir alle sind aufgeklärt«	94
6. »Die Anderen waren Deutsche wie wir«	97
Bibliographie	99
Impressum	111



# Vorwort

Am 24. September 1935 hat der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft beschlossen, den »Arierparagraphen« als Kriterium der Mitgliedschaft in die Gesellschaft einzuführen. Mit diesem Beschluss wurden viele jüdische Mitglieder, die zum Teil seit Jahrzehnten in der Gesellschaft mitgearbeitet hatten, ausgeschlossen, soweit sie nicht schon zu Beginn der NS-Diktatur ausgetreten waren.

Dieser Beschluss des Vorstands ist seit über zwei Jahren Gegenstand meiner intensiven Recherchen gewesen: Der Kontext dieses Beschlusses, die handelnden Personen und vor allem die Suche nach den Namen der ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder sowie die Folgen dieses Beschlusses für die Verfolgten waren Aspekte dieser Untersuchung.

## *Zur Quellenlage*

Die allgemeine Quellenlage zur Forschung über die NS-Diktatur ist gut – zudem ist seit ungefähr 1980 eine Fülle von historischen Darstellungen zu dieser Zeit erschienen. Gleichzeitig mit der Patriotischen Gesellschaft sind einige andere Hamburger Institutionen ihrer Geschichte nachgegangen, zum Beispiel der Verein für Hamburgische Geschichte, die Ärztekammer, die Staatsoper. Grund für diese Aktivitäten sind nicht nur die Wiedervereinigung und die Öffnung neuer Archive in Osteuropa, sondern auch der Tod vieler Täter und damit die Öffnung von Familienarchiven, dazu vermutlich auch die größere Unbefangenheit einer neuen, jungen Generation von Historikerinnen und Historikern. Ein Großteil der NSDAP-Akten in Hamburg wurde gegen Ende des Krieges auf Anweisung verbrannt. Im letzten Ministerialerlass vom 16. 2. 1945 wurde verfügt, dass alle Akten, deren Gegenstand antijüdische Tätigkeiten seien, abtransportiert werden sollten. Wenn ein Abtransport nicht möglich sei, sollten die Akten vernichtet werden, damit sie dem Feind nicht in die Hände fielen. Nur wenige Akten der Partei sind diesem Befehl entgangen.

Die Quellenlage zur Geschichte der Patriotischen Gesellschaft zur NS-Zeit ist nicht gut: Entscheidende Akten aus dem Archiv sind 1943 verbrannt oder während

des Krieges verschwunden. Vermutlich in einem Safe sind die Protokolle des Vorstands von 1934 bis Februar 1943 und die Protokolle der Vorstands- und Beiratssitzungen sowie der Mitgliederversammlungen ab September 1943 erhalten. Sie sind der Ausgangspunkt meiner Arbeit gewesen und, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der damaligen Situation widerspiegeln, entscheidende Texte meiner Analyse.<sup>1</sup>

Mitgliederlisten sind nicht erhalten – die letzte Mitgliederliste vor der Liste von 1952 ist 1913 erschienen. In den Protokollen wird erwähnt, dass eine Liste 1935 wegen der hohen Druckkosten abgelehnt wurde – 1939 wurde der Druck bewilligt. Eventuell privat aufbewahrte Mitgliederlisten konnte ich auch durch einen Aufruf im »Hamburger Abendblatt«, mit dem die Hamburger gebeten wurden, in privaten Archiven nach Akten der Patriotischen Gesellschaft zu suchen, nicht bekommen. Professor Meir Loewenberg aus Jerusalem, Leiter der Vereinigung ehemaliger jüdischer Bürger aus Hamburg, Bremen und Lübeck, bestätigte mich in der Vergeblichkeit meiner Suche.

Im Amtsgericht habe ich unter dem Vereinsregister V 44 zusätzliche Akten der Patriotischen Gesellschaft gefunden – freilich nur diejenigen, die dem Amtsgericht zur Kenntnis gebracht werden mussten (u. a. Protokolle von Wahlen, von Mitgliederversammlungen).

Selbstverständlich wäre meine Arbeit ohne das Staatsarchiv Hamburg überhaupt nicht vorangekommen.<sup>2</sup> Unter kundiger Hilfe habe ich dort Zugang zu Personalakten, Familienakten, Tagebüchern, Berichten, Briefwechseln etc. gefunden. In der »Forschungsstelle für Zeitgeschichte« bin ich im Rahmen der »Werkstatt der Erinnerung« auf Heinrich Mayer verwiesen worden, der nachweislich 1935 aus der Patriotischen Gesellschaft ausgeschlossen wurde (siehe Teil IV).

Schließlich sind die Gedenkbücher zu nennen: Die Namen der deportierten, ehemaligen Mitglieder fand ich zuerst im Hamburger Gedenkbuch »Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus« (1995). Dort sind 8.877 Hamburger Opfer mit Namen genannt. In der Database von Yad Vashem sind 3 Millionen Namen ermordeter Juden zu finden. Im bundesdeutschen Gedenkbuch des Bundesarchivs in Koblenz von 2006 schließlich sind die Namen von 149.600 Opfern verzeichnet, 21.600 Namen mehr als bei der ersten Ausgabe von 1986.

Die Quellensituation hat es mit sich gebracht, dass ich mein anfängliches Hauptziel, die Namen der ausgeschlossenen Juden zu finden, aufgeben musste – der Aspekt zu zeigen, wie es zu dem Vorstandsbeschluss gekommen ist, wurde daher immer wichtiger, genauso wie die Frage, wie ein so langes Schweigen in der Gesellschaft über diese Phase ihrer Geschichte möglich war. Freilich: Die Geschichte, der ich nachgegangen bin, ist weitgehend eine Geschichte des Vorstands der Gesellschaft gewesen. Eine nachdrückliche Reaktion oder Beteiligung der Mitglieder

1 Im gesamten Text werden die Protokolle immer mit dem Tag der Sitzung zitiert.

2 Ich danke ganz besonders Jürgen Sielemann für seine unermüdliche und zuverlässige Hilfe und Ermutigung (»Es kommt alles heraus!«).

an den Geschehnissen sind nicht erkennbar; bei den Mitgliederversammlungen aus der Zeit von 1934 an werden neben dem Vorstand immer nur wenige Mitglieder (»8 Mitglieder«, »10 Mitglieder« u.ä.) gezählt. Man mag eine Willensbekundung der Mitglieder in der hohen Zahl der Austritte sehen (siehe Teil III) – dieser Wille müsste allerdings interpretiert werden, und für eine solche Interpretation gibt es keine Anhaltspunkte. Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft wie die anderer Vereinigungen könnten auch ausgetreten sein, weil ihre Zwangsverpflichtung zur Mitgliedschaft in NS-Vereinigungen ihnen ohnehin sehr viele Beiträge abnötigte.

### *Ziel dieser Arbeit*

Es geht mir mit dieser Darstellung also darum, eine Phase der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft in Erinnerung zu bringen, die zu ihr gehört wie alle anderen Phasen ihrer Geschichte auch. Zu ihrem Selbst-Bewusstsein gehört, die Wahrnehmung ihrer Geschichte nicht nach Belieben zu löschen oder zu übersehen. Aus dem Subskriptionsbuch der Patriotischen Gesellschaft geht hervor, dass 1800 mit dem Kaufmann Ernst Wertheim der erste Jude in die Patriotische Gesellschaft aufgenommen wurde. 1802 folgten die Ärzte Joseph L. Levy und Joseph Hirsch Gerson, 1805 Daniel Veit, auch er Arzt, und die Geschäftsmänner Joseph und Abraham Mendelssohn. Abraham Mendelssohn, Sohn des Philosophen Moses Mendelssohn, war der Vater von Felix Mendelssohn, der 1809 in Hamburg geboren wurde. Nach seinem Bruder Joseph Mendelssohn, der nach der Gründung einer Filiale seines Berliner Bankhauses nach Hamburg gezogen war, folgte Abraham Mendelssohn mit seiner Familie nach Hamburg. Schwierigkeiten mit der französischen Verwaltung zwangen die beiden Brüder, 1811 Hamburg überstürzt zu verlassen und nach Berlin zurückzukehren. Dort ließ Abraham Mendelssohn seine Kinder 1816 in der Berliner Neuen Kirche evangelisch taufen, er selbst folgte 1817.<sup>3</sup>

Ich habe in den Akten und Darstellungen zur Geschichte der Patriotischen Gesellschaft keinen ausdrücklichen Beschluss gefunden, Juden als Mitglieder aufzunehmen. So haben wir uns die Aufnahme dieser Männer als Geste gegenüber aufgeklärten und verdienten Hamburgern zu denken. Auf jeden Fall unterschied sich die Patriotische Gesellschaft in dieser Geste ausdrücklich von der Bürgerschaft, die im »Reglement für die fremden Religionsgemeinschaften« den Juden als der größten religiösen Minderheit das »Recht der freien und ungestörten Religionsausübung« 1785 verweigerte und die Gewährung der Gleichberechtigung in der kurzen Zeit der französischen Herrschaft sofort nach deren Ende zurückzog. Am Anfang des 19. Jahrhunderts gilt, was Franklin Kopitzsch zusammenfasst: »Auch in der Toleranzgesinnung und Toleranzpraxis war die Sozietät der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung um einige Jahre, ja anfangs Jahrzehnte voraus.«<sup>4</sup>

3 Die Informationen über die Familie Mendelssohn verdanke ich dem Buch von Eckart Kleßmann, *Die Mendelssohns. Bilder aus einer deutschen Familie*. Frankfurt am Main und Leipzig 1993, hier S. 90/91

4 Franklin Kopitzsch, *Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona*. 2. Auflage, Hamburg 1990, S. 562

1935 hat die Patriotische Gesellschaft mit einem Beschluss, der ihre gesamte Tradition in Frage stellte, Juden aus ihren Reihen ausgeschlossen – und diesen Bruch ihrer Geschichte nicht thematisiert.

Die Nachforschungen, wie es dazu kam, sind Teil der historischen Forschung, kein moralisches Unternehmen. Die Frage nach dem »Warum« solchen Handelns werde ich in dieser Darstellung nicht beantworten. Es geht um diese Frage, wie etwas in der Welt sein könne, von dem wir uns nicht haben vorstellen können, dass es möglich ist. »Und die Antwort, die die Geschichtsschreibung und die Sozialwissenschaften geben können, ist, nur zu zeigen, dass es in der Welt ist – weil es der Fall ist, ist es möglich gewesen.«<sup>5</sup> Insofern ist historische Arbeit auch immer eine Form der Aufklärung, auch über die Möglichkeiten des Menschen.

Zweifellos gibt es neben dem sachorientierten Aspekt dieser Untersuchung, neben dem historischen Interesse und der Faszination durch die Geschichtsforschung immer auch einen subjektiven Aspekt. Das Lesen in Totenbüchern, Akten, Briefen war für mich auch ein Akt der Trauer, der nichts mit ritueller Erinnerungs- oder Gedächtnisarbeit zu tun hat. Am besten kann ich mit den Worten Saul Friedländers mitteilen, was mich bei dieser Arbeit bewegt hat. »Die Deutschen sind jetzt ein normales Volk, und eine gewöhnliche Gesellschaft wie jede andere. Niemand, der dies ausspricht, sollte und würde deswegen in irgendeinen Verdacht geraten. Aber ist eine normale Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Erinnerung, eine, die sich der Trauer entzieht, eine, die sich von der eigenen Vergangenheit abwendet, um nur noch in der Gegenwart und Zukunft zu leben?«<sup>6</sup>

*»Sie konnten nicht anders, sie mussten so handeln«*

Dieser Satz, auch von Mitgliedern der heutigen Patriotischen Gesellschaft geäußert, könnte – abgesehen von einem eher moralischen Rechtfertigungsversuch, der gar nicht Inhalt der Forschung sein kann – jegliche weitere Analyse historischen Handelns blockieren.

Es soll verständlich werden, wie es zu dem Vorstandsbeschluss kommen konnte – aber auch so, »daß sichtbar bleibt – oder erst wird – daß die Ereignisse Taten gewesen sind, die hätten unterbleiben können, wenn die, die sie begangen haben, es anders gewollt hätten.«<sup>7</sup> Der einfache Vorgang am 24. 9. 1935 steht im Zusammenhang mit der Verfolgung einer Minderheit, mit deren sozialer Einschnürung, und das Leid dieser Menschen ist über sie gekommen, »weil sich andere Menschen auf eine bestimmte Weise verhalten haben und nicht anders«. Diese anderen Menschen haben sich dabei nicht als »Getriebene« verhalten, sondern als Menschen, »die von ihrer Freiheit Gebrauch gemacht haben«.<sup>8</sup>

5 Jan Philipp Reemtsma, Nationalsozialismus und Moderne. In: Mord am Strand. Hamburg 2000, S. 175 ff., hier S. 202

6 Saul Friedländer, Gebt der Erinnerung Namen. In: Saul Friedländer/Jan Philipp Reemtsma, Gebt der Erinnerung Namen (Reden zur Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises 1998). München 1999, S. 27 ff., hier S. 34

7 Jan Philipp Reemtsma, Laudatio auf Saul Friedländer. In: Gebt der Erinnerung Namen, S. 9 ff., hier S. 16

8 Ebenda, S. 19

Von keinem Menschen wird verlangt, zum Märtyrer zu werden oder in den Widerstand zu gehen. Menschen haben Handlungsspielräume, es gibt auch in einer Diktatur die Handlungsspanne zwischen Märtyrertum und anständigem Verhalten. Auch die Mitglieder des Vorstands der Patriotischen Gesellschaft wie auch diejenigen, die den Beschluss des Vorstands auf der Mitgliederversammlung von 1936 gebilligt haben, haben sich in einer bestimmten Weise verhalten – und eben nicht anders. Einmal – im Protokoll vom 30. 11. 1939 – gerät eine Alternative des Verhaltens in den Blick: Hallier schlägt vor, dass die Gesellschaft angesichts der Drohung, in den Verein Niederdeutsches Hamburg eingegliedert zu werden, sich selbst auflösen solle, »statt ruhmlos unterzugehen«. Die Auflösung der Gesellschaft wäre 1935 eine Alternative gewesen – es gab viele Gründe dagegen, aber die Alternative bleibt.

#### *Zum Aufbau des Textes*

Ich führe in zwei Kapiteln in die historische Situation 1933 in Hamburg und in die Bedeutung und Folgen des »Arierparagraphen« ein (Teil I und II). In Teil III analysiere ich das Protokoll vom 24. 9. 1935 im Kontext der Forschung und anderer Akten. Drei Betroffene dieses Beschlusses stelle ich in Teil IV vor. In Teil V gehe ich der Frage nach, wie sich die Patriotische Gesellschaft nach 1945 zu diesem Teil ihrer Geschichte verhalten hat.



# I. Hamburg – eine Lieblingsstadt des Führers

## 1. Gewalt und Verunsicherung

Der Beginn der NS-Diktatur war für viele Hamburger eine extrem unruhige Zeit. Das Ende der Weimarer Republik war von Gewalt auf den Straßen bestimmt, und die neue Regierung wäre ohne die gewalttätigen Exzesse vor der Wahl im März 1933 und ohne die Ausschaltung ihrer Gegner gar nicht zustande gekommen, die Gewalt nahm jetzt staatlich sanktionierte Formen an.

Neben der von Massenaufmärschen und Terror begleiteten Machtübernahme und Machtübertragung, neben Gleichschaltung und Anpassung gab es auch weiterhin Parallelwelten, die »Kontinuität des Gewohnten, der Freizeit, des Sports, ganz so, als ob sich nichts verändert hätte«. <sup>1</sup> Und natürlich wurde der Beginn einer neuen Regierung auch mit Hoffnungen und Erwartungen verbunden. In einer Art Zustimmungseuphorie wurden die Zeichen der beginnenden Diktatur übersehen oder verkannt, obwohl die Nationalsozialisten nie ein Hehl aus der Art ihrer Politik machten.

Die gewünschte Ruhe war allenfalls oberflächlich, das wurde jedem klar, der die offenen Aggressionen gegen andere beobachtete, aber auch jedem, der im Beruf und in der Öffentlichkeit die Veränderungen erlebte. Überall kam es zu Entlassungen, zu Diskriminierungen ehemalig hochangesehener Bürger, es gab neue, undurchschaubare Hierarchien, Strukturen, deren Aufbau undurchsichtig war und die sich dazu ständig änderten. Immer neue Auseinandersetzungen in öffentlichen Gremien wurden bekannt, die Angst um den Arbeitsplatz in einer ohnehin katastrophalen Wirtschaft bestimmte das Anpassungsverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger. Es gab eine Fülle von neuen Gesetzen und Ausführungsbestimmungen und das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber willkürlicher Interpretation der Gesetze.

Das Durcheinander der jeweiligen Instanzen, Zuständigkeiten war unvorstellbar. Allein im Bereich der Kultur konkurrierten mehrere Institutionen, Vereinigungen o. ä. miteinander. Ich zähle auf: der Kampfbund für deutsche Kultur, die NS-Kulturgemeinde, die Reichskulturkammer, das Innenministerium, das Amt Rosenberg, der Reichsverband Deutsche Bühne, DAF und dann KdF, Reichsbund Volkstum und Heimat – dazu immer noch lokale Unterabteilungen. Diese Institutionen existierten teilweise nebeneinander, konnten dann zusammengelegt oder auch ganz aufgelöst werden. In diesem Gemenge zeichnet sich gewiss das Zentralproblem des Einheitsstaates ab: das Verhältnis von Partei und Staat. Es bleibt die Frage, ob dieses Durcheinander eine planvolle Machtzersplitterung war, um die gesamte Machtstruktur auf diese Weise für die Bevölkerung undurchschaubar zu machen, oder ob immer wieder dokumentiert werden sollte, dass nationalsozialistische Führungsgruppen die Herrschaft beanspruchten. <sup>2</sup> In den verschiedenen Institutionen konkurrierten meist ehrgeizige Männer miteinander (wie auch

1 Axel Schildt, *Jenseits der Politik? Aspekte des Alltags*. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Hamburg im »Dritten Reich«*. Hamburg 2005, S. 249 ff., hier S. 249

2 Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner*. Stuttgart 1970, S. 102

in Hamburg, siehe Teil II) – über allem blieb Hitler auf diese Weise scheinbar unanfechtbar. Unklar bleibt, ob in diesem Chaos, das die Bürgerinnen und Bürger verstörte, nicht eine grundsätzliche Unfähigkeit der NS-Diktatur dokumentiert ist, die durch einen funktionierenden Beamtenapparat aufgefangen wurde.

Gleichzeitig wurden die Hamburger vor allem durch die Tageszeitungen von einer anhaltenden Rhetorik und Propaganda des Neuanfangs, des Aufbruchs in eine bessere Zeit überschwemmt. Die Idee der »Volksgemeinschaft« war nicht neu, wurde aber in immer neuen Variationen den Menschen eingehämmert (ohne dass klar war, was eigentlich darunter zu verstehen war). Zumindest erhoffte man sich unter diesem Begriff zugleich die Feststellung, dass alle vorgeblichen oder tatsächlichen Demütigungen aus dem Ausland und damit die Folgen von Versailles ein Ende haben würden.

Dennoch war die NS-Herrschaft keine Sache dumpfer Volksmassen, die NSDAP keine Partei der kleinen Leute. Die sogenannte Elite dieser Gesellschaft in Deutschland, aus deren Reihen ein in der Menschheitsgeschichte bis dahin unbekanntes Verbrechen entwickelt wurde, bestand in den entscheidenden Organisationen – zum Beispiel auch im Reichssicherheitshauptamt – in der Regel aus überdurchschnittlich intelligenten, sehr jungen Männern, humanistisch gebildet, aus der Mitte und aus den oberen Rängen der Gesellschaft. Bildung und Kultur sind keine Garantie dafür gewesen, dass unmenschliches Verhalten durch sie verhindert werden könnte.

Von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern, auch von einigen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, wurde das NS-Regime zunächst als eine vorübergehende Erscheinung, deren Ende abzusehen war, wahrgenommen. Eine Diktatur bisher unbekanntes Ausmaßes, eine systematische Politik der Verfolgung und schließlich der Ermordung von Millionen von Menschen waren nicht vorstellbar.

## 2. Der Weg in die Diktatur

Die NSDAP hatte in Hamburg nie eine Mehrheit – trotzdem war Hamburg für Hitler eine seiner Lieblingsstädte und sollte – neben Berlin, München, Nürnberg und Linz – zu einer der fünf Führerstädte werden, in der gigantische Bauten geplant waren. Keine Stadt – außer den Parteistädten – hat Hitler so oft besucht wie Hamburg, nämlich 33-mal von 1925 bis 1939. Schon am 28. 2. 1926 hielt Hitler eine zweieinhalbstündige Rede im Festsaal des »Atlantik« vor Gästen des »Hamburger Nationalclubs von 1919«, offenbar mit großem Beifall der anwesenden Honoratioren für die Ziele seiner Politik. Bei Abschlusskundgebungen vor den Bürgerschaftswahlen 1927 und 1928 sprach Hitler vor Tausenden von Zuhörern.

Wenig bekannt war lange, dass Hamburg geradezu eine Hochburg nationalistischer, völkischer und antisemitischer Gruppierungen war. Die Judenfeindschaft war in großen Teilen des Mittelstands weit verbreitet – ebenso Vorurteile über angebliche Machenschaften der Juden, die durch Aufhetzung der redlichen deutschen Arbeiter zur Revolution 1918 geführt hätten. In Hamburg gab es den Flotten- und Kolonialverein, vor allem aber den »Alldeutschen Verband« und den 1883 gegründeten »Deutschnationalen Handlungsgehilfen Verband« (DHV), der seine Zentrale in Hamburg hatte. Zu den Mitgliedern des Verbands gehörten überwiegend kaufmännische Angestellte völkisch-nationaler Gesinnung.<sup>3</sup> Um sich von liberalen und sozialdemokratischen Verbänden abzugrenzen, führte der DHV seinen Kampf um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem Feindbild des wirtschaftlich erfolgreichen, kapitalistischen Juden. Durch die Verbindung mit dem Versicherungskonzern »Deutscher Ring« und mit der »Hanseatischen Verlagsanstalt« verfügte der DHV über erhebliche finanzielle Mittel, über die Verlagsanstalt dazu über die Förderung und über die Möglichkeit zur Verbreitung nationalistischer und völkischer Literatur und Publizistik.<sup>4</sup> 1934 gliederte sich der DHV mit seinen 380.000 Mitgliedern freiwillig der Deutschen Arbeitsfront ein, die am 10. 5. 1933 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften gegründet wurde. Mit anderen antisemitischen und völkischen Vereinen zusammen ging von diesen Vereinigungen eine antisemitische Hetze aus, die schon vor 1933 zu Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen führte.

Die Entstehung des politischen Begriffs »Antisemitismus« ist mit einer Hamburger Person verbunden, dem Bürgerschaftsabgeordneten Wilhelm Marr, der während der Revolution 1848 zu den radikalen Demokraten gehört hatte und in Hamburg als »Rötester der Roten« galt. Noch während seiner radikalen Phase wurde er zum Judenhasser. Moshe Zimmermann sieht einen der Gründe in diesem Wandel darin, dass Marrs Gegner in Hamburg Juden waren (zum Beispiel Gabriel Riesser, der stellvertretende Präsident der Nationalversammlung in Frankfurt am Main) und dass er wie viele, die nach der Reichsgründung unzufrieden waren und persönliche Misserfolge erlebten, die Schuld daran den Juden zuschob.<sup>5</sup> Die Kritik an der Judenemanzipation war damals gängiges Thema unter den Enttäuschten und Verbitterten. Der Begriff »Antisemitismus«, 1879 erstmals verwendet, galt als »anständiger Ersatz« für verbrauchte Begriffe wie »Judenfeindschaft« oder »Judenfresser« und sollte einen wissenschaftlichen Anspruch verkörpern. Den Begriff hätte es in Deutschland beinahe nicht lange gegeben, weil die Nationalsozialisten Sorge hatten, dass andere »Völker semitischer Sprache« verletzt werden konnten. Goebbels wies die Presse vor Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 an, den Begriff »Antisemitismus« nicht mehr zu verwenden, da der Kampf des deutschen Volkes sich nur gegen die Juden richte.<sup>6</sup>

3 Ursula Wamser/Wilfried Weinke, Antisemitismus. In: Ursula Wamser/Wilfried Weinke, Eine verschwundene Welt. Jüdisches Leben am Grindel. Hamburg 2006, S. 172 ff., hier S. 173 (und passim)

4 Axel Schildt, Einleitung. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 9 ff., hier S. 17

5 Moshe Zimmermann, Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung. Paderborn 2005, S. 25 ff., hier S. 29/30

6 Ebenda, S. 38

### 3. Die Machtübernahme

Die NSDAP erzielte schon vor 1933 gute Wahlergebnisse in Hamburg – als typische Protestpartei fand sie bei Angehörigen aller Bevölkerungsschichten Zustimmung, besondere Sympathie wurde der Partei vom neuen und alten Mittelstand entgegengebracht (Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende). Zwischen der Bürgerschaftswahl im April 1932 und der Reichstagswahl 1932 erreichte die NSDAP 31,2% der Stimmen.

Hamburg war auf die Machtübernahme vorbereitet und auch dafür bereit. Die ersten Wahlen nach der Machtübernahme am 30. 1. 1933 fanden am 5. 3. 1933 wie überall im Reich auch in Hamburg vor dem Hintergrund massiver Gewalt statt: Vor allem die Kommunisten wurden verfolgt, 75 KPD-Funktionäre wurden verhaftet, sämtliche Flugblätter eingezogen. Als das »Hamburger Echo« Anfang März verboten wurde, traten die sozialdemokratischen Senatoren am 3. 3. 1933 zurück, Bürgermeister Carl Petersen folgte ihnen am Tag darauf.

Die NSDAP war bei der Reichstagswahl zwar stärkste Partei geworden, hatte aber nicht die Mehrheit und musste, als im Zuge des Gesetzes zur Gleichschaltung ein neuer Senat gebildet werden sollte, mit anderen Parteien koalieren (Deutschnationale Volkspartei DNVP mit Stahlhelm, Deutsche Staatspartei DStP, Deutsche Volkspartei DVP). Die neue Bürgerschaft trat am 8. 3. 1933 zusammen – die 26 Sitze der KPD-Abgeordneten, die alle verhaftet worden waren, blieben leer. Vor dem Rathaus hatten sich Hunderttausende versammelt. Vincent Krogmann, der neu zu wählende Bürgermeister (bei der Wahl noch nicht Parteimitglied) hatte die Hauptpastoren – unterstützt von Simon Schöffel, dem ersten Bischof der Evangelischen Landeskirche – dazu gebracht, trotz Bedenken alle Kirchenglocken während und nach der Vereidigung der neuen Senatoren läuten zu lassen. Die Musikkapellen spielten »Nun danket alle Gott«. Der Aufmarsch der SA, des »Stahlhelm«, der nationalen Verbände und der Polizeitruppen war ein deutliches Zeichen: »Die Weimarer Republik fand am 8. März 1933 in Hamburg ihr Ende. Der Weg war frei für die Gleichschaltung, Auflösung und Zerschlagung aller demokratischen Einrichtungen. Die Diktatur begann.«<sup>7</sup>

Nicht nur die jubelnden Menschenmassen – beeindruckt von dem Gefühl eines wirklichen Aufbruchs – wollten die Zeichen der Gewalt nicht erkennen – auch die Elite Hamburgs nahm das Ende der Demokratie nicht wahr: »Pack kommt, Pack geht. Nach dieser Devise ließen wir den Dingen ihren Lauf.«<sup>8</sup>

7 Ursula Büttner, Der Aufstieg der NSDAP. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 27 ff., hier S. 64

8 Stefanie von Viereck, Hinter weißen Fassaden. Alwin Münchmeyer, Ein Bankier betrachtet sein Leben. Hamburg 1988, S. 122 (im Folgenden zitiert als »Münchmeyer«)

#### 4. Ausschreitungen und Boykott jüdischer Geschäfte

Schon vor dem Boykott am 1. 4. 1933 häuften sich in Hamburg die Überfälle der SA, Drohungen und Belästigungen jüdischer Bürger, es kam zu Friedhofschändungen und zu einer ersten Synagogenschändung. Seit 1931 verfügte die NSDAP über eine eigene Tageszeitung, das »Hamburger Tageblatt«, die offen ihren Antisemitismus propagierte. So heißt es zum Beispiel in der Ausgabe vom 18. 4. 1932: »Es bleibt dabei trotz aller feierlichen Erklärung der Juden: Der Jüdische Geist ist der Geist der Zersetzung, der die Barbarei heraufbeschwört. Darum muß er aus dem deutschen Raum gebannt werden.«<sup>9</sup> Und am 22. 4. 1932 wird wie unter Vorwegnahme des Berufsbeamtengesetzes gefordert: »Wir verlangen das Ausscheiden der Juden aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens. Wir wollen keine jüdischen Minister, keine jüdischen Polizeiherrn, keine jüdischen Ärzte und Richter.«<sup>10</sup>

Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger vollzog sich von Anfang an in aller Öffentlichkeit mitten in Hamburg, oft unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung – und die ständigen Ausschreitungen der SA ließen keinen Zweifel daran, was den Juden bevorstand. So wurde auch der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. 4. 1933 in aller Öffentlichkeit organisiert. Die Richtlinien zur Durchführung ließ Julius Streicher auf der Titelseite des »Hamburger Tageblatt« verkünden und als Abwehrkampf gegen »internationale Greuel- und Boykotthetze« legitimieren. Die Ausschreitungen wurden schon im März mit einer vorläufigen Besetzung der Hamburger Kaufhäuser Hermann Tietz, Karstadt, EPA und Woolworth begonnen. Auf dem Dach der Firma Karstadt – die keinen jüdischen Eigentümer hatte – hissten SA-Männer die Hakenkreuzfahne. Als Karstadt darauf alle jüdischen Angestellten entließ, blieb das Kaufhaus vom Boykott am 1. 4. 1933 verschont. Antijüdische Hetze gab es im Tageblatt auch gegen das Schauspielhaus und gegen die Oper. Auch vor Arztpraxen marschierte die SA auf.

Am 1. 4. 1933 zog die SA vor den Geschäften jüdischer Inhaber auf: Die Posten hielten Schilder mit Boykottaufrufen und Schmähungen hoch und versuchten, Käufer am Betreten der Geschäfte zu hindern. Inhaber und Käufer wurden attackiert, die Scheiben der Geschäfte beschmiert. Im Grindelviertel kam es während der gesamten Frühlingsmonate 1933 zu »Judenjagden«.

Der Boykott im April 1933 muss auch im Zusammenhang mit der sich in Hamburg seit Ende 1929 verschärfenden Wirtschaftskrise gesehen werden. Die Arbeitslosigkeit stieg in Hamburg im Vergleich zum Reich sehr stark, und besonders Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmungen mussten immer häufiger Konkurs anmelden. Die NSDAP und auch andere rechte Parteien nutzten diese Notlage aus, indem sie die Ursachen dafür der jüdischen Konkurrenz zuschieben, die auf diese Weise ausgeschaltet werden sollte.

<sup>9</sup> Wamser/Weinke, Antisemitismus, S. 179

<sup>10</sup> Ebenda

## 5. »In Hamburg war alles nicht so schlimm«

»Wir Hamburger haben uns später oft darauf berufen, daß bei uns ›alles gar nicht so schlimm‹ gewesen sei. Wir hätten die Nationalsozialisten nicht gemocht, die Nationalsozialisten hätten uns nicht gemocht ... Wir hielten gern an dieser Vorstellung fest. Wenn ›alles gar nicht so schlimm‹ gewesen war, trugen wir doch wohl auch keine ›schlimme Schuld‹.«<sup>11</sup>

In der Nachkriegsgeschichte Hamburgs sind eine lange Zeit – ungefähr bis in die 70er Jahre – zwei »Legenden« gepflegt worden: In Hamburg war alles nicht so schlimm, auch die Judenverfolgung nicht, und diese Tatsache sei auch dem Reichsstatthalter Kaufmann zu verdanken, der Hamburg zu einer Art »Sondergau« habe werden lassen – darauf bezieht sich Alwin Münchmeyer. Und: »Hamburg ist vor der endgültigen Zerstörung durch den weitsichtigen Reichsstatthalter Kaufmann gerettet worden.«

### *Der weitsichtige Reichsstatthalter*

Ich gehe zunächst auf die zweite Legende ein. Die Geschichtsforschung ist heute einhellig der Meinung, dass die kampflöse Übergabe Hamburgs an die Engländer durch Kaufmann »reines Kalkül« gewesen sei.<sup>12</sup> Noch bis Ende April deutete nichts auf eine kampflöse Übergabe hin, ein innerer und ein äußerer Verteidigungsring wurden in Hamburg gebaut, um den Forderungen aus Berlin nachzukommen. Kaufmann aber hatte schon im Herbst 1944 vorgesorgt: Er übertrug den Pachtvertrag für ein Haus und eine Jagd an seine Frau, in der Hoffnung, dass sie im Falle von Gerichtsverhandlungen gegen ihn nicht enteignet werden würde.<sup>13</sup> Den Briten gegenüber versuchte er, unterstützt durch Rudolf Petersen, sich als moderaten Nationalsozialisten zu präsentieren und dabei auch auf die kampflöse Übergabe Hamburgs zu verweisen. Dennoch wurde er im Mai 1945 nach Neuenhamme gebracht, um als Zeuge gehört zu werden. Als er im Juni 1946 nach Nürnberg vorgeladen wurde, verunglückte er auf der Fahrt dahin so sehr, dass er 1948 aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen wurde.

### *Die Legende vom »Sondergau Hamburg«*

Die Gleichschaltung vollzog sich in Hamburg in gleichem Tempo und mit gleicher Brutalität wie im gesamten Reichsgebiet. Verfolgung und Ausgrenzung der Juden begannen auch hier vor 1933, und der latente Antisemitismus in Hamburg wurde nach 1933 besonders nachdrücklich von dem im Übrigen einflusslosen Bürgermeister Krogmann propagiert, der seine schnelle Entmachtung durch besonders abstoßende antisemitische Äußerungen kompensierte – übrigens vor allem in der Öffentlichkeit, seine Tagebücher lesen sich im Vergleich zu seinen

11 Münchmeyer, Hinter weißen Fassaden, S. 122

12 John F. Jungclausen, Risse in weißen Fassaden. Der Verfall des hanseatischen Bürgertums. München 2006, S. 335

13 Ebenda

Reden geradezu moderat. Die soziale Einschnürung der Juden vollzog sich in Hamburg ohne jeden Widerstand, Zehntausende von Hamburgern bereicherten sich im Zuge der »Entjudung der Wirtschaft«. Die Rigorosität, mit der der »Arierparagraph« und die Reichsbürgergesetze von 1935 in Hamburg angewendet wurden, fand das ausdrückliche Gefallen von Julius Streicher, der die »vorbildliche Rechtsprechung in Hamburg« lobte.

Nach den ersten Bombenangriffen 1941 wandte sich der Reichsstatthalter Kaufmann in einem Brief an den Führer mit der Bitte, »die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden konnte«. <sup>14</sup> Der Verweis auf die Wohnungsnot in Hamburg war Anlass, nicht der eigentliche Grund für die nun beginnenden Deportationen. Er gab dem »ideologischen Charakter der Deportationen« einen allenfalls pseudorationalen Anschein. <sup>15</sup>

Der Führer entsprach der Bitte Kaufmanns sofort. An der Vorbereitung der ersten Deportation am 25. 10. 1941 waren verschiedene Dienststellen beteiligt, die Deportationen waren nicht anonym, sie fanden mitten in Hamburg, unter Mitwirkung weiter Bevölkerungskreise statt. Zwischen 1942 und 1945 gingen 17 Deportationszüge aus Hamburg ab – in aller Öffentlichkeit. Vor dem Logenhaus am Dammtor wurden zuweilen Juden durch eine Beifall klatschende Menge getrieben. <sup>16</sup>

Kaufmanns Initiative war kein besonders dunkler Fleck in seiner politischen Haltung. Nach früherer Betätigung im rechtsradikalen Milieu trat er schon 1922 in die NSDAP ein und wurde 1926 Leiter des Gaus Rheinland. Offenbar kam es im Rheinland mit ihm zu Dauerquerelen – er galt als »Mann des Bierkellers« – und 1929 wird Kaufmann Gauleiter der NSDAP in Hamburg. Die Legendenbildung verschweigt, dass Kaufmann nach dem Krieg versucht hat, sich politisch zu betätigen – in der rechtsradikalen »Bruderschaft« oder im »Gauleiter-Kreis«. Nach seiner erneuten Verhaftung durch die Engländer zog sich Kaufmann aus der Politik zurück.

Als Hamburg am 3. 5. 1945 kapitulierte, lebten dort noch ungefähr 650 Juden, 1933 hatte Hamburg ungefähr 17.000 jüdische Mitbürger. »Ihre Arbeitsstätten und Wohnungen, ihre Schulen, Bethäuser und Synagogen waren zerstört oder übereignet. Ihre Namen waren in den Straßen und Plätzen sowie von öffentlichen Einrichtungen getilgt. Die jüdische Gemeinde in Hamburg bestand nicht mehr. Vor 1933 die viertgrößte Gemeinde in Deutschland, hatte sie das Leben in Hamburg mitgeprägt, waren ihre Mitglieder in den Jahrzehnten und Jahrhunderten davor daran beteiligt gewesen, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und deren kulturelles Ansehen zu mehren. Die Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung, der Ausraubung und Vertreibung sowie der Deportation in den Tod hatte auch hier wie in den anderen deutschen Städten schließlich alles jüdische Leben vernichtet.« <sup>17</sup>

14 Frank Bajohr, Von der Ausgrenzung zum Massenmord. Die Verfolgung der Hamburger 1933–1945. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 471 ff., hier S. 506

15 Ebenda, S. 507

16 Ebenda, S. 510

17 Uwe Lohalm, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Hamburg 1933–1945. Hamburg 1999, S. 17

## Literaturhinweise zum ersten Teil

Folgende Darstellungen sind mir für diesen Teil besonders hilfreich gewesen; um der besseren Lesbarkeit willen zitiere ich mit Seitenzahl nur an ausgewählten Stellen. Leserinnen und Lesern, die sich für die Geschichte Hamburgs zu dieser Zeit interessieren, seien die Darstellungen nachdrücklich empfohlen.

Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.), Hamburg im »Dritten Reich«. Hamburg 2005. Darin besonders die Einleitung von Axel Schildt, S. 9 ff., und das Kapitel »Der Aufstieg der NSDAP« von Ursula Büttner, S. 27 ff.

Das Jüdische Hamburg. Herausgegeben vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Göttingen 2006. Darin verschiedene Stichworte.

John F. Jungclausen, Risse in weißen Fassaden. Der Verfall des hanseatischen Bürgertums. München 2006

Uwe Lohalm, Die nationalsozialistische Judenverfolgung 1933–1945. Hamburg 1999

Matthias Wegner, Hanseaten. Berlin 2001

Ursula Wamser und Wilfried Weinke (Hrsg.), Eine verschwundene Welt. Jüdisches Leben am Grindel. Springe 2006



## II. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933

## 1. Die Beruhigung durch ein Gesetz

Nach den gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Juden, für Hamburger Honoratioren ein Beleg dafür, dass die Nationalsozialisten als »Pack« zu betrachten waren, atmete man in Hamburg – wie im gesamten Reich – auf: Ein Gesetz machte dem »unhanseatischen Treiben« ein Ende. Die Anstrengungen des NS-Regimes, die Öffentlichkeit in Bezug auf seine Judenpolitik immer wieder neu auszurichten, fanden mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 eine nachhaltige Sicherung.<sup>1</sup> Nachdem die Masse der Bevölkerung die gewaltsamen Ausschreitungen insgesamt passiv hingenommen hatte, wurde das Gesetz, das dem unangenehmen öffentlichen Auftreten der SA ein Ende machte, allgemein mit Erleichterung aufgenommen. »Die Verfolgung Andersdenkender, demokratisch gewählter Repräsentanten des Volkes und der Juden erhielt ihre gesetzliche Sanktionierung.«<sup>2</sup>

Das Gesetz – fortan zitiert als BBG – war eine der grundlegendsten Verordnungen des NS-Regimes. Sein Titel spekulierte auf das Standesbewusstsein der Beamten und schien die Wiederherstellung eines früheren und sicher besseren Zustandes zu garantieren. § 4 des Gesetzes lautete: »Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.« Das Gesetz vertrieb mit dem § 4 die politischen Gegner der Nationalsozialisten, von denen etliche schon in KZs saßen – vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten – aus dem öffentlichen Dienst, der auf diese Weise zu einem Herrschaftsinstrument des NS-Regimes wurde. Binnen kurzem hatte das Gesetz Erfolg auf allen Ebenen. Lohalm berichtet, dass es zu zahlreichen individuell motivierten Denunziationen durch Kollegen oder zu Anzeigen durch die Betriebszellen kam. Diese Denunziationen hatten ein solches Ausmaß angenommen, dass sich Amtsleitungen gegenüber der politischen Führung darüber beklagten.<sup>3</sup> In einem Zusatzparagraphen des Ergänzungsgesetzes vom 20. 7. 1933 wurde ausdrücklich eine Betätigung im marxistischen oder sozialdemokratischen Sinne als Ausschlussgrund vom öffentlichen Dienst genannt. Die Geltungsdauer dieses Gesetzes wurde mehrfach verlängert, bis es 1937 durch ein neues Beamtengesetz ersetzt wurde.

1 Peter Longerich, »Davon haben wir nichts gewusst«. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006, S. 53

2 Richard Evans, Das Dritte Reich, Band I, Aufstieg. München 2004, S. 500

3 Uwe Lohalm, Garant nationalsozialistischer Herrschaft. Der öffentliche Dienst. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 154 ff., hier S. 159

## 2. Der »Arierparagraph« (BBG 3a)

Der § 3a des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums enthielt den berüchtigten »Arierparagraphen«: »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.« So wurde die Entfernung all jener Beamter aus dem öffentlichen Dienst verfügt, die »nichtarischer« Abstammung waren und die auf diese Weise als Juden definiert wurden. Ausgenommen waren zunächst die Beamten, die seit dem 1. 8. 1914 im Dienst waren, die im 1. Weltkrieg für Deutschland gekämpft hatten oder deren Väter oder Söhne im Krieg gefallen waren.

Auch wenn der Paragraph das Wort »deutsch« oder »jüdisch« nicht enthielt, wusste jeder, wer mit der Vokabel »Nichtarier« oder eben auch »Arier« gemeint war. Genauer wurde diese Bestimmung in der ersten Verordnung zu dem Gesetz definiert (11. 4. 1933): »Als nicht arisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder Großelternteil nicht arisch ist.« Wer Beamter bleiben wollte, musste den »Ariernachweis« erbringen. Dazu musste man sich an das Hamburger Stadtarchiv wenden. Joist Grolle nennt für das Jahr 1934 16.000 Anfragen.<sup>4</sup> Dass man sich mit dieser Anfrage beim Stadtarchiv in die Hand von Denunzianten begab, hat Jürgen Sielemann vor zwei Jahren festgestellt<sup>5</sup>: Die Professoren Heinrich Reincke, Leiter des Hamburger Stadtarchivs, und Hans Kellinghusen (Archivar) haben an das Personalamt der Gauleitung – und zwar ohne dienstliche Anweisung – weitergegeben, wenn Anfragen von »Menschen artfremder oder jüdischer Abstammung« kamen – später wurden die Informationen auch an andere Gauleitungen weitergeleitet.

Erstmalig in der deutschen Geschichte bestimmte der Staat mit einer rassistischen Definition, wer Jude sei. Weil das Wort Jude durch den »Arierparagraphen« offiziell zum Stigma gemacht wurde, begannen mit diesem Gesetz die soziale Einschnürung und auch die strukturelle Armut der Juden in der NS-Diktatur, die auf diese Weise von Beginn der Herrschaft an die Verfolgung der Juden in aller Öffentlichkeit legitimierte.

4 Joist Grolle, Von der Verfügbarkeit des Historikers Heinrich Reincke in der NS-Zeit. In: Joist Grolle, Hamburg und seine Historiker. Hamburg 1997, S. 123 ff., hier S. 134

5 Jürgen Sielemann, Zur Geschichte der Hamburger Familie Duncker. 1. Von Gratulanten und Denunzianten. In: Maajan, Heft 74, 2005, S. 2511 ff.

### 3. Folgen des Berufsbeamtengesetzes (BBG) für den öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst waren besonders Lehrer aller Schularten sowie Professoren und Dozenten der Universität betroffen. Schon bei der Gründung der Universität 1919 war ein teils offener, teils latenter Antisemitismus zu spüren.<sup>6</sup>

Am Tag des »Juden-Boykotts« am 1. 4. 1933 marschierten vor dem Hauptgebäude in der Edmund-Siemers-Allee SA-Patrouillen auf, der NS-Studentenverband forderte den Numerus clausus und andersfarbige Ausweise für jüdische Studenten, Vorlesungsverbot für jüdische Professoren. Die Universität veränderte sich innerhalb weniger Monate völlig – der Vollzug des BBG erfolgte ohne erkennbaren Widerstand: Die Entlassung oft langjähriger Kolleginnen und Kollegen wurde als unvermeidbar hingenommen. In einer »Haltung, die geprägt war von Autoritätsgläubigkeit, Opportunismus, Selbstherrlichkeit und Ignoranz wurden die Entlassungen bürokratisch-»korrekt« durchgeführt.«<sup>7</sup> Es gab nur wenige Ausnahmen von dieser Einschätzung – dazu gehörten vor allem die Professoren Wilhelm Flitner und Rudolf Degkwitz (dieser wurde am 24. 2. 1944 vor dem Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt). Hamburg verlor berühmte Gelehrte wie Ernst Cassirer, Theodor Plaut, Richard Salomon, William Stern, Erwin Panofsky, Walter A. Berendsohn. Fast alle entlassenen Hochschullehrer flohen in ein schwieriges Exil.<sup>8</sup> Agathe Lasch, 1923 als erste Professorin der Hamburger Universität ernannt, gelang die Flucht nicht mehr – sie wurde 1942 deportiert und ermordet.

Die Universität Hamburg wurde die »Erste nationalsozialistische Hochschule« in Deutschland und in »Hansische Universität« umbenannt, der Lehrbereiche zugeordnet wurden, wie zum Beispiel »Kampfgaskunde« oder »Erb- und Rassenbiologie«.

Fritz Stern hat zurückblickend geurteilt: »Im Frühjahr 1933 hätten die Angehörigen der Elite, Klerus und Professoren, Offiziere und prominente Künstler gegen die Aktionen des Regimes protestieren können, ohne ihr Leben oder wahrscheinlich sogar ihre Karriere zu gefährden. Ich konzentriere mich auf die Elite, weil sie besondere Privilegien beanspruchte und besaß und weil sie mehr wissen konnte als andere. Sie hätte handeln können im Schutze einer korporativen Immunität, die für weniger glückliche Menschen unerreichbar war ... In jenen ersten Monaten hätte Protest nicht Märtyrertum bedeutet.«<sup>9</sup>

6 Rainer Nicolaysen, Geistige Elite im Dienste des Führers. Die Universität zwischen Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 336 ff., hier S. 334

7 Ebenda, S. 342

8 Ebenda, S. 345

9 Zitiert nach Angela Bottin, Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Berlin und Hamburg, 1992, S. X

*Personalpolitische »Säuberungen« in der öffentlichen Verwaltung*

Sofort nach der Machtübernahme – teilweise noch vor dem Erlass des BBG – erfolgten Umsetzungen auf der höchsten Verwaltungsebene. Die Entlassung Leo Lippmanns, der Leiter der Oberfinanzbehörde und Staatskommissar für die Oper war, ist ein Beispiel für die Willkür, mit der vorgegangen wurde. Leo Lippmann war Jude, stand allerdings dem religiösen Judentum fern und galt als völlig unpolitischer und als hervorragender Verwaltungsbeamter. Im März 1933 erhielt er von Bürgermeister Krogmann die Aufforderung, sein Urlaubsgesuch einzureichen. Die spätere Entlassung, die Lippmann aus der Zeitung erfuhr, wurde mit § 4 BBG gerechtfertigt, als sei Lippmann »politisch unzuverlässig«. Offensichtlich ging es um die Besetzung der höchsten Verwaltungsebene mit Parteigenossen; der »Arierparagraph« wurde deswegen nicht angewendet, weil Leo Lippmann unter die Ausnahmebestimmungen des »Arierparagraphen« fiel. Auf Nachfrage an Staatsrat Ahrens bedeutete ihm dieser, dass nicht das Geringste gegen ihn vorliege – seine Entlassung sei eine reine Ermessensfrage des Senats.<sup>10</sup> Leo Lippmann engagierte sich nach seiner Entlassung im Vorstand der Deutsch-Israelischen Gemeinde, in dem er das Finanzressort übernahm und außerordentlich segensreich für die Gemeinde arbeitete.<sup>11</sup> Er lehnte wie viele Juden und Jüdinnen die Emigration ab. Als im Juni 1943 die Gemeinde die Mitteilung der Gestapo erhielt, dass die noch verbliebenen Juden nach Theresienstadt deportiert werden sollten, wählten Lippmann und seine Frau den Freitod (10./11. 6. 1943).

Aktive Sozialdemokraten und Demokraten, Gewerkschaftler sowie Juden mussten auch aus der Leitung untergeordneter Verwaltungsstellen ausscheiden. Das Gesetz traf Beamte und Angestellte aller Rangordnungen, bis zum 30. 4. 1934 wurden 1.651 Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt, danach wurde die Anwendung des BBG im öffentlichen Dienst Hamburgs für abgeschlossen erklärt.

Das Ergebnis war ein öffentlicher Dienst, aus dem dezidiert politische Gegner ausgeschaltet waren, in dem gleichzeitig weite Teile des Personals eingeschüchert wurden. Die Spitzen von 33 staatlichen und kommunalen Dienststellen waren zu 84% mit NS-Mitgliedern besetzt. Die Folge war, dass der öffentliche Dienst gekennzeichnet war von Ideologisierung und vom Abbau demokratischen Verhaltens und Bewusstseins.<sup>12</sup> Der Konformitätsdruck, die parteipolitische Kontrolle und Disziplinierung, verbunden immer auch mit Terror, erklären einen Teil der widerspruchslösen Hinnahme der personalpolitischen »Säuberungen«, sicher aber ist auch ein deutliches Maß an Kooperationswilligkeit (siehe Denunziationen) festzustellen. In keinem Bereich der Öffentlichkeit hat es so viele schnelle Parteieintritte gegeben wie im Bereich der öffentlichen Verwaltung – mit einer solchen Verwaltung ließ sich die Verfolgung der Juden zuverlässig durchführen.

10 Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg, 2. Auflage, Hamburg 1998, S. 86

11 Ina Lorenz/Leo Lippmann. In: Das Jüdische Hamburg (Herausgegeben vom Institut für die Geschichte der Juden), Göttingen 2006, S. 176/177 und dies., Deutsch-Israelitische Gemeinde, ebenda, S. 58 ff.

12 Lohalm, Garant nationalsozialistischer Herrschaft, S. 164

## 4. Juristen und Ärzte

Nach dem Mitgliederverzeichnis der Patriotischen Gesellschaft waren 1913 zwei Drittel der Mitglieder Juristen und Ärzte, teilweise mit einer langen, familiären Tradition, die bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichte.<sup>13</sup>

Der »Arierparagraph« war Teil des BBG – er wurde aber von Anfang an in gleicher Härte wie auf Beamte im öffentlichen Dienst auf öffentliche Einrichtungen, besonders auf Berufsverbände angewandt. So galt der Paragraph nahezu umgehend auch für Angestellte und Arbeiter weit über den öffentlichen Dienst hinaus und wurde so wirksam für alle Juden, die in Berufen mit öffentlich-rechtlicher Wirksamkeit tätig waren.

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wurde in Verbindung mit dem BBG an die »arische« Herkunft gebunden (Ausnahme war auch hier die Teilnahme am 1. Weltkrieg); diese Maßnahme traf zwar vor allem den juristischen Nachwuchs, aber auch 71 bereits erteilte Zulassungen wurden bis Ende Mai 1933 zurückgenommen. »Nichtarische« Juristen wurden aus Standesorganisationen und Vereinen ausgeschlossen – als der Deutsche Anwaltsverein im September 1933 schließlich in »Fachgruppe Rechtsanwälte im Bund Nationalsozialistischer deutscher Juristen« umbenannt wurde, konnten nur noch »Arier« Mitglieder werden, den »nicht-arischen« Mitgliedern wurde gekündigt. »Nichtarische« Juristen waren einem zunehmendem beruflichen Boykott ausgesetzt: Sie verloren ihre Mandate zum Beispiel bei der Reichsbahndirektion, bei der Hamburger Sparcasse von 1827, bei den HEW, der Girozentrale, bei Werften und Versicherungsunternehmen. In der Bestellung von Armenanwälten und Pflichtverteidigern wurden sie übergangen.<sup>14</sup> Nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze im September 1935 mussten alle gemischten Sozietäten aufgelöst werden – nach dem Pogrom vom 9. 11. 1938 galt vom 30. 1. 1939 an ein Berufsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte.

Besonders rigoros war die Verfolgung jüdischer Ärzte in Hamburg: In ihrer Magisterarbeit und in zahlreichen Aufsätzen stellt Anna von Villiez die rasche Anpassung der Ärzteschaft an die Diktatur dar. Schon im September 1933 wurden in der Liste der Kassenärztlichen Vereinigung alle »nichtarischen« Ärzte benannt, die ihre Praxis nach BBG § 3,2 behalten durften. Der Reichsmedizinalkalender verzeichnet ab 1937 alle noch in Hamburg lebenden jüdischen Ärzte mit einem Doppelpunkt vor dem Namen. Vor 1933 war die NSDAP innerhalb der Ärzteschaft kaum vertreten, mehr als ein Drittel war allerdings Mitglied in einer – meist eher rechten – Partei. Der NS-Gauverband Hamburg zählte 1930 acht aktive Mitglieder – nach einem Jahr der NS-Diktatur waren 50% der Professoren der

13 Die Informationen zu diesem Teil verdanke ich vorwiegend zwei Büchern: Heiko Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg*. Hamburg 2003; und: Anna von Villiez, *Die Verdrängung der jüdischen Ärzte Hamburgs aus dem Berufsleben 1933–1945*. Magisterarbeit Hamburg 2002. Diese Arbeit wird zur Dissertation ausgeweitet (Arbeitstitel »Die Verfolgung der jüdischen Ärzte in Hamburg 1933–1945«). Sowohl Heiko Morisse wie besonders Anna von Villiez haben mich bei der Suche nach den Namen der ausgeschlossenen Juden sehr freundlich unterstützt. Ihnen sei ausdrücklich gedankt.

14 Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte*, S. 38/39

Medizinischen Fakultät Mitglieder der NSDAP. Der NS-Senat setzte nach der Auflösung der Hamburger Ärztekammer im März 1933 einen neuen Vorstand unter Leitung von Willy Holzmann ein. Der neue Vorsitzende, der zugleich Leiter des Rassepolitischen Amtes der NSDAP war, tat sich mit besonderer Verfolgung der Kollegen hervor. Unter ihm verfügte die Hamburger Ärztekammer 1934, dass ein jüdischer Arzt auch ohne gerichtlichen Nachweis ausgeschlossen werden konnte, wenn eine Anzeige vorlag. Die darin zum Ausdruck kommende Denunziationsbereitschaft verweist auch hier darauf, dass das BBG zur Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz genutzt werden konnte.

Die Gleichschaltung der ärztlichen Spitzenorganisationen – zum Beispiel auch des Hartmannbundes – vollzog sich ohne jeden Widerstand. Auch in diesem Bereich wurde das BBG über den öffentlichen Dienst hinaus angewendet: »Nicht-ariische« Ärzte durften nicht mehr in staatlichen und kommunalen Krankenhäusern, in der Gesundheitsverwaltung, in der Wohlfahrt tätig sein, Schulärzte (und auch Theaterärzte) wurden entlassen. Im Juli 1933 wurden jüdische Ärzte aus den Ersatzkassen ausgeschlossen, sie verloren ihre Positionen in Aufsichtsgremien, Ausschüssen, als Berater. Die Approbation wurde ab Februar 1935 an den »Ariernachweis« gebunden.<sup>15</sup> Von 1933 bis 1938 wurden 90% aller jüdischen Ärzte aus dem Dienst entlassen.

Auch in diesem Bereich des öffentlichen Lebens stellt sich die Frage, wie der Mangel jeglichen Widerstands, jeglicher Solidarität zu erklären ist. Für die Ärzte verweist Anna von Villiez auf die politische und wirtschaftliche Krise der 20er Jahre, verbunden mit einer zunehmenden Ausweitung des Krankenversicherungssystems. Die Ärzte hätten um den Erhalt einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position bangen müssen, die erst seit einigen Jahren bestand. Die mögliche Ausschaltung einer Konkurrenz kann als Motiv für die äußerst rasche Anpassung an die Diktatur gesehen werden, durch die in nur sechs Jahren die »mehr als hundertjährige Tradition jüdischer Ärzte in Hamburg« zerstört wurde.<sup>16</sup>

## 5. Die »Entjudung der Bildenden Künste«

Der Kampf gegen die Bildenden Künste wurde besonders aggressiv geführt, er war immer auch ein Kampf gegen die moderne Kunst und stieß somit auf ein latentes Einverständnis der konservativen Hamburger Bürger: »Die sogenannte entartete Kunst war uns ohnehin fremd. Beckmann, Kokoschka und andere kannten wir kaum, und was wir von den modernen Künstlern kannten, mochten wir nicht leiden ... Wir lebten in der Welt der Ruderpokale und Gewürzpreise. In unseren Zeitungen gab es meist kein Feuilleton.«<sup>17</sup>

15 Villiez, Die Verdrängung der jüdischen Ärzte, S. 70 ff. Ich weise in diesem Zusammenhang hin auf die aufschlussreiche Autobiographie von Moses Goldschmidt, Mein Leben als Jude in Deutschland, 1873–1939, bearbeitet von Raymund Fromm. Hamburg 2004. Moses Goldschmidt war 1913 Mitglied der Patriotischen Gesellschaft.

16 Villiez, Die Verdrängung der jüdischen Ärzte, S. 151

17 Münchmeyer, Hinter weißen Fassaden, S. 17

Mit Hilfe des BBG wurden die Direktoren des Museums für Kunst und Gewerbe, Professor Max Sauerlandt, und der Kunsthalle, Professor Gustav Pauli, entlassen, ebenso Professor Fritz Schumacher als Oberbaudirektor.<sup>18</sup>

Ich beziehe mich im Folgenden auf das Museum für Kunst und Gewerbe, weil es eine Gründung der Patriotischen Gesellschaft ist. Besonderen Widerstand leistete Professor Sauerlandt gegen seine Entlassung. Er war schon 1933 vom Kampfbund für deutsche Kultur vor allem wegen seines Engagements für die moderne Kunst angegriffen worden. Das Museum besaß eine beachtliche Sammlung moderner Kunst, gegen einzelne »unsittliche Ausstellungsstücke« hatte es nach Angaben des Kampfbundes Beschwerden gegeben. Professor Sauerlandt musste erleben, wie 80% der Ausstellungsstücke bei einem Rundgang von zwei Regierungsdirektoren und einem Kriminalobersekretär ausgesondert wurden. Telefonisch erhielt Sauerlandt am 5. 4. 1933 die Mitteilung, dass er sofort beurlaubt sei, der Zutritt zum Museum war ihm fortan verwehrt. Roswitha Quadflieg berichtet in ihrem Buch über den Aufenthalt Becketts in Hamburg 1936, ein wie großes Interesse Beckett an dem von Sauerlandt geschriebenen Buch »Die Kunst der letzten 30 Jahre« hatte, das 1936 bereits verboten war und das Beckett von Alice Sauerlandt erwarb.<sup>19</sup>

Die moderne Sammlung Max Sauerlandts verschwand 1937 endgültig, das meiste wurde nach Berlin transportiert und ist bis heute verschollen. Es ist zu befürchten, dass auf sie das »Gesetz über die Einbeziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst« angewendet wurde.<sup>20</sup> Dieses Gesetz wurde 1937 erlassen und legalisierte nachträglich die Konfiszierung von Kunstwerken aus Museen, Galerien und aus Privatbesitz (oft ohne Entschädigung). Die Kunstwerke wurden zum Teil durch die »Kommission zur Verwertung beschlagnahmter Werke entarteter Kunst« (innerhalb des Reichspropagandaministeriums) verkauft. Da die Preise für diese Werke bei Auktionen zurückgingen – es war bekannt, dass das NS-Regime große Mengen moderner Kunst konfiszierte und verkaufen wollte – und da angesichts der Drohung eines bevorstehenden Krieges ein Transport ins Ausland nicht ratsam war – befanden sich schließlich 12.167 Werke moderner Kunst in einem Berliner Lagerhaus. Hitler inspizierte sie persönlich, verbot sowohl Rückgabe wie Verkauf. Da die Werke ohnehin als »künstlerisch wertlos« galten, wurden »am 20. 3. 1939 rund tausend Ölbilder und 3.825 Aquarelle, Zeichnungen und graphische Werke im Innenhof der zentralen Feuerwache in Berlin auf einen Haufen geworfen und angezündet ... Die moderne Kunst in Deutschland war also schließlich buchstäblich materiell vernichtet worden.«<sup>21</sup>

18 Viele Informationen zu diesem Abschnitt verdanke ich vor allem zwei Darstellungen: Maike Bruhns, *Kunst in der Krise. Band 1: Hamburger Kunst im »Dritten Reich«*. Hamburg 2001, S. 61 ff. und S. 84 ff.; und Eva von Seckendorff/Martin Sonnabend, *Das Museum für Kunst und Gewerbe 1933–1945. In: Verfolgt und Verführt. Kunst unterm Hakenkreuz (Katalog der Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle vom 12. 5.–3. 7. 1983)*. Hamburg 1983, S. 77 ff.

19 Roswitha Quadflieg, *Beckett was here. Hamburg im Tagebuch Samuel Becketts von 1936*. Hamburg 2006, S. 99

20 Richard Evans, *Das Dritte Reich, Band II, 1. Diktatur*. München 2006, S. 216 ff.

21 Ebenda, S. 219

Nicht nur die Sammlung Max Sauerlandts war verloren, auch das neue Konzept Sauerlandts, Kunstgewerbe, moderne Kunst und ethnologische Ausstellungsstücke zu kombinieren, wurde auf diese Weise zerstört. Eine neue Abteilung »Deutsche Bauernkunst« wurde eingerichtet und mit der Ausstellung »Die Kunst im Haus des deutschen Bauern« eröffnet. Im September ging es in der Ausstellung »Der Deutsche Mensch« um den »Wandel im Gesichtstypus des deutschen Menschen vom Mittelalter bis zur Jetztzeit« und damit um die »Einwirkung zeitgeschichtlicher Faktoren auf die rassische Konstante des germanischen Menschen«. <sup>22</sup> Die Ausstellungen im Museum für Kunst und Gewerbe unter der Leitung von Konrad Hüseler waren seit 1936 ganz der Propaganda faschistischer Ideale verpflichtet. Unter seiner Leitung beteiligte sich auch das Museum für Kunst und Gewerbe daran, die Umzugskisten emigrierter Juden nach »deutschem Kulturgut«, dessen Ausfuhr verboten war, zu durchwühlen. Die Museen verteilten die Objekte unter sich – ein »organisierter Diebstahl« großen Umfangs. Auch das enteignete Silber wurde vor der Einschmelzung nach kulturell wertvollen Objekten durchsucht, die kostbarsten nahm der Reichsstatthalter Kaufmann selbst an sich. Hüseler war 1940/41 regelmäßig auf den »Gestapo-Versteigerungen« zu sehen. Nach dem Krieg konnte fast alles Gestohlene zurückgegeben werden. <sup>23</sup>

Professor Sauerlandt war kein NS-Gegner (seit 1931 Parteimitglied) – er war von der Richtigkeit vieler nationalsozialistischer Ideen überzeugt, aber er wandte sich entschieden gegen die Machenschaften des Kulturbundes und gegen die nationalsozialistische Kunsttheorie. Gegen seinen erbitterten Widerstand wurde er am 2. 9. 1933 in den Ruhestand versetzt (er starb am 1. 11. 1934). Die Tagebücher Krogmanns berichten von zahlreichen Gesprächen Krogmanns mit Sauerlandt, in denen dieser seinen Protest energisch formulierte. Die Justus-Brinckmann-Gesellschaft wurde aufgelöst, weil unter ihren Mitgliedern jüdische Mäzene waren.

Am 16. 5. 1933 fasste die »Hamburger Sezession« auf ihrer letzten Versammlung den Beschluss, sich aufzulösen, um die jüdischen Mitglieder vor der Demütigung eines Ausschlusses zu bewahren. Ende 1938 fand im Gebäude des NS-Lehrerbundes in der Spitaler Straße auf 2.000 Quadratmetern die Ausstellung »Entartete Kunst« statt, die im Vergleich zur Münchner Ausstellung 150 Bilder mehr enthielt und an vielen Tagen wegen Überfüllung geschlossen werden musste.

22 Seckendorff/Sonnabend, Das Museum für Kunst und Gewerbe, S. 83

23 Ebenda, S. 84

## 6. Die Vertreibung der Juden aus den Theatern

Die Beziehung der Patriotischen Gesellschaft zu den Bühnen Hamburgs war immer intensiv – ausdrücklich war die Gesellschaft an der Volksaufklärung durch Theater interessiert. Nach den Vorstellungen zum Schiller-Jahr 1905 wurden die »Volksvorstellungen« angeregt, und so wurde eine Kommission gebildet, die die Organisation dieser Volksvorstellungen vorbereiten sollte. Für diese Kommission hebt Arnold Engel in seinem Artikel nachdrücklich hervor, dass sie sich »auch jetzt aus Herren« zusammensetzt, »deren politische Anschauungen weit auseinandergehen«. <sup>24</sup> So sei der Grundsatz der Patriotischen Gesellschaft gewährleistet, »sich in ihrer Tätigkeit außerhalb aller Parteipolitik« zu stellen. »Es darf ausgesprochen werden, daß niemals der Versuch gemacht ist, parteipolitische Tendenzen in die Kommission hineinzutragen.« Die Arbeit der Gesellschaft bestand in einer überaus sorgfältigen und klugen Auswahl derjenigen Organisationen, die für die Verteilung der Karten in Frage kamen. Zuschüsse finanzieller Art kamen dabei niemals in Frage – die finanzielle Lage der Gesellschaft ließ dergleichen nicht zu.

So hätte die »Entjudung der Theater« die Patriotische Gesellschaft betreffen müssen, auch wenn die Volksvorstellungen inzwischen nicht mehr in ihrer Regie stattfanden. Als Beispiel für die Vertreibung der Juden aus den Theatern wähle ich das Beispiel der Oper und beziehe mich dabei auf die Ausstellung »Verstummt Stimmen« – Die Vertreibung der Juden aus der Oper 1933–1945« (November 2006) in der Staatsoper und im »Hamburger Abendblatt«-Center und auf das dazu erschienene Beiheft.

In der nationalsozialistischen Tagespresse war schon lange vor 1933 immer wieder die »Verjudung der Theater« ein wichtiges Thema. Hans-Jürgen Fink weist darauf hin, dass den Nationalsozialisten auch in der Musik der »kritische, emanzipatorische Anspruch der modernen Kunst ... von Anfang an ein Dorn im Auge« war. <sup>25</sup> Aber auch schon vor der NS-Diktatur stieß jedes moderne Stück, das in der Oper aufgeführt wurde, auf schärfste Kritik des rechtskonservativen Bürgertums. <sup>26</sup> Hindemiths Einakter »Sancta Susanna« musste abgesetzt werden, Strawinskys »Geschichte vom Soldaten« führte zu Störungen in der Premiere, gegen Ende der Weimarer Republik inszenierte der Kampfbund für Kultur Aktionen gegen die Staatsoper. Nach der Bürgerschaftswahl im September 1932 begann bereits die Machtergreifung an der Oper: Mit der »Säuberung« der Spielpläne und der Bekämpfung aller »jüdischen Entwurzelungsversuche« war die Vertreibung der Juden aus der Oper gemeint, die, nachdem die NSDAP die stärkste Partei in Hamburg geworden war, sofort in Angriff genommen wurde. In den Jahren 1933/34 wurden alle jüdischen Sängerinnen und Sänger entlassen, der Intendant Sachse musste als erster gehen, ebenso entlassen wurden jüdische Ensemblemitglieder und die

24 Arnold Engel, Die Volksvorstellungen der Patriotischen Gesellschaft. In: Gustav Kowalewski, Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe (Patriotische Gesellschaft), Teil II, Heft 2, Der innere Bau und das Wirken. Hamburg 1936, S. 435 ff., hier S. 436. Der Aufsatz wurde 1929 fertiggestellt.

25 Hans-Jürgen Fink, Vorwort. In: Hannes Heer, Jürgen Kesting, Peter Schmidt (Hrsg.), »Verstummt Stimmen«. Die Vertreibung der Juden aus der Oper 1933–1945. Beiheft zur Ausstellung, Hamburg 2006, S. 3

26 Hannes Heer, Nationalsozialistische Musikpolitik. In: Beiheft, S. 14 ff.

jüdischen Theaterärzte. Staatsrat Georg Ahrens, die rechte Hand des Reichsstatthalters Kaufmann, sorgte dafür, dass alle »ausländischen und jüdischen Produktionen« aus dem Spielplan verschwanden. Die NS-Ideologen waren von der Vorstellung besessen, dass ein jüdischer Sänger »deutsche« Musik – und das hieß vor allem die Opern von Wagner – nicht angemessen singen konnte. Bis 1935 hatten alle jüdischen Mitglieder der Hamburger Staatsoper das Haus verlassen müssen – dann erst konnte Hitler an einer Festaufführung der »Meistersinger« am 23. 6. 1935 in der Ehrenloge teilnehmen. »Das Haus war jetzt, ohne jeden Widerspruch, jüdenfrei.«<sup>27</sup>

Auch außerhalb der Opernhäuser fand die Verfolgung der Juden im Bereich der Musik statt: Das »Reichsbrahmfest« in Hamburg konnte am 7. 5. 1933 erst dann stattfinden, als die Verträge mit jüdischen Künstlern und Künstlerinnen gekündigt waren. Auf Druck des Kampfbundes für Kultur wurden Rudolf Serkin und die Sängerin Sabine Kalter von dem Fest ausgeschlossen. Mendelssohn, Offenbach und Mahler wurden nicht mehr gespielt, Händels alttestamentarische Oratorien wurden arisiert: So wurde zum Beispiel aus »Judas Makkabäus« »Der Feldmarschall«.

Richard Evans weist darauf hin, dass im Bereich der Musik der Jazz besonders angefeindet wurde: Er galt den Nationalsozialisten als dekadent, von »artfremden Juden und Negern« produziert. In den Jazzclubs wurden Razzien durchgeführt, Swing war im Radio verboten, stattdessen sollten Volkstänze gefördert werden. In Hamburg erwies sich die »Swing-Jugend« als außerordentlich widerständig: Die »Jeunesse doree des Hamburger Großbürgertums« zeigte in Kleidung und Verhalten ihre Verachtung der Kritik am Jazz.<sup>28</sup>

Für das »Deutsche Schauspielhaus« meldete das »Hamburger Tageblatt« schon für März 1933 die »Reinigung« des Theaters und: »Alle Juden entlassen.« Diese Nachricht stimmt in ihrer Generalisierung nicht, dennoch gilt auch für dieses Theater genau dieselbe Politik wie für die Staatsoper.

## 7. Der »Arierparagraph« und die Hamburger Wirtschaft

Neben Medizinern und Juristen waren sehr viele Kaufleute Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft. Auch wenn sich der Senat im Bereich der Wirtschaft zunächst eine rigorose Verfolgung der Juden nicht leisten konnte und selbst Innenminister Frick vor der Einführung des »Arierparagraphen« in die Wirtschaft warnte, zeigte die SA auch in diesem Bereich die antisemitische Struktur ihres Handelns. An der Erstürmung der Handelskammer konnte sie gehindert werden, nicht aber an der Erstürmung der sowjetischen Handelsmission im Mai 1933.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 17

<sup>28</sup> Richard Evans, Das Dritte Reich, II, 1, S. 253

Der portugiesische Generalkonsul wurde von der SA misshandelt, weil er angeblich ein »jüdisches Aussehen« hatte.<sup>29</sup>

Nachdem der Senat durch ein Gesetz ermächtigt worden war, die Mitglieder der Handelskammer zu berufen, kam es in diesem Gremium zu einer gemäßigten Gleichschaltung.<sup>30</sup> Die jüdischen Mitglieder wurden bei der Neubesetzung des Plenums nicht wieder berufen. Zu ihnen gehörte neben Rudolf Petersen und Max Rappolt auch Max Warburg, der wenige Jahre zuvor die Goldmedaille der Handelskammer als Anerkennung seiner langjährigen Verdienste erhalten hatte.

### *Die zunehmende »Arisierung« der Wirtschaft*

Die wirtschaftliche Situation war in Hamburg 1933 und in den folgenden Jahren ausgesprochen schlecht: Die Arbeitslosenquote betrug 30% (Reichsdurchschnitt 22%) und ging nur langsam zurück. Eine Zuzugssperre, die 1934 in Hamburg wie in Berlin verhängt wurde, wirkte sich kaum aus. In dieser Situation konnte der Senat den Zusammenbruch der jüdischen Betriebe nicht riskieren. Dennoch begann auch in diesem Bereich die schleichende Arisierung. Jüdische Gewerbetreibende wurden vom Vergabewesen ausgeschlossen, nicht-jüdische Unternehmen entließen ihre jüdischen Angestellten. Damit begann die strukturelle Armut der Juden, die zudem aus allen Berufsverbänden ausgeschlossen wurden.<sup>31</sup>

### *»Wir taten nichts und dachten uns wenig dabei«*

Mit diesem Satz geht Münchmeyer<sup>32</sup> darauf ein, dass die Hamburger Kaufmannschaft dem neuen Regime erhebliche Skepsis entgegenbrachte, dass diese Distanz aber zu keinem aktiven Engagement für die verfolgten Juden führte. Die Handelskammer hielt sich angesichts der Arisierung zurück, sie beteiligte sich nicht an der Diskriminierung der Juden, leistete aber auch keinen Widerstand, betonte allenfalls die Sorge um den Eingriff ins das Privateigentum. Vermutlich gehören zum Hintergrund dieser Haltung auch die bleibende Abneigung Hamburger Kaufleute gegenüber Sozialdemokraten und eine Akzeptanz des Antikommunismus, der von den Nationalsozialisten zunehmend propagandistisch geschürt wurde. Eine Ausnahme von dieser abwartenden Haltung bildet Baron Cornelius von Berenberg-Gossler – auf seinen Namen bin ich in einigen Darstellungen zur Geschichte der NS-Zeit in Hamburg gestoßen.<sup>33</sup> Er registrierte früh, dass mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten auch in Hamburg eine Diktatur begonnen hatte und trat 1934 aus der NSDAP aus. Ohne Rücksicht auf seine Person setzte er sich für seine zahlreichen jüdischen Freunde ein und hielt auch Kontakt zu ihnen, als dieser wirklich gefährlich werden konnte. Fritz Warburg wurde durch das Engagement dieses mutigen Mannes 1939 aus der Gestapo-Haft entlassen.

29 John F. Jungclausen, *Risse in weißen Fassaden*, S. 215

30 Bajohr, »Arisierung«, S. 75

31 Jörg Berkemann/Beate Meyer, *Jüdisches Leben zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung*. In: *Das Jüdische Hamburg*, S. 147 ff., hier S. 148

32 Münchmeyer, *Hinter weißen Fassaden*, S. 136

33 Bajohr, »Arisierung«, S. 81

Die jüdische Solidarität wurde angesichts der wirtschaftlichen Probleme außerordentlich wichtig. Die deutsch-israelische Gemeinde milderte die Auswirkungen der zunehmenden »Arisierung« in der Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen der Berufsumschichtung und durch Sozialfürsorge. Es wurden Beratungsstellen der Gemeinde für Berufsausbildung, Wirtschaftsfürsorge, Gewährung von Darlehen eingerichtet. In eigenen Lehrwerkstätten und Haushaltsschulen konnten Jüdinnen und Juden ohne Arbeit sich gewissermaßen umschulen lassen, so dass ein Teil der wirtschaftlichen Probleme im gewerblich-kaufmännischen und handwerklichen Bereich ausgeglichen werden konnte.<sup>34</sup>

Die »Arisierung« der jüdischen Betriebe ging bis 1938 relativ zögernd vor sich. Nach dem Pogrom vom November 1938 aber begann mit der erbarmungslosen »Arisierung« aller jüdischen Unternehmen geradezu ein »Bereicherungswettlauf« in Hamburg, die Phase des »widerwärtigsten Abschnitts ehrbarer ›hanseatischer‹ Kaufmannsgeschichte«. <sup>35</sup> Durch die Pogromnacht und die »Arisierung« konnten die deutsche und eben auch die Hamburger Wirtschaft saniert werden, das Vermögen der Juden wurde u. a. für die Aufrüstung gebraucht. Die zurückgelassene bewegliche Habe der Juden wurde nach den Deportationen an jedem Tag öffentlich versteigert, Tausende von Hamburgern haben sich daran bereichert.

## 8. Kurt Perels und Kurt Saucke, zwei Mitglieder

Dass jeglicher wahrnehmbarer Protest, jedes Anzeichen von Solidarität gegenüber den verfolgten Wissenschaftlern ausblieb, war für die Betroffenen eine grausame Erfahrung. Über 300 Verfolgte begingen in ihrer Not Suizid: An der Universität waren es u. a. Martha Muchow, Gerhard Lassar, Heinrich Poll, Ernst Delbanco und Kurt Perels. An ihn möchte ich – in Gegenüberstellung zu Kurt Saucke – im Folgenden erinnern.<sup>36</sup>

Kurt Perels wird auf der Mitgliederliste der Patriotischen Gesellschaft 1913 als Mitglied genannt – da er erst 1912 eingetreten war, ist es möglich, dass er auch noch 1933 Mitglied war. Kurt Perels wurde nach der Gründung der Universität Hamburg als Professor für Öffentliches Recht der erste Dekan der juristischen Fakultät. Mit seiner Auffassung von Öffentlichem Recht und von Staatslehre zählte er eher zu den »Rechten« an der Universität und vertrat insgesamt eine nationalkonservative Haltung, die nicht grundsätzlich im Gegensatz zum neuen Regime stand. Allerdings beharrte er mit anderen Professoren auf der Idee der philosophisch-humanistischen Universität und geriet dabei in Konflikt mit Adolf Rein (Professor für Kolonial- und Überseegeschichte), der entscheidend verantwortlich für die Gleichschaltung der Universität Hamburg wurde.

34 Berkemann/Meyer, Jüdisches Leben, S. 147

35 Matthias Wegner, Hanseaten. Berlin 2001, S. 39

36 Ich beziehe mich im Folgenden auf Bottin, Enge Zeit, S. 46, und auf Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. Bern 1991, S. 15 ff.

Auslöser für den Suizid von Perels war die Aufforderung, den »Ariernachweis« zu bringen, und damit die Drohung, als »Nichtarier« entlassen zu werden. In seinem Brief an Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (Leiter des Instituts für Auswärtige Politik) ist die Fassungslosigkeit von Perels zu spüren, die Hilflosigkeit angesichts des Ansinnens, eine rassistisch bestimmte Identität anzunehmen. Er schreibt am 25. 8. 1933, etwa zwei Wochen vor seinem Suizid (10. 9. 1933): »Lieber Herr Mendelssohn, Unser Dekan hat mir heute eine Mitteilung gemacht, die mich so bewegt und bedrückt hat wie kaum etwas, was mir in den sechzig Semestern, seitdem ich akademischer Lehrer bin, begegnet ist. Ich versuchte, Sie im kleinen Rechtshaus zu treffen. Sie waren gerade fortgegangen. So möchte ich Ihnen wenigstens auf diesem Wege sagen, daß, wie auch die Entscheidung fallen möge, bei mir nichts von dem verloren gehen wird, was ich in langjähriger gemeinsamer Arbeit mit Ihnen für mich gewann.«<sup>37</sup> Albrecht Mendelssohn-Bartholdy ist 1934 nach Großbritannien emigriert, nachdem er in den Ruhestand zwangsversetzt worden war.

Der Neffe von Kurt Perels, Friedrich Justus Perels, wurde wegen seines Eintretens für die Bekennende Kirche und wegen seiner Kontakte zu Widerstandskreisen vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch in der Nacht zum 23. 4. 1945 in Berlin erschossen.

Der Buchhändler Kurt Saucke (Schöne Literatur, Geisteswissenschaften, Jugendschriften, Bibliophile, Autographen) war seit 1929 Mitglied der Patriotischen Gesellschaft. Bei ihm erkundigte sich Bürgermeister Krogmann Anfang Mai 1933 nach einer Liste der »hauptsächlichsten jüdischen Verleger«. In den Tagebüchern Krogmanns findet sich die eilfertige, über den Auftrag hinausgehende Antwort.<sup>38</sup> Außer der Liste der jüdischen Verlage reiht Saucke ungefragt andere Denunziationen: »Hierzu bemerke ich, dass die Zugehörigkeit der Inhaber dieser Verlage zu jüdischen Rasse nicht ausschließlich für die Verlagstätigkeit jeweils massgebend ist. Zum Beispiel ist der Inhaber des Verlages Rowohlt, Berlin zweifellos arisch, seine Autoren bis auf ganz wenige Ausnahmen jedoch jüdisch, andererseits sind die Inhaber der Verlage S. Fischer, Berlin oder Rütten und Loening, Frankfurt, Juden, unter ihren Autoren jedoch befinden sich teilweise beste deutsche Dichter und Schriftsteller. – Der in der Liste genannte Hamburger Verlag Gbr. Enoch ist im Besitz von Dr. O. Enoch (Jude), der, wie mir aus den Akten unseres Vereins bekannt ist, Frontoffizier und Inhaber des E.K.I. und II. ist, was ich im Interesse einiger seiner arischen Autoren unserer Heimatstadt (zum Beispiel Hans Leip) erwähnen möchte.« Kurt Enoch ist 1931 Mitglied der Patriotischen Gesellschaft geworden und muss dann zu denen gehört haben, die 1935 aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden.

<sup>37</sup> Bottin, Enge Zeit, S. 46

<sup>38</sup> StAHH 622-1, 153, Familie Krogmann, Tagebücher Vincent Krogmann, C 15, I, 1933 UA 7

Die Liste der jüdischen Verlage muss Saucke ganz wichtig gewesen sein, denn andere Aufgaben – so Saucke – könne er leider nicht erledigen, weil er mit der Vorbereitung der Hauptversammlung des Buchhändler Börsenvereins beschäftigt sei, deren Bedeutung durch die Anwesenheit des Herrn Reichministers Dr. Goebbels betont werde.

Kurt Saucke schreibt diesen Brief am 11. 5. 1933. Wenige Tage später – am 15. 5. 1933 – wurde in Hamburg am Kaiser-Friedrich-Ufer durch den NS Studentenbund die Bücherverbrennung inszeniert. Mutige Mitarbeiter der Bücherhalle Mönckebergstraße übrigen vernichteten die Bücher, die aus dem Bestand herausgenommen werden sollten, nicht, schickten sie auch nicht an die Zentrale der Gestapo in der Ritterstraße, sondern lagerten sie in den eigenen Lagerräumen, zum Beispiel im Keller oder auf dem Spitzboden der Bücherhalle Kohlhöfen.<sup>39</sup> Offiziell hatten sich die Bücherhallen selbst gleichgeschaltet. Schon unmittelbar nach dem 5. 3. 1933 wurde in der Loyalitätsadresse des »Verbandes Deutscher Volksbibliothekare«, verfasst vom Direktor der Öffentlichen Bücherhallen Schuster, das Pogrom der Bibliothekssäuberungen skizziert. Eigentliches Ziel dieser Säuberungen waren zunächst die Leihbibliotheken, die damals eine große Rolle spielten.<sup>40</sup>

## 9. Der »Arierparagraph« – ein Zivilisationsbruch

Das Gesetz, das den Beginn der sozialen Einschnürung und der öffentlichen, staatlichen Verfolgung der Juden bedeutete und zugleich die strukturelle Armut der Juden einleitete, wurde zwei Monate nach der Machtübernahme erlassen, also zu Beginn der NS-Herrschaft. Es wurde sofort ohne jeden Widerstand in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchgeführt, auch in den Bereichen, für die seine Anwendung zunächst nicht zu erwarten gewesen wäre.

Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« bedeutete einen ungeheuren Zivilisationsbruch für Deutschland, der von der fast ironisch klingenden Verkürzung des Paragraphen 3a auf »Arierparagraph« zur Zeit der beginnenden NS-Diktatur verdeckt wird. Das Wort klingt distanziert, handlich zugerichtet, als sei hier der Volksmund am Werke gewesen. Zu oft haben wir über der Selbstverständlichkeit, mit der dieser Paragraph in Deutschland eingeführt wurde, vergessen, was vor dem Massenmord in Deutschland geschah. Unter den Augen der Hamburger und eben auch mit Zustimmung der Patriotischen Gesellschaft wurde eine »vordefinierte Minderheit zu einer entrechteten und hilflosen Randgruppe« zugerichtet.<sup>41</sup> Alfred Grosser, durchaus ein Freund des heutigen Deutschlands, verweist darauf, dass »jeder Deutsche bereits 1933 vom NS-Terror, von der Aussonderung der Juden« wusste. Tausende hätten bereits 1933 in KZs gelitten,

39 Hanno Jochimsen mit einem Beitrag von Gertrud Seydelmann, Demokratie braucht Bücher – Bücher brauchen Demokratie. In: Helga Kutz-Bauer, 75 Jahre Uni, HÖB, VHS, Volksbühne Hamburgs. Hamburg 1994, S. 51 ff., hier S. 58

40 Jan Hans, Die Bücherverbrennung. In: Krause, Hochschulalltag, S. 237 ff., hier S. 243

41 Jan Philipp Reemtsma, Stenogramme aus der Vorhölle. Über Victor Klemperers Tagebücher. In: Mord am Strand, S. 254 ff., hier S. 262

»die Juden« seien »aus Beruf und Ämtern entfernt worden und alle Berufsverbände »arisiert« worden, die Parteien verboten, die Presse unterjocht«. Zuweilen mag es so scheinen, als gelte die Berufung auf »Auschwitz« als Möglichkeit, der eigenen Verantwortung für alles auszuweichen, was vor Auschwitz geschah. »Deshalb soll man nicht so tun, als würde sich der Nationalsozialismus auf Auschwitz beschränken.«<sup>42</sup>

Wenn das NS-Regime vor dem Massenmord Halt gemacht hätte, »hätten wir immer noch ein ungeheures Zivilisationsverbrechen vor uns« – darauf verweist Reemtsma in seinem Artikel über Klemperers Tagebücher, die er das »Stenogramm aus der Vorhölle« nennt, und mit der Vorhölle ist der Alltag in den deutschen Städten gemeint.<sup>43</sup>

Bajohr spricht von einer Zustimmungsdiktatur, die in den ersten Jahren des NS-Regimes auch in Hamburg errichtet wurde.<sup>44</sup> Er wird bestätigt durch die Äußerungen Münchmeyers: »Wir haben gearbeitet, geheiratet, Kinder bekommen und Feste gefeiert. Wir haben intuitiv gespürt, daß etwas nicht in Ordnung war, aber wir haben uns verhalten wie die berühmten drei Affen: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen ... Wenn sie auftauchten, haben wir unsere Rolläden heruntergelassen, unsere Silberbestecke und die Denkart der Väter hervorgeholt. Wenn ihre Stimmen im Volksempfänger ertönten, haben wir ihn abgeschaltet, und den »Stürmer« hätten wir nicht einmal als Fußabtreter benutzt und waren stolz darauf.«<sup>45</sup>

Die »Judenpolitik« des Regimes stieß am Anfang teilweise auf Unverständnis und Ablehnung in der deutschen Bevölkerung. Die reservierte bis negative Einstellung »war jedoch eher diffus und vielschichtig, häufig durchsetzt mit einem Gefühl von Distanz und Ablehnung gegenüber den Juden. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich keine kollektive Stimme gegen die Verfolgung erheben.«<sup>46</sup> Daher kann Friedländer im Vorgehen der Nationalsozialisten in den ersten Monaten des Jahres 1933 einen Versuch sehen, zu überprüfen, ob in Deutschland mit einer wirklichen Opposition zu rechnen sei. Das Ergebnis dieses Versuchs war klar: »Was auch immer an Opposition möglicherweise existierte, sie würde nicht geäußert werden, solange unmittelbare Interessen und grundlegende Dogmen nicht bedroht wurden. Die konkrete Situation der Juden war ein Test dafür, wie weit sich jedes moralische Prinzip zum Schweigen bringen ließ.«<sup>47</sup> Der Test fiel zur Zufriedenheit der Nationalsozialisten aus.

42 Alfred Grosser, »Der Begriff Rache ist mir völlig fremd«. In: Martin Doerry, »Nirgendwo und überall zu Haus«, Gespräche mit Überlebenden des Holocaust (Fotografien von Monika Zucht). München 2006, S. 120 ff., hier S. 127

43 Reemtsma, Stenogramme aus der Vorhölle, S. 254/255

44 Frank Bajohr, Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 69 ff.

45 Münchmeyer, Hinter weißen Fassaden, S. 86

46 Longeric, »Davon haben wir nichts gewusst«, S. 100

47 Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Band I, Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. München 2000, S. 73

III. »Mitglied der Gesellschaft  
kann jeder arische Volks-  
genosse sein«

Der Vorstandsbeschluss vom 24. September 1935

## 1. Aspekte der Analyse

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Patriotische Gesellschaft, als sie 1936 der NS-Kulturgemeinde formell beitreten wollte, den »Arierparagrafen« als Kriterium der Mitgliedschaft einführen musste, wenn sie keine Schwierigkeiten bekommen wollte. Ebenso kann kein Zweifel daran bestehen, dass dieser Beschluss 1935 nicht notwendig war – dies wird u. a. daran deutlich, dass 1935 die Aufnahme des »Arierparagrafen« in die Satzung, wie sie zunächst noch geplant war, dann doch nicht für nötig gehalten wurde. Ich will mit meiner Analyse herausfinden, wie es sein konnte, dass die Einführung des »Arierparagrafen« 1935 beschlossen wurde und dass dies ohne erkennbaren Widerstand geschah. Im Folgenden stelle ich die Analyse des Protokolls vom 24. 9. 1935 in den Zusammenhang mit anderen Quellen aus der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft und der Zeitgeschichte. Man kann davon ausgehen, dass die Protokolle des Vorstands, die zum Teil im Amtsassiv gesammelt wurden, von den zuständigen Behörden gelesen und daher mit einiger Vorsicht formuliert wurden. Ich werde die Begründungen des Vorstands prüfen und einige beteiligte Personen vorstellen. Das Protokoll selbst scheint zunächst nur den »einfachen« Vorgang zu protokollieren – aber schon die Tatsache, dass es verschiedene Begründungen enthält, lohnt eine genaue Analyse. Der Beschluss war geplant, nicht Ergebnis einer spontan entstandenen Notsituation.

## 2. Die Situation ab Frühjahr 1935

Im Frühjahr und Sommer 1935 begann – nach kurzer Ruhe – eine neue Welle antisemitischer Aktionen, in deren Verlauf Schilder am Eingang von Städten und Dörfern (»Juden sind hier nicht erwünscht«) aufgestellt wurden, in einigen Städten verboten die Behörden Juden den Besuch von Kinos, Schwimmbädern, Bibliotheken.<sup>1</sup>

Am 30. 8. 1935 fand in Hamburg eine Veranstaltung mit Julius Streicher statt. Am Tag zuvor fuhren zwei Lastwagen mit SA-Angehörigen durch Straßen, in denen Juden wohnten. Dabei wurden brennende Fackeln vor die Häuser geworfen, die SA gröhnte Sprüche wie »Juda verrecke«. Die Presse meldete 20.000 Besucher, viele von ihnen in SS-, SA-, HJ-Uniformen. Streicher erging sich in seiner Rede in abstoßenden Äußerungen zur »Rassenschande«.

In dieser Atmosphäre, die symptomatisch für die Zeit vor dem Parteitag war, wurden am Ende des Parteitags, am 15. 9. 1935, die Nürnberger Gesetze verkündet, die am gleichen Tag dem Reichstag vorgelegt und von diesem einstimmig gebilligt wurden. Das »Reichsflaggengesetz« bestimmte, dass Juden nicht die deutsche Fahne

1 Die Informationen zu den folgenden Ausführungen habe ich vornehmlich zwei Büchern entnommen: Richard Evans, *Das Dritte Reich*, Band II, 2, Diktatur. München 2006, S. 652 ff.; und Friedländer, *Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, S. 159 ff.

hissen durften. Nach dem zweiten Gesetz, dem »Reichsbürgergesetz«, konnten fortan nur Personen »deutschen oder artverwandten Blutes« Reichsbürger sein, alle anderen waren als »Staatsangehörige« in Zukunft ohne politische Rechte, aber dem Schutzverband verpflichtet. Mit dem »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« wurden die Eheschließung und die außereheliche Beziehung zwischen Juden und Bürgern »deutschen oder artverwandten Blutes« untersagt.

Abermals wurden Juden rassistisch, mit vielen rassistisch zugespitzten Details, definiert. Als neuer Begriff erschien der Begriff »Geltungsjude« – mit ihm wurden Menschen bezeichnet, die aus einer jüdisch-christlichen Ehe stammten und nicht zu einer jüdischen Religionsgemeinschaft gehörten oder die mit einem »Volljuden« verheiratet waren. Die sehr umständlich formulierten Definitionen, die ich hier nicht in allen Einzelheiten ausführe (siehe Literaturangabe), mögen uns heute unübersichtlich, kaum verständlich erscheinen – für die betroffenen Menschen entschieden sie immer häufiger über ihre Isolation, schließlich auch über Leben und Tod. In immer neuen Begriffsdefinitionen, in der Ausführung immer neuer strafbarer Beziehungen zwischen »Ariern« und Juden tobte sich die Obszönität des NS-Rassismus aus. Dazu gehörte zum Beispiel der Versuch, den Begriff »Verkehr« detailliert zu beschreiben: Dazu sollten zum Beispiel die Küsse eines impotenten Mannes anstelle des Geschlechtsverkehrs gehören – der Mann erhielt dafür zwei Jahre Haft. Auch therapeutische Massage galt als Teil des »Verkehrs«.<sup>2</sup> Die bürgerlichen Rechte aller Juden waren aufgehoben, damit auch die Einschränkung des BBG, so dass nun auch ehemalige Weltkriegsteilnehmer aus ihrem Amt entlassen werden konnten. Am 21.12.1935 verfügte eine zweite Verordnung die Entlassung jüdischer Professoren, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, die nach der Ausnahmeregelung noch hatten im Dienst bleiben können.

Das »Blutschutzgesetz« drang in die Privatsphäre der Menschen ein. »Vom Herbst 1935 an beherrschte der Antisemitismus als ein Prinzip nicht nur das öffentliche, sondern auch das Privatleben«<sup>3</sup>: Da die Vergehen schwer zu beweisen waren, war die Verfolgung der »Vergehen« von Anfang an weitgehend auf Denunziationen von Nachbarn, Bekannten und manchmal sogar von Familienangehörigen angewiesen.

Verstöße gegen das »Blutschutzgesetz« wurden in Hamburg mit besonderer Schärfe geahndet. Lohalm verweist darauf, dass beim Hamburger Landgericht zur Aburteilung nach diesem Gesetz sogar eine besondere Strafkammer eingerichtet wurde.<sup>4</sup>

2 Friedländer, Die Jahre der Verfolgung, S. 176/177

3 Evans, Das Dritte Reich, Band II, 2, S. 667

4 Lohalm, Die nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 23

### 3. Der Vorgang

In der Vorstandssitzung vom 24. 9. 1935, die anderthalb Stunden dauerte, beschließt der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft unter dem Vorsitz von Dr. Werner Puttfarcken – am 30. 4. 1935 zum Vorsitzenden gewählt – die Einführung des »Arierparagraphen«. Diese Maßnahme – so Puttfarcken – sei von Dr. Kleinschmit<sup>5</sup> von der Behörde für Volkstum, Kunst und Kirche »angeregt, nicht gefordert« worden (zu Kleinschmit siehe S. 49 ff.). Nach Begründung dieser Maßnahme durch den Vorsitzenden wird nach »kurzer Aussprache« festgestellt, dass sich die Durchführung des »Arierparagraphen« »nicht umgehen« lasse. Die Sitzung ist gut vorbereitet: Der Vorstand billigt ein Anschreiben an alle Mitglieder, das den Vorgang erläutert und zugleich eine Erklärung für alle Mitglieder enthält, die zurückgeschickt werden muss und dann die Mitgliedschaft sichert. Ob alle diejenigen, die die Erklärung nicht zurückschickten, damit aus der Gesellschaft ausgeschlossen waren, ist anzunehmen, aber nicht zu beweisen, da keine einzige Erklärung erhalten ist. Neue Mitglieder müssen den Ariernachweis erbringen. »In Zweifelsfragen stehen die Mitglieder unseres Vorstands oder der Geschäftsstelle gern zu Verfügung«, – hier wird also Beratung darüber angeboten, ob ein Mitglied sich als »arisch« oder »jüdisch« verstehen muss. Für eine Mitgliederversammlung wird ein Antrag auf Satzungsänderung vorgesehen, zu dem es 1935 nicht kommt. In der Vorstandssitzung vom 5. 11. 1935 wird eine Satzungsänderung für nicht notwendig gehalten. Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder ist der größte Bruch in der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft gewesen – er wurde organisiert ohne die Mitbestimmung der Mitgliederversammlung (diese hatte am 27. 6. 1935 stattgefunden) und ohne eine Satzungsänderung.

Der 1933 und in den folgenden Jahren noch relativ lose Anschluss an die NS-Kulturgemeinde sollte ab 1936 zu einem »engeren Anschluss« werden, auch weil sich die bisherige Zusammenarbeit als »wünschenswert und fruchtbar« (Pietzcker im Protokoll 15. 12. 1936) erwiesen habe. Aus dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15. 12. 1936 geht hervor, dass die NS-Kulturgemeinde sich die Bestätigung des Vorsitzenden vorbehalten hatte. Diese Bestimmung wird auf Vorschlag Pietzckers nicht in die Satzung aufgenommen, sondern in einer gesonderten Abmachung festgehalten. Ein Einspruch der NS-Kulturgemeinde dagegen ist nicht festzustellen. Sie will nach Auskunft Pietzckers auch die »ungerechtfertigte Abberufung des Vorsitzenden« hindern – auch diese Feststellung findet sich nicht in der Satzung von 1937. Nach dem nun eingeführten Führerprinzip wird der Vorsitzende auf drei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt, alle übrigen Funktionen sind im Beirat zusammengefasst, der vom ersten Vorsitzenden ernannt wird.

5 »Dr. Kleinschmit« wird in Akten und Protokollen unterschiedlich geschrieben. Bei wörtlichen Zitaten übernehme ich die jeweilige Schreibweise, sonst schreibe ich »Kleinschmit«.

Pietzcker führt dann aus, dass für eine engere Zusammenarbeit die »Arierbestimmung« sowie die »Einrichtung eines Vereinsführers« notwendig geworden seien.<sup>6</sup> Nachdem die Mitgliederversammlung 1936 die neue Satzung gebilligt hat, werden der »Arierparagraph« (§ 5) und das Führerprinzip (§ 10) in diese aufgenommen. Die Satzung tritt mit der Unterschrift des Reichsstatthalters am 8. 4. 1937 in Kraft.<sup>7</sup> Inzwischen waren seit über eineinhalb Jahren keine jüdischen Mitglieder mehr in der Patriotischen Gesellschaft. Gegen den »Arierparagraphen« erhob sich keine einzige Stimme in der Versammlung, sehr wohl aber gegen die Einführung des Führerprinzips.

Nach der Sitzung vom 24. 9. 1935 wird folgende Erklärung an die Mitglieder verschickt: »Auf Grund eines nach dieser Richtung ausgesprochenen Wunsches der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst ist es für unsere Gesellschaft erforderlich, die Mitgliedschaft auf Personen arischer Herkunft zu beschränken. ... Maßgebend sind für die Feststellung der nichtarischen Abkunft die Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes. ... Ein Hindernis für weitere Mitgliedschaft besteht nicht, wenn 3 Großeltern arisch sind. Entsprechendes gilt für die Ehefrauen.« Die Einschränkungen des »Arierparagraphen« (§ 3, Absatz 2) sollen auch für jüdische Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft gelten, die am Krieg teilgenommen oder Verwandte im Krieg verloren haben. An diesem Zusatz lässt sich erkennen, dass die Vorbereitung zu der Sitzung am 24. 9. 1935 vor den Nürnberger Gesetzen getroffen worden sein muss, weil die Ausnahmeregelung im BBG mit der Verkündung der Nürnberger Gesetze aufgehoben wurde. Außerdem wird kein Jude in dieser Situation von der Ausnahme Gebrauch gemacht haben. Die folgende Erklärung soll von den Mitgliedern möglichst bald abgeschickt werden: »Ich erkläre, dass ich und meine Ehefrau arischer Abstammung im Sinne der Anfrage der Patriotischen Gesellschaft sind.«

#### 4. Der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft und ihr Vorsitzender 1935

Arnold Engel verweist noch 1929 – als er selbst noch Mitglied der DVP war – ausdrücklich auf den Grundsatz der Patriotischen Gesellschaft, sich in ihrer Tätigkeit außerhalb aller Parteipolitik zu stellen. Parteipolitische Tendenzen dürften nicht in die Gesellschaft hineingetragen werden. In der Kommission für die Theatervorstellungen zum Beispiel fanden sich Herren zusammen, »deren politische Anschauungen weit auseinandergehen« und die trotzdem gut und unabhängig zusammengearbeitet haben.<sup>8</sup> Die meisten Mitglieder, auch des Vorstands, waren eher bürgerlichen Parteien zugeneigt, man war vor der Weimarer Republik auch durch

6 VA 44, Band I, V 161, Mitgliederversammlung vom 15. 12. 1936

7 VA 44, Band II, V 163 ff., »Mitglied der Gesellschaft kann jeder arische Volksgenosse sein«

8 Arnold Engel, Die Volksvorstellungen der Patriotischen Gesellschaft, S. 436

eine lange währende Nähe zum Senat an die Zusammenarbeit mit konservativen Kräften gewohnt – dennoch fand sich auch ein so entschiedener Sozialdemokrat wie Erwin Krause unter den Mitgliedern der Kommission.

Mit dem Eintritt dreier Mitglieder des Vorstands in die NSDAP (Werner Puttfarken, Arnold Engel, Eduard Hallier) wurde 1933 eine eindeutige parteipolitische Präferenz vorgegeben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Situation im Verein für Hamburgische Geschichte anders war. Joist Grolle und Ina Lorenz verweisen darauf, dass der Verein erst 1937 »auf NS-Kurs« ging. Zunächst habe von den Vorstandsmitgliedern nur der kooptierte Handelskammer-Präsident Hübbe der NSDAP angehört, der aber an den Vorstandssitzungen nur selten teilgenommen habe und 1937 nach Berlin verzogen sei. 1935 trat dann ein weiteres Vorstandsmitglied der Partei bei, und erst 1937 kam ein drittes Mitglied dazu. Als die seit dem 1. 5. 1933 geltende Eintrittssperre in die NSDAP im Frühjahr 1937 gelockert wurde, »änderte sich die Parteibuch-Situation im Vorstand dramatisch«<sup>9</sup> – neben einigen anderen trat auch der im März 1937 gewählte neue Vorsitzende des Vereins, Kurt Detlev Möller, in die Partei ein, sodass sich die Haltung des Vereins zur NS-Diktatur völlig wandelte und die bisher durch den Vorsitzenden Hans Nirrnhelm bewahrte Distanz zu dem Regime verloren ging.

Die eindeutige parteipolitische Präferenz im Vorstand der Patriotischen Gesellschaft muss im Folgenden vergegenwärtigt werden. Werner Puttfarken und Arnold Engel waren Beamte, Eduard Hallier Rechtsanwalt. Engel und Hallier waren allerdings bei der Sitzung am 24. 9. 1935 nicht anwesend. Eduard Pietzcker, er war zu dieser Zeit noch Mitglied der SA (bis Oktober), in die er nach seiner Aussage gegen seinen Willen aus dem »Stahlhelm« überführt wurde, beantragte im Mai 1937 seine Mitgliedschaft in der Partei, die aber abgelehnt wurde.<sup>10</sup> Georg Herman Sieveking, Professor und Leiter des Gesundheitsamtes Hamburg, berichtet in seinen Lebenserinnerungen, dass er durch Hallier in den Vorstand der Patriotischen Gesellschaft berufen wurde, noch bevor er überhaupt Mitglied war (1906–1908). Er gehörte der DVP an, trat aber von seinem Amt als Bürgerschaftsabgeordneter zurück, weil er die »endlosen Reden der Kommunisten« nicht ertragen konnte. Er sei aber nicht der NSDAP beigetreten, »woraus mir angesichts meiner politischen Vergangenheit und meines Alters nie ein Vorwurf gemacht ist«.<sup>11</sup> 1943 kehrte Sieveking aus der Pensionierung als leitender Amtsarzt zurück – worin genau seine Tätigkeit bestand, ist nicht zu ermitteln, da die Akte Sieveking verbrannt ist. Hans Wesselhoef, Versicherungsmakler, ist nie in die NSDAP eingetreten. Über Adolf Meyer-Labastille berichtet Sigrid Schambach, dass er 1918 in ein Freikorps eingetreten sei, was für eine rechte politische Auffassung spreche.<sup>12</sup>

9 Joist Grolle/Ina Lorenz, Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus dem Verein für Hamburgische Geschichte. Ein lange beschwiegenes Kapitel der NS-Zeit (Mit biographischem Anhang). In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band 93. Hamburg 2007, S. 1 ff., hier S. 27/28

10 Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, NEK Archiv, Bestand 32.03.02, Nr. 3359 I, Dr. Eduard Pietzcker, Personalakte 29, 22

11 622-1 Sieveking N9, MKG 134 A 0502, Lebenserinnerungen 1941–1944, S. 18/19

12 Sigrid Schambach, Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765. Hamburg 2004, S. 152

Zu den politisch Unverdächtigen gehörte der Hauptpastor Heinz Beckmann, der von 1923 bis 1928 Vorsitzender des Vorstands der Patriotischen Gesellschaft war.<sup>13</sup> Beckmann gilt als einer der wenigen engagierten Demokraten der hamburgischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er war Sprecher der liberalen Fraktion in der Synode und arbeitete zeitweilig für eine angesehene liberal-protestantische Zeitschrift und gab von 1924–1933 die »Hamburgische Kirchenzeitung« heraus. Von 1920 bis zu seinem Tode 1939 war er Hauptpastor an St. Nikolai. Er war in der Schulpolitik engagiert und trat nachdrücklich dafür ein, dass auch Frauen nach dem Theologiestudium beide Examina ablegen und in den kirchlichen Dienst eintreten konnten. Diese Berechtigung der Frauen wurde im Kirchengesetz von 1927 gesichert, das aber durch den nationalsozialistischen Bischof Tügel 1935 wieder aufgehoben wurde. Schon am Ende der Weimarer Republik erkannte Beckmann, dass seine Position nicht mit der nationalsozialistischen Politik übereinstimmte. In der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. I. 1933 sah er das das »Ende des Zeitalters der Kultur«. Als er die Teilnahme an der Hamburger »Kirchenrevolution« mit der Einführung des Bischofsamtes verweigerte, wurde er in seinem öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten ausdrücklich beschränkt. Aus kirchenpolitischen Gründen verlor er auch seinen Lehrauftrag an der Universität.

Über Beckmanns Haltung zur Verfolgung der Juden lässt sich wenig sagen. Gewiss war er niemand, der sich für Juden direkt einsetzte. Als er 1932 gebeten wurde, seine Solidarität mit Juden nach Grabschändungen zu bekunden, machte er einen deutlichen diplomatischen Rückzug.

Wer in Hamburg und im gesamten Deutschen Reich in der Verwaltung eine führende Rolle spielen wollte, konnte fürchten, dass er ohne die Mitgliedschaft in der NSDAP ständiger Einschüchterung und Degradierung ausgesetzt sein könnte. In diesem Zusammenhang sei ein ermutigendes Gegenbeispiel – außerhalb der Patriotischen Gesellschaft – erwähnt: Die Lehrerin Elisabeth Flüge wurde nach der Auflösung der privaten Schule für jüdische und christliche Mädchen am Mittelweg an die Mädchen-Volksschule in St. Pauli versetzt. Obwohl sie aus ihrer absoluten Ablehnung der NS-Diktatur nie einen Hehl machte, auch nie in die NSDAP eintrat, wurde sie 1940 verbeamtet. »Trotz der zunehmenden Bedrohung hielt sie unbeirrt zu ihren jüdischen Freunden, setzte sich, ungeachtet der eigenen Gefährdung für sie ein.«<sup>14</sup> Sie wurde 1976 als eine der »Gerechten« in Yad Vashem geehrt.

Die Sitzung am 24. 9. 1935 war vom Vorsitzenden exakt vorbereitet, offensichtlich hat weder im Vorfeld noch in der Sitzung irgend jemand ein Wort für die jüdischen Mitglieder, mit denen man teilweise jahrelang zusammengearbeitet hatte, eingelegt. Es ist allerdings zu vermuten, dass im Vorfeld der Sitzung bereits

13 Rainer Hering, Hauptpastor Dr. H. Beckmann (1877–1939). In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 367. Auf diesen Beitrag beziehe ich mich im Folgenden.

14 Christiane Pritzlaff, Entrechtet – Ermordet – Vergessen. Jüdische Schüler in Hamburg. Hamburg 1996, S. 44

Gespräche mit jüdischen Mitgliedern geführt wurden, um diese zum freiwilligen Austritt zu bewegen. Dass diese Gespräche für Vorstandsmitglieder und für Mitglieder der Geschäftsstelle eine große Last waren, ist nicht auszuschließen – wir wissen nichts darüber, und die Gelegenheit, über diese Situation nach dem Ende der NS-Diktatur zu berichten, ist nie wahrgenommen worden.

*Der Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft am 24. September 1935:  
Dr. Werner Puttfarken*

Puttfarken war Vorsitzender des Vorstands vom 30. 4. 1935 bis Mitte 1937, als er aus persönlichen Gründen (Umzug, berufliche Hintergründe) von seinem Amt zurücktrat. Er hat die Einführung des »Arierparagraphen« in die Gesellschaft zum Thema des Vorstands gemacht und von Anfang an auch den Anschluss der Gesellschaft an den Verein Niederdeutsches Hamburg befürwortet. 1939 hat er sein Amt als Mitglied des Vorstands zur Verfügung gestellt für den Fall, dass er der einzige aus dem Vorstand sei, der für diesen Anschluss stimme (Protokoll). Puttfarken war seit dem 1. 5. 1933 Mitglied der NSDAP, eine Weile Ortsgruppenamtsleiter der Partei und zeitweiliger Blockleiter, seit April 1933 gehörte er dem Nationalsozialistischen Lehrerbund an.

Die Machtübernahme hatte sofort auch Folgen für Schulen. Am 25. 4. 1933 wurde das »Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen erlassen«, das den Gesamtanteil jüdischer Schüler und Studenten auf 5% begrenzte. Bei Neuaufnahmen sollte der Anteil von jüdischen Schülern und Studenten nicht mehr als 1,5% betragen. Im September 1935 wurden gesonderte jüdische Schulen eingerichtet, und ab November 1938, nach dem Pogrom, durften jüdische Schüler keine öffentlichen oder nichtöffentlichen Schulen mehr besuchen, sondern sie mussten auf jüdische Schulen überwechseln. Im April 1942 wurde angeordnet, dass jeder Unterricht für jüdische Schüler sofort einzustellen sei.<sup>15</sup>

Die Hamburger Schulbehörde wendete in den ersten Jahren des Regimes die vorgeschriebenen Anteilssätze nicht auf jede einzelne Schule an, sondern bezog sie auf die Gesamtzahl der die höhere Schule besuchenden oder neu aufzunehmenden Schüler. Offensichtlich wollte man zunächst Unruhe an den Schulen vermeiden und konzentrierte sich zunehmend auf die Zahl der Anmeldungen.<sup>16</sup>

In dieser Situation war es für die jüdischen Schüler des Johanneums verhängnisvoll, mit Dr. Werner Puttfarken einen Schulleiter zu haben, der sich in auffälligem persönlichen Eifer darum bemühte, seine Schule möglichst vor der Zeit »judenfrei« zu machen und den Schulalltag mit nationalsozialistischem Gedankengut zu durchsetzen.

Puttfarken war zweifellos ein vielseitig interessierter und gebildeter Mann, der nach dem Staatsexamen 1913 in Klassischer Philologie und Geschichte (verbunden

<sup>15</sup> Ebenda, S. 29

<sup>16</sup> Ebenda, S. 11

mit der Lehrbefähigung in philosophischer Propädeutik) promovierte. Thema seiner Dissertation war »Das Asyndeton bei den römischen Dichtern«. <sup>17</sup> Zurückgekehrt aus dem 1. Weltkrieg, wurde er 1919 dem Johanneum als Lehrer zugewiesen und hat dort von 1933–1942 als Schulleiter gearbeitet. Er war gewiss auch ein interessierter Pädagoge – seine Zeit als Schulleiter ist aber von einem vehementen Antisemitismus geprägt. Seine Aktionen gegen jüdische Schüler gingen von Beginn der NS-Diktatur an über die staatlich angeordneten Ausgrenzungen hinaus. <sup>18</sup>

1933 findet sich im Juni-Heft des »Johanneum« ein von Puttfarken sowie von den Vorsitzenden des Elternbundes und des Ehemaligenvereins unterzeichnetes Gelöbnis gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, in dem sich die Unterzeichnenden mit dem Ziel des Führers, »Nation und Deutscher Mensch als Aufgabe, Erziehung zur ... christlichen Persönlichkeit«, einig wissen. <sup>19</sup> Dies Bekenntnis zu Hitler wurde bei einer »Volksdeutschen Feierstunde« aus Anlass der Enthüllung einer Hitler-Büste am 20. 9. 1935 erneuert. Im Verlauf des Jahres 1935 und dann der folgenden Jahre lief im Johanneum ein reichhaltiges nationalsozialistisches Programm mit Reden, Filmvorführungen, Gedächtnisfeiern verschiedenster Art ab. Die Einführung des »Arierparagraphen« hatte Puttfarken schon bei der »Arisierung« des Ehemaligenvereins geübt. <sup>20</sup>

Puttfarkens antisemitische Einstellung zeigte sich besonders an seinen Maßnahmen gegen jüdische Schüler, die Puttfarken durch immer neue Schikanen aus der Schule herausdrängen wollte. In einem unverlangt geschriebenen Bericht an die Kultur- und Schulbehörde vom 14. 2. 1938 <sup>21</sup> stellt Puttfarken eine Art Erfolgsbilanz diese Maßnahmen zusammen: Jüdische Schüler hatten besondere Plätze in der Klasse, an Schulfestlichkeiten, Wandertagen und Reisen durften sie nicht teilnehmen, kurz: Sie seien ausgeschlossen von »allen Veranstaltungen, die das Gepräge kameradschaftlichen Gemeinschaftslebens tragen«. Für das Schulorchester galt die Regel, »dass nur HJ-Angehörige oder mindestens HJ-fähige Schüler mitspielen können«. In jeder Klasse musste im Geschichtsunterricht drei bis vier Stunden lang die Judenfrage behandelt werden; die besonderen Richtlinien dazu kontrollierte Puttfarken regelmäßig selbst.

In Beflissenheit verweist Puttfarken die Behörde darauf, dass mit all diesen Maßnahmen »die erst später vom Reichsminister erlassenen Bestimmungen« am Johanneum »bereits durchgeführt wurden«.

17 Rainer Hering, Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums 1933–1942. In: Symposion. Festschrift zum 475. Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, hrsg. von Christian von Müller, Uwe Petersen, Uwe Reimer. Hamburg 2004, S. 49 ff., hier, S. 50

18 Lohalm, Die nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 32

19 Hering, Nationalsozialist oder schwacher Charakter?, S. 52

20 Matthias Schneider, »Protest am Johanneum«. Meine Schule im Dritten Reich. Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten. Hamburg 1999

21 StA Hamburg 361-2, Oberschulbehörde II, A 1, Nr. 50. Höheres Schulwesen. Geschichte des Johanneums, »Verschiedenes«

Und doch reichte Puttfarken auch dieser »Erfolg« nicht: Ständig ersuchte er seine Behörde, seiner Anstalt den »Zugang weiterer jüdischer Schüler zu ersparen«, beklagte die »starke Verjudung der Schüler«. Die Abmeldung einiger jüdischer Schüler sowie eine bewusstere »Stellungnahme der deutschen Schüler gegenüber den jüdischen« machen ihn stolz – aber nicht zufrieden. Dass unter 530 Schülern immer noch 20 Juden und 22 Mischlinge sind, ist für ihn eine »immer noch viel zu hohe Zahl besonders auch von Halbjuden, die ihres jüdischen Aussehens wegen in der Öffentlichkeit schon oft Anstoss erregten«. Puttfarken kündigt weitere Maßnahmen an, »bis der Prozentsatz von 1,5% ... unterschritten ist«. Jüdische Schüler will er nicht mehr aufnehmen.

Ein ehemaliger Schüler des Johanneums berichtet in einem Interview mit der »Werkstatt der Erinnerung«: »Es gab fünf Juden in der Klasse. Man hat nicht mehr mit ihnen sprechen können, weil das gefährlich war. Und allmählich wurde es stumm um uns. Dann haben sich nur noch die Juden verständigen können. Wir wurden nicht angegriffen, man hat nur nicht viel mit uns geredet.«<sup>22</sup> Erinnerungen ehemaliger Schüler gehen darauf ein, dass es Puttfarken insgesamt nicht gelungen ist, aus seiner Schule eine wirklich antisemitische Lehranstalt zu machen. »Angst vor ihm hatten wir eigentlich nicht, er hieß bei uns einfach Pottferkel. Etwas untertänig kam er mir vor, wenn er mit dem HJ-Führer an den auf dem Schulhof angetretenen Schülern vorbeischnitt, damit dieser den Haarschnitt kontrollieren konnte.«<sup>23</sup> Bemerkenswert wird seine untertänige Haltung öffentlichen Personen gegenüber, aber auch sein Einsatz für den angegriffenen Studienrat Ernst Fritz sowie 1942 für drei Schüler einer 6. Klasse, die Pfeile auf ein über der Tafel angebrachtes Hitler-Bild abgeschossen hatten. Vermutlich führte dieser Vorfall dazu, dass Puttfarken im Spätsommer 1942 sein Amt als Schulleiter des Johanneums verlor und an die Oberschule für Jungen an der Armgartstraße versetzt wurde.

Die Verlautbarungen Puttfarkens in der Schule und in den Protokollen der Patriotischen Gesellschaft haben etwas auffällig Beflissenes, als sei es ihm vornehmlich darum gegangen, sich als überzeugter Nationalsozialist profilieren zu wollen. Dazu gehört auch seine Bemerkung in den Protokollen (1. 9. 1936), dass er über die Patriotische Gesellschaft von der Gestapo »befragt« wurde. Ich halte diese Bemerkung nicht für einen Verweis auf die Gefährdung der Gesellschaft, sondern für eine Art Profilierung, mit der Puttfarken seine Bedeutung für den Vorstand deutlich machen wollte. Dass diese Profilierung sich ihr Betätigungsfeld in der verfolgten Minderheit der Juden suchte, wurde vor allem den Schülern seiner Schule zum Verhängnis und zeigt die Brüchigkeit des Erziehers Puttfarken. Auch die jüdischen Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft wurden Opfer des Antisemitismus von Puttfarken – die Eile, mit der er einem Wunsch Kleinschmits entsprach, wirkt so, als habe er rasch die Möglichkeit der Anbiederung suchen

22 Lohalm, Die nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 26

23 Hering, Nationalsozialist oder schwacher Charakter?, S. 57

wollen. Hier musste er nicht über noch immer zu viele Juden in der Institution klagen – der »Erfolg« war ihm umgehend sicher.

Puttfarken bereitete die Sitzung des Vorstands am 24. 9. 1935 vor (die Einladungen zur Sitzung mit dem Tagesordnungsprogramm wurden am 19. 9. 1935 verschickt) – dennoch ist er nicht der allein Verantwortliche. Er erhielt »nach kurzer Aussprache« die Zustimmung des ganzen Vorstands. Puttfarken war überzeugter Nationalsozialist, überzeugter Antisemit, aber er war nicht so gefährlich, dass sich jeder Widerstand gegen ihn 1935 verbot. Regelmäßig hat Puttfarken die Vereinigung der Patriotischen Gesellschaft mit dem Verein Niederdeutsches Hamburg gefordert – der Vorstand hat sich nie darauf eingelassen. In der im Vergleich zum September 1935 wesentlich zugespitzteren Situation Ende 1939, als der gesamte Verfolgungsapparat des NS-Terrors in Gang gesetzt worden war, entschied sich der Vorstand gegen das nachdrückliche Ersuchen Puttfarkens und damit auch gegen den NS-Senat und das Reichspropagandaamt.

## 5. Auf Wunsch der Behörde für Volkstum, Kunst und Kirche

Im September 1933 wird die Behörde für Volkstum, Kunst und Kirche gebildet, Senator wird von Allwörden, Leiter der Behörde Freiherr Wilhelm Kleinschmit von Lengefeld, von dem der Wunsch, aber nicht die Forderung, den »Arierparagraphen« in die Patriotische Gesellschaft einzuführen, ausgegangen sein soll. Kleinschmit ist ein Bekannter Krogmanns, Gutsherr und Privatdozent für Englisch an der Universität Marburg. Er ist 46 Jahre alt und hat nach einer Meldung in allen vier Hamburger Tageszeitungen Studienreisen ins In- und Ausland gemacht und sich neben seinem Spezialgebiet Englisch eingehend mit Kunst und Literatur der verschiedenen Völker beschäftigt. Er macht am 25. 10. 1933 seinen Antrittsbesuch als Leiter der Behörde bei Krogmann<sup>24</sup>, am 16. 10. 1933 schließt er einen offenbar vorläufigen Vertrag als leitender Regierungsdirektor mit dem Senat ab.<sup>25</sup> Dieser Vertrag wird eine Weile lang verlängert.

Die Tagebücher Krogmanns aus den Jahren 1933/34 enthalten viele Eintragungen, die auf einen intensiven Kontakt Kleinschmits mit Krogmann hinweisen. Beide besichtigen vor allem gemeinsam viele Ausstellungen, tauschen sich über Aufführungen aus. Kleinschmit zeigt sich als ausgesprochener Kenner auch der modernen Kunst. Damit machte sich Kleinschmit unter den »alten Kämpfern« der Hamburger NSDAP viele Gegner, die früh ein Kesseltreiben gegen ihn begannen. Dieses spitzte sich zu, als Staatsrat Georg Ahrens, die rechte Hand des Reichsstatthalters Kaufmann und zu dieser Zeit zuständig für Verwaltung und Personal, am

24 StA Hamburg 622-1/153 Bürgermeister Carl Vincent Krogmann, Tagebücher. C 15, I, 1933, und C 15, II, 1934

25 StA Hamburg, 131-15 Senatskanzlei. Personalakten. C 243 Personalakte Dr. Freiherr von Kleinschmit

19. 6. 1934 den Vorschlag macht, Kleinschmit zum Ordentlichen Professor an der Universität Hamburg zu ernennen, um den Kontakt zwischen Kulturbehörde und Universität zu intensivieren. Aus München kam die Ablehnung der NS-Hochschulkommission, bei der Kleinschmit denunziert worden war. Kleinschmit war kein Parteimitglied und musste sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er habe sich 1932 – wie fast alle Dozenten in Marburg – für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt.

Auch die feste Einstellung Kleinschmits, die Senator von Allwörden vorschlug, scheiterte. Mit der kommissarischen Leitung der Hamburger Kunsthalle, der »Hansischen Universität« und des Museums für Kunst und Gewerbe war Kleinschmit dazu offensichtlich überfordert, weil er über keinerlei Verwaltungserfahrungen verfügte und sich dazu ständig mit den Intrigen des Leiters des Kampfbundes Dr. Haselmayer auseinandersetzen musste. Diese Intrigen spiegeln sich auch in den Tagebüchern Krogmanns aus den Jahren 1933/34, in denen Krogmanns grundsätzliche, und zwar private Sympathie mit der Kunstauffassung Kleinschmits deutlich wird – öffentlich hat Krogmann freilich ganz anders geredet – und in denen er Haselmayers »Mittelmäßigkeit« beschreibt.

Bis zu den Olympischen Spielen 1936 war die Moderne durchaus noch präsent in den Museen, trotz immer wieder feststellbarer Angriffe vor allem gegen Barlach und Nolde. Kaum aber waren die ausländischen Gäste abgereist, verschärfte sich der Kampf gegen die moderne Kunst, auch in Hamburg, wo Kleinschmit im Herbst 1936 zurücktrat und am 1. 10. 1936 die drei Jahre alte Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst aufgelöst wurde. Anlass war die spektakuläre Schließung einer Ausstellung im Kunstverein, in der auch avantgardistische Kunst zu sehen gewesen war. Der Präsident der Reichskulturkammer der bildenden Künste Ziegler ließ die Ausstellung schließen, das Gebäude wurde konfisziert. Schon vorher war der Leiter des Kunstvereins Gurlitt entlassen worden. Die Kulturverwaltung wurde an die Schulbehörde angegliedert, Kleinschmit trat als Sachbearbeiter für Fragen der Bildenden Kunst in deren Dienst und wurde abermals kommissarisch mit der Erledigung der Aufgaben eines Direktors der Kunsthalle und des Museums für Kunst und Gewerbe beauftragt. Als nächste und letzte Information meldet die Personalakte die Entlassung Kleinschmits zum 31. 8. 1938, der damit offensichtlich einverstanden war, aber vergeblich um einen Lehrstuhl an der Universität bat, da er sonst nichts habe.<sup>26</sup>

Aus der Personalakte und aus den Tagebüchern Krogmanns wird klar: Kleinschmit passte nicht in das Muster nationalsozialistischer Kulturpolitik. Seinem Engagement ist es vermutlich u. a. zu danken, dass die Bibliothek von Aby Warburg mit Personal und allen Einrichtungen noch im Oktober 1933 aus Hamburg nach London transportiert werden konnte. Seine eher zurückhaltende Art spiegelt sich

<sup>26</sup> StA Hamburg 113-5, Senatsverwaltung. Allgemeine Abteilung, BV 92 c UA 46

im Grunde auch in der vorsichtigen Formulierung im Protokoll vom 24. 9. 1935. Es ließe sich vorstellen, dass Kleinschmit allenfalls gesprächsweise die Idee einer Einführung des »Arierparagraphen« in die Gesellschaft geäußert hat, ohne jede Verbindlichkeit. Anders als die Museen war die Gesellschaft ja keine halböffentliche Institution. Die beiläufig geäußerte Idee hätte dann der Vorsitzende Puttfarken umgehend als Möglichkeit der Anpassung verstanden und nutzen wollen.

## 6. Die »kulturelle SA« und die Zusammenarbeit mit den staatlichen und parteiamtlichen Kulturstellen

Puttfarken nennt im Protokoll der Vorstandssitzung vom 24. 9. 1935 als eine Begründung für die Einführung des »Arierparagraphen«, dass ohne ihn »ein Zusammenarbeiten mit den staatlichen und parteiamtlichen Kulturstellen nicht möglich sei«. Diese Zusammenarbeit hatte bereits mit einem Paukenschlag begonnen: Schon am 13. 6. 1933 tritt Dr. Heinrich Haselmayer vom Kampfbund für Kultur in einer Vorstandssitzung auf.<sup>27</sup> Haselmayer ist zu dieser Zeit 26 Jahre alt und gehört seit 1927 der NSDAP an, ein alter Kämpfer also – vorher war er SA-Mann in Würzburg, 1929/30 SS-Mitglied in Berlin, von 1926/27 bis 1931 Mitglied des Nationalsozialistischen Studentenbundes. Haselmayer hatte 1932 in Hamburg eine Dissertation zum Thema »Ein Beitrag zur Sterilisationsfrage Schwachsinniger« (22 Seiten) geschrieben und spielte in Hamburg zunächst eine Rolle in der Volkshochschule.<sup>28</sup>

Die Volkshochschule (VHS) war wegen ihres republikanisch-demokratischen Selbstverständnisses das Ziel nationalsozialistischer Angriffe, vor allem gefiel der Partei nicht, dass das Schwergewicht der Kurse auf der Bildung der Arbeiter liegen sollte. Unter der Leitung von Rudolf Roß gingen die Angriffe zurück, die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Kursen war enorm. Nachdem Rudolf Roß 1928 in den Senat eintrat und seit 1930 erster Bürgermeister war, wurde die VHS unter ihrem Leiter Kurt Adams (Sozialdemokrat, MdBü 1924–1933) wieder Ziel massiver nationalsozialistischer Angriffe: So wird im »Hamburger Tageblatt« die VHS als »marxistische Domäne« oder »marxistische Parteischule« bezeichnet.<sup>29</sup> Die Forderung »Schafft eine deutsche Volkshochschule« (14. 8. 1932) wurde gewissermaßen umgehend durch die Gründung einer nationalsozialistischen VHS unter der Führung eben jenes Dr. Haselmayers umgesetzt. Das »Hamburger Tageblatt« vom 18. 8. 1932 nennt die NS-VHS das »Gegengewicht gegen die marxistisch verseuchte staatliche VHS«. Diese VHS hat es offensichtlich nur kurz gegeben – nach der Machtübernahme musste Kurt Adams nach §4 BBG im Juni 1933 in den Ruhestand gehen. (Er hat das KZ Buchenwald, in das er 1944 wegen seiner

27 »Dr. Heinrich Haselmayer« wird in Akten und Artikeln unterschiedlich geschrieben. Nur in wörtlichen Zitaten behalte ich die jeweilige Schreibweise bei – im laufenden Text habe ich mich für »Haselmayer« entschieden.

28 Den Hinweis auf die Dissertation verdanke ich der Bibliothek des Ärztlichen Vereins.

29 Renate Siewert, Demokratie braucht Bildung – Der Grundimpuls der Hamburger Volkshochschule 1919. In: Kutz-Bauer, 75 Jahre Uni, S. 85

politischen Tätigkeit deportiert wurde, nicht überlebt.) Haselmayer wurde zunächst sein Stellvertreter. Im Oktober 1933 kann der »Hamburger Anzeiger« die erfolgreiche Säuberung des Lehrkörpers der VHS melden, 1935 ist Haselmayer hauptamtlicher Leiter der VHS.

Aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 13. 6. 1933 ist nicht zu erschließen, warum dieser Mann an der Vorstandssitzung teilnahm – es ist das einzige Protokoll, das vor 1934 erhalten ist, und zwar nur in der Akte Nirrnheim.<sup>30</sup> Der Hamburger Anzeiger vom 14. 6. 1933 berichtet über die Mitgliederversammlung des Kampfbundes im Hotel Atlantik, bei der der Vorsitzende Haselmayer über die Aufgaben des Kampfbundes gesprochen habe. Die bisherige Tätigkeit habe sich »zur Hauptsache auf die Gleichschaltung« bezogen, nun sei erreicht, »daß sämtliche kulturellen Organisationen des Kampfbundes zusammengefaßt sind«. Es ist möglich, dass sich der sehr umtriebige Haselmayer selbst im Vorstand angesagt hat, um nach außen seine Aktivität zu demonstrieren. Möglich ist auch, dass er vom Vorstand geladen wurde. Diese Tatsache lässt sich der Erklärung Haselmayers entnehmen, dass er mit der Neuordnung der Patriotischen Gesellschaft einverstanden sei: Danach wird ein engerer Vorstand gebildet, der aus dem ersten Vorsitzenden und zwei Stellvertretern besteht. Er soll zusammengesetzt werden aus den Herren Dr. Nolte als 1. Vorsitzenden, Puttfarcken und Dr. Haselmayer als stellvertretende Vorsitzende (beide Mitglieder der NSDAP).

In der nur einstündigen Sitzung des Vorstands hält Haselmayer eine Grundsatzzrede. Die Aufgabe des Kampfbundes sei die Förderung des kulturellen Lebens. Diese erfordere eine Aufgabe »partikularischer Bestrebungen« und eine sinnvolle Planung, damit sich zum Beispiel Vorträge nicht überschneiden. Haselmayer denkt an die Schaffung einer Zentrale für das Vortragswesen beim Staate oder beim Kampfbund. Dann könne man versuchen, Vortragszyklen zu organisieren, um wirklich »erzieherische Arbeit« zu leisten. Ausdrücklich bestätigt Haselmayer die Erhaltung der Selbstständigkeit der beteiligten Organisationen. Da der Kampfbund überhaupt keinen parteiamtlichen Status hatte, konnte von ihm auch keine Gleichschaltung verordnet werden. Das Protokoll verzeichnet »Einstimmigkeit darüber, dass die Programmgestaltung für den nächsten Winter in engster Zusammenarbeit mit dem Kampfbund nach den von Herrn Haselmayer vorgetragene Richtlinien erfolgen soll«. Über das Ergebnis dieser Sitzung soll eine Presstext veröffentlicht werden. Diese Notiz hat es nach meinen Recherchen in den hamburgischen Zeitungen dieser Tage nicht gegeben – vermutlich ist sie in den Berichten zum Auftritt von Goebbels in Hamburg am 16. 6. 1933, bei dem 120.000 Zuhörer gemeldet werden, untergegangen.

Der Kampfbund für deutsche Kultur wurde 1928 von dem Chefideologen der Nationalsozialisten Alfred Rosenberg gegründet und im Februar 1929 öffentlich

<sup>30</sup> StA Hamburg 622-1, II Akte Nirrnheim. Den Verweis auf diese Akte verdanke ich Joist Grolle.

vorgestellt.<sup>31</sup> Im Gründungsaufwurf heißt es, man wolle »im Kampf gegen Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins« willensstarke und opferbereite Frauen und Männer an sich binden. »Artbewusste Zeitungen und Zeitschriften« sollen veröffentlicht, und auf die gesamte Kultur soll Einfluss genommen werden. Acht der achtzehn Förderer waren Hochschullehrer, die übrigen Verleger, Theaterintendant, Schriftsteller, Pfarrer meist aus dem Richard-Wagner-Kreis. Als Förderer werden u. a. Adolf Bartels, Hanns Johst, Winifred Wagner genannt. Nach 1933 hatte der Kampfbund einen enormen Mitgliederansturm – dieser wird erklärt aus dem Opportunismus mancher Künstler und Bildungsbürger – und: Er ersparte die NS-Mitgliedschaft.<sup>32</sup>

Auch die Feinde werden benannt: Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Thomas Mann, Bertolt Brecht, Walter Mehring, Paul Klee, Wassily Kandinsky, die Bauhaus-Künstler, Max Beckmann, Georg Grosz. Die Werke Ernst Tollers, Arnold Zweigs, Jakob Wassermanns, Lion Feuchtwangers sollten nicht mehr deutsch genannt werden dürfen.

Der Kampfbund war in Hamburg nicht unbekannt – er trat häufig mit heftigen Attacken gegen jede angeblich »artfremde« Kunstproduktion auf, eine »kulturelle SA«. Schwarze Listen wurden angefertigt, ebenso Boykottaufrufe, Mitglieder des Kampfbundes führten Störaktionen bei Aufführungen in der Staatsoper und in anderen Theatern durch, und zwar schon vor der Machtübernahme. Die spektakulären Diffamierungs- und Säuberungskampagnen, die teilweise den Charakter eines kulturellen Kahlschlages annahmen, waren teilweise selbst für die NSDAP zu weitgehend. Dennoch scheint der Kampfbund auch die Ängste eines nach Gründung der Weimarer Republik in seiner kulturellen Kompetenz in Frage gestellten Bildungsbürgertums formuliert zu haben.<sup>33</sup>

Die Zusammenarbeit des Vorstands der Patriotischen Gesellschaft mit dieser »kulturellen SA«, deren öffentliche Auftritte nicht zu übersehen waren, wird an keiner Stelle im Protokoll problematisiert – innerhalb des engeren Vorstands bestand eine selbstverständliche Einigkeit, von einer Überrumpelung ist nichts zu spüren. Im Gegenteil: In der Mitgliederversammlung vom 7. II. 1933<sup>34</sup> beantragte der Vorsitzende Dr. Nolte »aufgrund der noch zu genehmigenden Satzungsänderung« die Vorstandswahlen »durch Zuruf«. Diese Art der »Wahl« war offensichtlich derart üblich zur NS-Zeit, dass auf der Vorstandssitzung vom 10. 9. 1946 dieses Vorgehen abgelehnt wird, »damit bei den verhältnismäßig seltenen Wahlen jedes Mitglied sein Stimmrecht völlig frei ausüben kann«. Offenbar hat sich am 7. II. 1933 niemand daran gestört, dass die Wahlen nach einer Satzung erfolgten, die überhaupt erst noch genehmigt werden musste. Auf dieser Versammlung wird Haselmayer als zweiter stellvertretender Vorsitzender gewählt, Puttfarcken ist erster stellvertretender Vorsitzender.

31 Maïke Bruhns, *Kunst in der Krise*, S. 64 ff., und Ausstellung »Verstumte Stimmen«

32 Jürgen Gimmel, *Die politische Organisation des kulturellen Ressentiments: Der »Kampfbund für die deutsche Kultur« und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne*. Diss. Münster 1999, S. 76

33 Ebenda, S. 162

34 VA 44, Band I, 154

Die Zusammenarbeit mit dem Kampfbund wird eher nebenbei beendet: Im Amtsarchiv findet sich ein Schreiben der Patriotischen Gesellschaft vom 19. 12. 1934<sup>35</sup>, aus dem hervorgeht, dass Dr. Haselmayer kurz nach seiner Wahl als zweiter stellvertretender Vorsitzender wieder ausgeschieden ist. Gründe für dieses Ausscheiden werden zwar nicht genannt, sie können aber erschlossen werden. Im Juni 1934 wurden der »Kampfbund für deutsche Kultur« und der »Reichsbund Deutsche Bühne« zu einer neuen Organisation, der »NS-Kulturgemeinde« vereinigt, die sofort nach ihrer Gründung in die Organisation »Kraft durch Freude« eintrat und ihrerseits 1937 aufgelöst wurde. Die Bedeutung Haselmayers war durch diesen Zusammenschluss erheblich reduziert. Gründe mögen auch in der Person Haselmayers zu suchen sein. Er wurde 1936 aus der NSDAP ausgeschlossen, nachdem er bei einem Auftritt in den Niederlanden volltrunken gewesen war. Ihm wird auch als Leiter der VHS gekündigt. Offenbar war Haselmayer zudem ein sehr schwieriger Mensch, mit dem auch die Behörden nicht auskommen konnten. Krogmann notiert in seinen Tagebüchern regelmäßige Gespräche mit Haselmayer, die deutliche Distanz zu diesem Mann zeigen, der immer wieder die nationalsozialistische Zurichtung der gesamten Hamburger Kultur fordert und dabei ständig gegen Kleinschmit intrigiert. Was in den späteren Jahren des NS-Regimes aus ihm geworden ist, geht aus den Akten des Staatsarchivs nicht hervor. Nach dem Krieg hat er – nach dem Eintrag im Adressbuch 1953 und 1958 – als Arzt in Bergedorf praktiziert. Er war beteiligt an dem rechtsextremen »Naumann-Kreis« (Naumann war ehemaliger Staatssekretär im Reichspropagandaamt), in dem Karl Kaufmann sein »politisches Comeback« versuchte.<sup>36</sup>

Durch die Mitgliedschaft dieses Mannes im Vorstand der Patriotischen Gesellschaft gerät diese auch in die zahlreichen Konkurrenzen der nationalsozialistischen Institutionen. Dem Kampfbund blieb in dieser Situation die parteiamtliche Anerkennung versagt, es gab keinen Befehlsweg zwischen dem Kampfbund und den Ämtern des Staates, niemand war gezwungen, diesen Mann in den Vorstand der Patriotischen Gesellschaft aufzunehmen. Die Mitgliedschaft der »NS-Kulturgemeinde« bestand jedoch im Kern aus Angehörigen der früheren Theater-Besucherorganisationen und konnte insofern als eine Art Fortführung ehemaliger Aktivitäten der Patriotischen Gesellschaft angesehen werden.

Die vom Vorstand gewünschte Zusammenarbeit mit »staatlichen und parteiamtlichen Stellen« wird ab 1934 durch die enge Zusammenarbeit der Patriotischen Gesellschaft mit der »NS-Kulturgemeinde« fortgeführt, eine Zusammenarbeit, die Pietzcker nachdrücklich als »wünschenswert und fruchtbar« (Protokoll 15. 12. 1936) bezeichnet. Diese war offenbar so eng, dass schon in der Vorstandssitzung vom 28. 3. 1934 erörtert wird, ob die Patriotische Gesellschaft überhaupt noch einen eigenen Vortragszyklus planen solle, da doch »weltanschauliche Themen ausreichend

35 VA 44, Band I, V 153

36 Helmut Stubbe da Luz, Karl Kaufmann. In: Hamburgische Biografie, Personenlexikon, Band 3. Göttingen 2006, S. 195/196

von der Organisation der NSDAP behandelt würden«. Immerhin konnten sich die Anwesenden doch denken, dass sich noch besondere Aufgaben für die Patriotischen Gesellschaft finden ließen. Das Vortragsprogramm wird regelmäßig mit der »NS-Kulturgemeinde« verabredet.

## 7. Die Patriotische Gesellschaft – eine halböffentliche, gemeinnützige Gesellschaft?

Wenn der Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft die Gesellschaft im Protokoll vom 24. 9. 1935 so bezeichnet, vergleicht er sie mit halböffentlichen »Gesellschaften« wie den Theatern, den Gaswerken, der Landesversicherungsanstalt oder der AOK. In diesem Zusammenhang wird klar, dass die Zuordnung der Patriotischen Gesellschaft zu diesen Institutionen ein Konstrukt ohne Realitätsbezug ist, das wohl dazu diente, die Notwendigkeit des »Arierparagraphen« zu diesem Zeitpunkt zu legitimieren. Die Einführung dieser Bestimmung könnte auch ein Versuch gewesen sein, das Interesse der Nationalsozialisten an der Gesellschaft abzulenken.

Die Kooperation des Vorstands mit dem NS-Regime hatte – auch – einen ökonomischen Grund: Der NS-Senat in Hamburg hatte offenbar ein vehementes Interesse an dem Vermögen und am Haus der Patriotischen Gesellschaft. Dieses Interesse spitzte sich ab 1936 in zunehmendem Druck auf die Gesellschaft zu, sich dem Verein Niederdeutsches Hamburg einzugliedern.

Sehr schnell nach der Machtübernahme hatten die Nationalsozialisten die Hamburger Bürgervereine unter Druck gesetzt.<sup>37</sup> Sie waren ihnen wegen ihres kommunalpolitischen und bürgernahen Engagements verdächtig. Der Zentralausschuss der Bürgervereine – nach 1935 nationalsozialistisch orientiert – schloss mehrere Bürgervereine wegen deren »reaktionärer und liberaler Motive« aus. Der Bürgerverein für Harvestehude und Rotherbaum wurde mit der Begründung aufgelöst, bei diesem handele es sich um einen aus »Juden und Judenfreunden zusammengesetzten Verein«. 1936 wurden die noch bestehenden Bürgervereine in die »Vereinigung Niederdeutsches Hamburg« eingegliedert, an die Stelle der Kommunalpolitik solle – so Senator von Allwörden – die Pflege des heimatlichen Gedankens treten.

Die Patriotische Gesellschaft konnte nicht mehr wegen ihres kommunalpolitischen oder bürgernahen Engagements auffallen. Sie hatte nach 1933 einiges dafür getan, um den ideologischen Anschluss zu demonstrieren. Die ökonomische Bedrohung hielt gleichwohl an.

37 Bajohr, Die Zustimmungsdiktatur, S. 76/77

*Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) zieht ein und gleich wieder aus*

1922 hatte der Überseeclub nach der Aufstockung des Gebäudes auf seine Kosten das Gebäude zu seinem Clubhaus gemacht. Er hatte für 25 Jahre – also theoretisch bis 1949 – das Recht des Nießbrauchs von Gebäude und Inventar. Mit der finanziellen Anspannung des Clubs durch die Wirtschaftskrise kam nach der Machtübernahme auch die Einsicht, dass eine Weiterarbeit unter den politischen Verhältnissen nicht mehr mit den Grundsätzen des Überseeclubs vereinbar war. Nach dem Beschluss der Mitgliederversammlung am 28. 12. 1933 löste sich der Überseeclub am 3. 5. 1934 auf.<sup>38</sup>

Diese Tatsache bedeutet für die Patriotische Gesellschaft, dass ca. 2.000 qm neu vermietet werden mussten. Zunächst schien die Situation schnell geklärt: Am 9. 8. 1934 (Protokoll) wird die Vermietung an die DAF gemeldet; der Bezirk Nord trug die Kosten für den Umbau, dafür sollte die DAF bis zum 15. 1. 1935 mietfrei wohnen. Die DAF war zweifellos kein honorierter Mieter – sie entstand als Staatsgewerkschaft am 2. 5. 1933 nach der Zerschlagung aller Einzelgewerkschaften und Sozialversicherungen, deren Vermögen eingezogen wurde. Die Massenarbeitslosigkeit der frühen 30er Jahre hatte den Zusammenhalt und die Moral der Arbeiterschaft untergraben – 46% der Erwerbsbevölkerung waren Arbeiter. Die starke und gut organisierte Gewerkschaftsbewegung wurde durch die wirtschaftliche Misere in Deutschland destabilisiert. Die DAF hatte nie einen guten Ruf – sie war »vielleicht die korrupteste aller bedeutenden Institutionen des Dritten Reiches«.<sup>39</sup> Mit der Gründung der Freizeitorganisation »Kraft durch Freude« am 27. 11. 1933 als Unterorganisation der DAF verstärkte sich deren Einfluss. Die Unzuverlässigkeit der DAF musste auch die Patriotische Gesellschaft umgehend erfahren: Der feierliche Einzug wie dann auch der umgehende Auszug geschehen beide im Oktober 1934. Die Protokolle dieser Zeit wie auch die spärlich vorhandenen Akten der DAF Hamburg geben keine Begründung dafür, dagegen sind die Protokolle voll von Sorgen um die Vermietung der Räume.

1938 gab es eine Anfrage der Handelskammer, ob das Haus zu verkaufen oder ob Räume darin zu vermieten seien (1. 11. 1938). Hallier riet von einem Verkauf ab – wie solle man eine andere Unterkunft finden? Die Mietverhandlungen aber solle man nicht abbrechen.

*Die Zahl der Austritte übersteigt die der Eintritte erheblich*

Schon für den Zeitraum 1933/34 wird der Verlust von 94 Mitgliedern beklagt, bei einer Gesamtmitgliederszahl – geschätzt – von etwa 600 Mitgliedern (Jahrbuch 1931). Das ist zweifellos eine große Zahl – die Protokolle nennen keine Vermutungen über die Motive der Austretenden. Wie bei anderen Organisationen könnten

38 Ludwig Gelder, Der Überseeclub 1922–1972. In: Kommerz und Kultur im Amsinck-Haus am Neuen Jungfernstieg. Der Überseeclub 1922–1972. Hamburg 1972, S. 5 ff., hier S. 28/29

39 Evans, Das Dritte Reich, Band II, 2, S. 561, siehe dazu auch seine Schilderung des exzentrischen Leiters der DAF Robert Ley.

dies jüdische Mitglieder gewesen sein, die ihrer Entwürdigung durch den »Arierparagrafen« zuvorkommen wollten. Joist Grolle verweist darauf, dass Juden sich aus diesem Grund aus vielen Institutionen und Vereinen schon zu Beginn der NS-Herrschaft zurückzogen. 25 jüdische Vereinsmitglieder traten zwischen 1933 und 1937 aus dem Verein für Hamburgische Geschichte aus<sup>40</sup>, darunter einige Männer, die 1913 Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft waren. Auch Max Warburg erklärte 1933 seinen Austritt aus dem Verein, blieb aber Ehrenmitglied. Es könnte sein, dass Warburg, nachdem Haselmayer in den Vorstand der Patriotischen Gesellschaft gewählt worden war, auch aus diesem Verein ausgetreten ist.

Im Juni 1933 wurde verfügt, dass Firmen nicht mehr Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft sein durften<sup>41</sup>; diese Verfügung wurde mit der Satzung vom 8. 4. 1937 wieder zurückgenommen, ohne dass dann freilich die Zahl der Mitglieder wieder stieg. 1934 traten 102 Mitglieder des Überseeclubs nach dessen Auflösung der Gesellschaft bei.

Im Protokoll vom 5. 11. 1935 wird ausdrücklich bemerkt, dass nach Einführung des »Arierparagrafen« und nach dem Rücklauf der geforderten Erklärungen 21 Mitglieder ausgetreten seien – es könnten diejenigen gewesen sein, die die angeforderte Erklärung nicht unterschrieben hatten. Das Protokoll suggeriert, dass dies jüdische Mitglieder waren, beweist es aber nicht. Es könnten auch aufrechte Patrioten gewesen sein, die das Ungeheuerliche dieser Erklärung nicht mitmachen wollten. Dass diese Zahl so eilig gemeldet wurde, hat etwas Befissenes, als wollte man der Behörde, die die Protokolle zur Kenntnis nahm, Vollzug und Erfolg melden. Der Zusammenhang zwischen der Zahl von 21 Mitgliedern und der Zahl der übrigen Mitglieder bleibt im Grunde ungeklärt: Sollten wir wirklich davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft diese Erklärung zurückschickte? Oder wurde die Erklärung – wie auch im Verein für Hamburgische Geschichte, dort allerdings wesentlich später – nur an die Mitglieder geschickt, die man als jüdisch vermutete? Und wenn es angeblich »nur« 21 jüdische Mitglieder waren, die austraten: Wollte man damit zeigen, dass die Patriotische Gesellschaft überhaupt keine »jüdische« Gesellschaft war? 1913 waren erheblich mehr Juden Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft, als sich in dieser Zahl zeigte. Diese Fragen werden sich wegen der Quellenlage nicht beantworten lassen.

Im Dezember 1936 (Protokoll vom 1. 12. 1936) wird wieder beklagt, dass die Zahl der Austritte die der Eintritte übersteige. Wegen der sinkenden Mitgliederzahl wird die finanzielle Lage als schwach bezeichnet, hinzu kam der ideelle Schaden. Diese Situation muss das NS-Regime in seiner Absicht bestätigt haben, die Selbstständigkeit der Patriotischen Gesellschaft aufzuheben und sich dadurch ihres Vermögens zu bemächtigen. Zu einer wirklichen Bedrohung der Selbstständigkeit kommt es Ende 1939, als das Reichspropagandaamt in drei Briefen den Vorsitzenden der

40 Grolle/Lorenz, Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder, S. 2

41 VA 44, Band I, V 150

Gesellschaft Pietzcker auffordert, die Patriotische Gesellschaft mit der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg zu vereinigen. Dem Vorstand lag in der Sitzung vom 30. 11. 1939 ein Schreiben Puttfarkens vor: Nach seiner Meinung sollte das Aufgehen der Patriotischen Gesellschaft in die Vereinigung ein »unausweichlicher Beschluss« werden. Wenn er mit dieser Meinung allein stehe, stelle er sein Amt zur Verfügung. Die anwesenden Vorstandsmitglieder beschließen einstimmig, die Selbstständigkeit der Patriotischen Gesellschaft zu verteidigen. Erstmals wird im Zusammenhang mit dieser Bedrohung der Gedanke der Auflösung der Gesellschaft erwogen (siehe Vorwort). Den Anwesenden ist klar, dass es, wie Pietzcker formuliert, »nur ums Geld« geht. Zur selben Zeit übernimmt übrigens die Hitlerjugend die bisher von der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« (NSV) gemieteten Räume.

Während seines Weihnachtsurlaubs suchte Pietzcker Bürgermeister Krogmann auf, um ihn zu bitten, der Patriotischen Gesellschaft beizustehen. Offenbar hatte der Besuch Erfolg; Krogmann teilte kurz darauf Pietzcker mit, dass er weitere Maßnahmen der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg gestoppt habe.<sup>42</sup> Von da an ist die ökonomische Bedrohung für die Gesellschaft abgewendet und nach Verschärfung des Krieges, vor allem nach den Bombardierungen, kein Thema mehr. Das »Hamburger Tageblatt« vom 10. 4. 1940 würdigt das 175-jährige Jubiläum mit freundlichen Worten (offenbar vom Vorstand formuliert) und billigt der Gesellschaft unverbrauchte Energien zu, »jederzeit ist sie bereit, zum Wohle unserer Vaterstadt zu wirken, wie sie es vor 175 Jahren bei der Gründung gelobt hat«. Im Mai 1942 wird der 100. Jahrestag des Hamburger Brandes zusammen mit der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg und dem Verein für Hamburgische Geschichte im »Großen Saal« des Hauses der Gesellschaft gefeiert.

Pietzcker blieb bis zum Ende des Krieges (und dann bis 1946) Vorsitzender des Vorstands. In einem Anschreiben des Vorstands an das Amtsgericht heißt es am 10. 8. 1940, dass Pietzcker noch Vorsitzender sei, sich aber zur Zeit im Krieg befinde. »Die Einberufung der wählenden Mitgliederversammlung soll erst nach Beendigung des Krieges erfolgen« – ein Hinweis darauf, dass man nicht mit einem Weltkrieg des tatsächlichen Ausmaßes rechnete.<sup>43</sup>

## 8. »Die schwere Krisis der Patriotischen Gesellschaft«

Mit diesen Worten kennzeichnet Paul A. Sydow die innere Verfassung der Patriotischen Gesellschaft nach dem 1. Weltkrieg.<sup>44</sup> Die Krise der Identität der Gesellschaft spitzte sich aber nicht nur in der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur zu, sondern sie deutet sich schon lange vorher an.

42 Werner Sieveking, Die Patriotische Gesellschaft in den letzten 50 Jahren.  
In: Die Patriotische Gesellschaft zu Hamburg 1765 bis 1965. Hamburg 1965,  
S. 113 ff., hier S. 117/118

43 VA 44, Band III, 176

44 Paul A. Sydow, Die pädagogischen Bestrebungen der Patriotischen Gesellschaft.  
In: Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft, S. 447 ff., hier S. 475

Franklin Kopitzsch weist darauf hin, dass die entscheidendste Arbeit in den ersten vier bis fünf Jahrzehnten nach Gründung der Gesellschaft geleistet wurde. In dieser Zeit sei ihre Arbeit »eine praktizierte Reformbewegung« gewesen. »Auf zahlreichen Gebieten hat die Patriotische Gesellschaft Anstöße zur Modernisierung gegeben, teilweise moderne Einrichtungen – im beruflichen Schulwesen fast ein ganzes Jahrhundert – selbst geführt.«<sup>45</sup> Ich verweise auf das Buch von Franklin Kopitzsch und auf die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von Sigrig Schambach – in beiden findet man die anschaulichen Beispiele für die intensive Tätigkeit der Patriotischen Gesellschaft. Ihre Tätigkeit bedeutete keinen Gegensatz zum Staat, sondern war vielfach eine Zusammenarbeit mit diesem – oft auch ist die Patriotische Gesellschaft dort tätig geworden, wo der Staat es nicht konnte oder nicht wollte. Nach 1842 ist die Gesellschaft noch einmal sehr engagiert Mittelpunkt einer neuen Reformbewegung, zum Forum der politischen Diskussion geworden, als es um die Verbesserung der Hamburger Verfassung ging. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung 1860 »verlor die Gesellschaft ihren beachtlichen politischen Einfluß«<sup>46</sup> – es ist dies eine Formulierung, die sich von nun an häufiger in der Beurteilung der Bedeutung der Patriotischen Gesellschaft finden wird. Sie musste schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts viele der von ihr begonnenen und getragenen Einrichtungen an den Staat abgeben – blieb allerdings weiter sozial- und kulturpolitisch aktiv.

Das Verhältnis zwischen Staat und Patriotischer Gesellschaft hat Alfred Lichtwark in bemerkenswert wohlwollender wie skeptischer Weise beschrieben. Er ist der Meinung, dass die Patriotische Gesellschaft »mehr als ein Jahrhundert lang Hamburg geradezu regiert hat. Es gab Zeiten, in denen ihr Einfluss thatsächlich weiter reichte als irgend ein Organ des Staates. Freilich lebte sie im Grund nur in einer umgewechselten Dekoration: in ihrem Vorstande sassen dieselben Männer, die im Senat und in der Bürgerschaft durch die starren Formen des Verfassungslebens am freieren Wirken behindert wurden«. Bis ungefähr gegen 1870 sei sie so etwas »wie ein freiwilliges Kultusministerium gewesen, das zugleich die Funktionen eines Parlamentes ausübte. Bis 1859 boten ihre Versammlungen die einzige Möglichkeit, Hamburgische Angelegenheiten öffentlich zu besprechen. Die Sitzungen der Erbgesessenen Bürgerschaft fanden unter dem Siegel des Amtsgeheimnisses statt, und es wurden nur ihre Beschlüsse veröffentlicht.«<sup>47</sup> Die Arbeit der Patriotischen Gesellschaft war also eng verbunden mit dem jeweiligen Senat, und Henning Matthaei verweist darauf, dass »verschiedene Angehörige der Patriotischen Gesellschaft ... zugleich auch eine Senatorenstelle« innehatten.<sup>48</sup> Die Gesellschaft zählte unter ihren ersten 95 Mitgliedern zehn derzeitige oder spätere Senatoren aus dem Kaufmannsstand.

45 Kopitzsch, Grundzüge, S. 561

46 Ebenda, S. 543

47 Ebenda, S. 569

48 Henning Matthaei, Paulis Aufruf zur Gründung einer Patriotischen Gesellschaft. In: Gemeinnützig-patriotische Nachrichten der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. April 1990, Sonderausgabe, S. 5 ff., hier S. 18

Es ist mir wichtig, auf die Übereinstimmung der Patriotischen Gesellschaft mit dem Senat hinzuweisen, weil diese auch die Arbeit prägte. Gleichzeitig wird schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Spannung zwischen am Anfang hoher politischer Bedeutung der Patriotischen Gesellschaft und dem Verlust dieser Bedeutung deutlich, und damit deuten sich bereits die Probleme für die Gesellschaft an, den Verlust ihrer Aufgaben zu bewältigen.

*»Es fanden eine Reihe schöner Konzerte, Aufführungen und Lesungen statt«*

Auch Hallier, der maßgeblich an der Gründung der Bücherhallen beteiligt war, stellt schon für das Kaiserreich eine abnehmende Bedeutung der Patriotischen Gesellschaft fest: »Fast alle Einrichtungen« wurden »früher oder später vom Staat weitergeführt. Gewerbeanstalt, die Einrichtungen zum Arbeitsnachweis hatte der Staat übernommen«. Was blieb? »Es fanden eine Reihe schöner Konzerte, Aufführungen und Lesungen statt«. <sup>49</sup> Immerhin: 1877 wurde das Museum für Kunst und Gewerbe unter Führung der Patriotischen Gesellschaft gegründet, 1898 die Bücherhallen, durchaus in Konkurrenz zu den sozialdemokratischen Bemühungen, größeren Bevölkerungskreisen das Lesen zu ermöglichen. Während des 1. Weltkriegs beteiligte sich die Patriotische Gesellschaft an der »Hamburger Kriegshilfe«, an der Einrichtung der »Kriegsküchen« und weiter an der Verpachtung von »Familiengärten« für minderbemittelte Familien. Sigrid Schambach verweist darauf, dass die Gesellschaft mit der Beteiligung am »Ausschuss für Volksaufklärung« an der Motivation der Bevölkerung zum Durchhalten teilnahm. <sup>50</sup> Auch nach dem 1. Weltkrieg war die Gesellschaft noch zuständig für soziale Aktivitäten, die sie gewissermaßen im Auftrag und mit Finanzierung des Staates durchführte, aber eben mit eigener Organisation und mit erstaunlich vielseitiger Kompetenz. Wenn man sich heute den II. Teil der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft <sup>51</sup> ansieht, wird man fast ein wenig angerührt von der Intensität, mit der ganz reale Aktivitäten durchgeführt wurden: Die Vertreter der Patriotischen Gesellschaft wussten Bescheid über Kartoffelanbau, über Ungeziefer und Möglichkeiten der Seidenraupenzucht, sie klärten Probleme der Wasserversorgung in Schrebergärten und deren Bewachung, sie stellten Hygienevorschriften für die Milchküchen zusammen. Immer wieder wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass es der Gesellschaft um das Wohl der minderbemittelten Schichten gehe. »Besitz verpflichtet zu gemeinnützigem Wirken« – das sei das Leitmotiv der Patrioten immer gewesen. <sup>52</sup> Dass der Gesellschaft in der Weimarer Republik die Verwaltung der Familiengärten wegen der patriarchalischen Struktur der Verwaltung entzogen wurde, macht die zunehmende Distanz zum Senat und zu demokratischen Verfahren deutlich.

49 Eduard Hallier, Erlebtes und Geschautes. Hamburg 1955, S. 98

50 Schambach, Aus der Gegenwart, S. 173

51 Gerade der zweite Teil dieser Geschichte enthält mit den Berichten der landwirtschaftlichen Sektion der Patriotischen Gesellschaft Einblicke in die praktische Tätigkeit der Gesellschaft: Berichtet wird über die Familiengärten, die Milchküchen und über die Bibliothek der Gesellschaft seit ihren Anfängen. Damit weist dieser Teil zurück auf die nachdrücklich pragmatischen Ziele ihrer Gründung.

52 Sydow, Die pädagogischen Bestrebungen, S. 475

In diesen Zusammenhang gehörten auch die sogenannten »Volksvorstellungen« der Patriotischen Gesellschaft. In den Theatern und in der Oper gab es Vorstellungen für die »minderbemittelte« Bevölkerung. Die Verteilung der Eintrittskarten übernahm die Patriotische Gesellschaft: Die Eintrittskarten wurden von einer Kommission nur an bestimmte Organisationen und Verbände abgegeben, von denen die Kommission die Überzeugung gewonnen hatte, dass ihre Mitglieder im allgemeinen den minderbemittelten Kreisen angehören. Die Eintrittskarten wurden ausschließlich an Berufsorganisationen abgegeben, und zwar in Form von Gutscheinen, die man beim Betreten der Theater einlöste. Vergnügungsvereine waren ebenso nachdrücklich ausgenommen wie Arbeitgeberverbände, von denen man annahm, sie könnten die Karten missbrauchen, um sich gewissermaßen beliebt bei den Arbeitern zu machen.

*Die Situation der Patriotischen Gesellschaft nach dem Weltkrieg  
und in der Weimarer Republik*

Der aufschlussreiche Band II der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft lässt in seinem letzten Teil keinen Zweifel daran, dass die Patriotische Gesellschaft durch den Weltkrieg und dann durch die Weimarer Republik in eine schwere Bedrängnis geriet. Er zeigt auch, wie das Verhältnis der Gesellschaft zur Weimarer Republik aussah. Sydow stellt fest, dass nach dem »furchtbaren November 1918« die »Maske fallen gelassen wurde«. Die »tonangebenden Persönlichkeiten zogen als Vertreter der SPD in unser Rathaus und übernahmen hier wie an vielen anderen Orten die Leitung des Schulwesens und der Reform der Pädagogik«. Deutschland und Hamburg seien an die Masse ausgeliefert worden, »die in maßloser Verblendung dem Staate Leistungen auferlegte, die dessen ausgepreßte Wirtschaftskraft nicht zu tragen vermochte«. <sup>53</sup> Die »wägende Weisheit der führenden Persönlichkeit, die von hoher Warte aus den Blick unentwegt auf das Wohl des ganzen Volksorganismus« richtet – diese einigermaßen beachtliche Verherrlichung der Monarchie wurde gegen die Durchsetzung »engherziger Klasseninteressen« gesetzt. Ganz unverblümt charakterisiert Münchmeyer die Haltung der Honoratioren nach 1918: »Aber bisher hatte es doch zumindest ein Klassenwahlrecht gegeben, das unsere sozialen Vorrechte sicherte«. <sup>54</sup>

Heflig wird auch die kulturelle Veränderung beklagt: Die Oberschulbehörde habe eine Liste gegenwartsbetonter Literatur herausgegeben, »in der die allermodernste revolutionäre und proletarische Tendenz unverhüllt als Empfehlung« für Jugendschriften genannt werde. Dazu zählten für die Patriotische Gesellschaft u. a. Erich Maria Remarque und Ernst Toller (siehe oben Kampfbund für Kultur). Literatur müsse aber »vor allem auf den Boden einer national-deutschen Gesinnung« gestellt werden, »welche die Kinder zu warmer Liebe zum geeinten Vaterlande

<sup>53</sup> Ebenda

<sup>54</sup> Münchmeyer, Hinter weißen Fassaden, S. 42

und nicht zu unklarem Kosmopolitismus erziehen will.«<sup>55</sup> In diesem Zusammenhang ist vermutlich die recht schroffe Beurteilung des ehemaligen Leiters der Bücherhallen Jochimsen zu verstehen: Er sieht in der Struktur der Bücherhallen vor der Überführung in den Staat »das beinahe missionarische Ziel, den Armen die Hochkultur nahezubringen und sie vor ›Schmutz und Schund‹ – sowie in den folgenden Jahrzehnten – ... vor den bösen Wirkungen des Kinobesuchs zu bewahren«<sup>56</sup>. Jochimsen muss entgegengehalten werden, dass die Patriotische Gesellschaft nach dem Jahresbericht 1931 korporatives Mitglied in der Urania-Film-Gesellschaft wurde, wodurch die Mitglieder alle Aufführungen mit 25% Nachlass besuchen konnten.

Im Sommer 1930 kam es zu einer regelrechten Auseinandersetzung mit dem damaligen Leiter der Oberschulbehörde Dr. Emil Krause (SPD). Dieser war selbst Mitglied in der Gesellschaft und hatte auch einige der Einführungen in die Theater-Veranstaltungen geschrieben.<sup>57</sup> Es ging darum, dass die Zuschüsse des Staates zu diesen Veranstaltungen jetzt an die Zentrale für Volksbildung gezahlt werden sollten – Senator Krause verwies in einem Brief an die Finanzdeputation energisch darauf, dass die Patriotische Gesellschaft noch nie eigene Mittel für diesen Zweck verwendet habe. Der Grund für diese Auseinandersetzung wird darin gelegen haben, dass die Gesellschaft neuerdings darauf bestand, dass auch der »Stahlhelm« und Kriegervereine Karten bekommen sollten. In diesem Wunsch spiegelt sich eine eindeutige politische Haltung, die der Senat nicht unterstützen konnte, zumal sie von langjährigen Gepflogenheiten abwich. Damit war die Beteiligung der Patriotischen Gesellschaft an den Volksvorstellungen erledigt.

Zusammen mit dem Stadtparkverein und der Leitung des Hamburger Stadttheaters hat die Patriotische Gesellschaft von 1929 bis 1933 auf der Freilichtbühne des Stadtparks »musikalische und andere Aufführungen« veranstaltet (Jahresbericht 1929, S. 13). Dafür stellte die Finanzdeputation die Freilichtbühne und das Gestühl gegen eine geringfügige Gebühr zur Verfügung. 1934 gingen diese Veranstaltungen in die Hände der NS-Kulturgemeinde über.

Der Artikel von Sydow endet mit der Hoffnung auf »nationale Besinnung« – die die Herstellung des »einen, großen, deutschen Vaterlandes« wieder ermöglichen werde.<sup>58</sup>

### *Der Verlust der eigentlichen Aufgaben*

Eine Gesellschaft also im Grunde ohne eigenständiges Profil, aber mit Vermögen und mit aktuellen Problemen, dazu mit einem Vorstandsvorsitzenden, der der NSDAP angehörte: Diese Situation bot sich dem Zugriff der Nationalsozialisten geradezu an. Die Beschwichtigung durch den »Arierparagrafen« war offenbar misslungen – schon im November 1935 (5. 11. 1935) wird berichtet, Bürgermeister

55 Sydow, Die pädagogischen Bestrebungen, S. 472

56 Hanno Jochimsen mit einem Beitrag von Gertrud Seydelmann, Demokratie braucht Bücher – Bücher brauchen Demokratie. In: Kutz-Bauer, 75 Jahre Uni, S. 51 ff., hier S. 51

57 StA Hamburg 361-2, N 486 a

58 Sydow, Die pädagogischen Bestrebungen, S. 476

Krogmann wünsche eine Umgestaltung der Patriotischen Gesellschaft »irgendwie als Kulturzentrum«. Darüber sollten Verhandlungen geführt werden. Bald ist der Vorstand mit der Forderung des Finanzamtes für Körperschaften konfrontiert, einen Paragraphen in die Satzung aufzunehmen, der die Verwendung des Vermögens der Gesellschaft nach Auflösung der Gesellschaft regelt (7. 1. 1936). Die Angelegenheit wird verschoben, um »einem alten Brauche der Patriotischen Gesellschaft zu folgen, erst dann sich mit einer Sache zu befassen, wenn sie der Patriotischen Gesellschaft vom Staate nahegelegt wird«, das heißt man wartete ab. Puttfarken berichtet am 1. 9. 1936, dass die Gestapo ihn über die Ziele und Zwecke der Gesellschaft befragt habe und dass es Verhandlungen über eine korporative Eingliederung der Patriotischen Gesellschaft in den Verein Niederdeutsches Hamburg gebe. Puttfarken befürwortet diese Eingliederung. Dessen Geschäftsführer Steinkamp habe ihm versichert, dass die »heute noch lebensfähigen Arbeiten der Gesellschaft Bibliothek, Stipendienstiftung, Prämierung« erhalten bleiben sollten. Den größten Teil ihrer Aufgaben aber habe die Gesellschaft verloren, sie werde kaum in der Lage sein, neue Mitglieder zu gewinnen.

Diese Einschätzung traf im Grunde zu, sie hatte vorerst allerdings keine realen Folgen – freilich wird Ende 1938 abermals über den Mitgliederschwund geklagt, der Verkauf des Gebäudes wird kurz thematisiert, ohne dass Konkretes beschlossen wird. Allerdings hätte die Krise der Identität fast zur Auflösung der Gesellschaft geführt.

#### *Die Patriotische Gesellschaft und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten*

Am Ende der Weimarer Republik hatte die Patriotische Gesellschaft einen großen Teil ihrer langjährigen Aufgaben verloren – sie waren ihr vom Staat, der die Kosten der Ausführung dieser Aufgaben freilich auch mitfinanziert hatte, genommen worden, ohne dass neue Aufgaben hinzukamen. Geblieben waren Vorträge, Konzerte, Bibliothek, Stipendienstiftung, Prämierung – keine wirklich herausragende kulturelle oder sonst unverwechselbare Eigenart. In der Übersicht der Vereine, die in der NS-Kulturgemeinde zusammengefasst sind, ist die Patriotische Gesellschaft das einzige Mitglied, mit dessen Namen nicht zugleich die Arbeit der Vereinigung erkannt werden kann. Und in einer Zusatzkennzeichnung heißt es: »Ihre Arbeit ... ist dazu angetan, befruchtend das zu unterstützen, was auf anderen Gebieten erarbeitet wird«. <sup>59</sup>

Soziale Aufgaben innerhalb der öffentlichen Struktur gab es überhaupt nicht mehr. Diese sozialen Aufgaben bis in die Weimarer Republik wurden in durchaus paternalistischer Weise aufgefasst – wie es dem Verständnis des 19. Jahrhunderts entsprach. Zugleich ist die Haltung der Patrioten der vorhergehenden 150 Jahre

59 StA Hamburg 614-215, NSDAP, Sig. A 26, Die NS-Kulturgemeinde im 3. Jahr

von hoher Verantwortung gegenüber dem Ganzen, besonders eben gegenüber den »Minderbemittelten« geprägt. Sydow spricht in seinem Nachwort oft von den »Armenfreunden«.

Dass in einer Republik das Verständnis sozialer Verantwortung nicht mehr paternalistisch geprägt sein durfte, dass soziale Rechte und Pflichten öffentlich bestimmt und garantiert werden müssen, war der Haltung der Patrioten fremd. Was Jahrhunderte lang Wohltat der Vermögenden war, war jetzt Recht, war erstritten worden und konnte jederzeit eingeklagt werden. Die Sozialdemokraten waren eindeutig die Feinde vieler Patrioten – viele Mitglieder des Vorstands und der Kommissionen gehörten der DVP an. Dabei waren sie nicht demokratiefeindlich, sie wollten selbstständige Staatsbürger erziehen, aber wollten die eigentliche soziale Tätigkeit weiter privatisieren. Aus dieser Fremdheit gegenüber dem sozialliberalen Staat entwickelten sich Abwehr gegen die Republik und die Bereitschaft, diesen Staat nachdrücklich abzulehnen.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten traf die Patriotische Gesellschaft gleichsam in einem geistigen und damit zugleich strukturellen Vakuum. Es gab deutliche Zeichen einer zunehmenden Rechtsgerichtetheit der Gesellschaft – die »nationale Revolution« bedeutete offenbar auch für die Patriotische Gesellschaft eher Aufbruch als Bruch mit allem, was bisher Inhalt der Tätigkeit gewesen war. Dieselben Männer, die als »Armenfreunde« sich um die »Minderbemittelten« gekümmert hatten, ihre Arbeitskraft, ihr Engagement dafür eingesetzt hatten, praktische und auch theoretische Aufklärung zu betreiben, ließen sich wie selbstverständlich auf einen diktatorischen Staat ein. Und es waren auch dieselben Männer, die nach dem Ende der Diktatur den »Arierparagrafen« eher beiläufig wieder abschafften.

Dass Hamburg Teil einer Diktatur war, scheint für die Patriotische Gesellschaft so unerheblich gewesen zu sein, dass es überhaupt keine Spuren in den Akten hinterlassen hat. Auch wenn dies eine Eigenart von Protokollen sein mag, liest man doch mit Fassungslosigkeit, wenn Sieveking von der letzten Sitzung des Beirates im noch unversehrten Patriotischen Gebäude am 11. 5. 1943 berichtet: »Und nach dem Protokoll könnte es so scheinen, als hätte die Gesellschaft noch in einer friedlichen, nichtkriegerischen Welt leben können ... Noch schien das Kriegsgeschehen Hamburg fern zu sein.«<sup>60</sup>

Das Kriegsgeschehen war ja durchaus nicht fern: Hamburg war seit dem 18. 5. 1940 vom Bombenkrieg betroffen. Im Stadtteil Rothenburgsort mussten Menschen evakuiert werden, fortan gab es in fast jeder Nacht Fliegeralarm, auf den die Behörden überhaupt nicht vorbereitet waren. Die ersten schweren Bombenschäden in der Stadt entstanden im Mai 1941, und einen ersten wirklichen Großangriff gab es in der Nacht vom 26./27. 7. 1942, der auch die Innenstadt traf.

60 Sieveking, Die Patriotische Gesellschaft in den letzten 50 Jahren, S. 118

## IV. »Das Haus war judenfrei, ohne jeden Widerstand«

Drei Schicksale ausgeschlossener Mitglieder

Ich habe darauf verwiesen, dass die letzte Mitgliederliste, die vor dem Ende des 2. Weltkriegs erhalten ist, die von 1913 ist. In ihr werden ca. 900 Mitglieder genannt, darunter finden sich viele jüdische Mitglieder, ohne dass daraus natürlich zu entnehmen ist, ob sich diese Mitglieder zur jüdischen Gemeinde hielten oder ob sie seit langem assimiliert waren. Auch wenn die Patriotische Gesellschaft eine Vereinigung war, aus der man zu diesen Zeiten nur selten austrat, ist diese Liste zu alt, um Schlüsse auf die Situation zu Beginn der NS-Zeit zu ziehen. Ob die jüdischen Mitglieder zu Beginn der Diktatur ausgetreten sind oder ob sie ausgeschlossen wurden, lässt sich nicht ermitteln. Auch wenn für die gesamte Zeit der NS-Diktatur keine Mitgliederliste erhalten ist, haben wir dennoch Zeugen dafür, dass der »Arierparagraph« als Bedingung der Mitgliedschaft eingeführt wurde.

## 1. »Man hat mir nicht ein Wort des Abschieds oder des Dankes gegönnt«

Dr. Richard Robinow,  
1875–1945, Mitglied der  
Patriotischen Gesellschaft  
seit 1898



Richard Robinow<sup>1</sup> stammte aus einer großen Familie – drei Generationen Robinow waren Mitglieder der Bürgerschaft, der Vater Johann Robinow hätte Senator werden können, wenn er Christ geworden wäre.<sup>2</sup> Seit der endgültigen Emanzipation der Juden 1865, die nicht nur Freizügigkeit und Gewerbefreiheit brachte, sondern auch die Freiheit, sich keiner christlichen Kirche, keiner geoffenbarten

- 1 Zum Abschnitt 1 über Dr. Richard Robinow verweise ich auf das Buch von Heiko Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg*, Hamburg 2003, dem ich wichtige Informationen verdanke. Herr Dr. Morisse, der an einem Buch über verfolgte Staatsanwälte und Richter arbeitet, war auch so freundlich, meine ihm zugeschickte Liste der Juristen, die in der Mitgliederliste von 1913 genannt werden, zu überprüfen. Auch in dem Aufsatz von Joist Grolle und Ina Lorenz wird auf Richard Robinow verwiesen (S. 18 und S. 96).
- 2 StA Hamburg 622-1, Familie Robinow, 8 – Dr. Richard Robinow (1867–1945), Erinnerungen (maschinengeschrieben), S. 15

Religion mehr anschließen zu müssen, gehörten viele Mitglieder der Familie Robinow zu den assimilierten Juden. Richard Robinow selbst war evangelisch getauft und gehörte dem »Paulus-Bund« an, dem »Reichsverband der nicht-arischen oder nicht rein-arischen Christen«.<sup>3</sup> Wie viele Juden unterstützte auch die große Familie Robinow die jüdische Gemeinde oder gezielt Bedürftige aus der Gemeinde.

Richard Robinow war nach dem Jura-Studium drei Jahre lang Referendar in Hamburg, in dieser Zeit entstand seine Freundschaft zu Carl Wilhelm Petersen (1868–1933, später Bürgermeister von 1924–1930 und 1931–1933, Enkel von Carl Friedrich Petersen 1809–1892). Anschaulich beschreibt Robinow in seinen Erinnerungen, wie die Referendar-Tätigkeit – dem Herkommen entsprechend – durch einen Besuch bei 90 Honoratioren eröffnet wurde: Mit Altersgenossen fuhr er im Frack in einem Wagen vor. Aber nur Carl Friedrich Petersen – damals im Alter von 82 Jahren präsidierender Bürgermeister – empfing die Gruppe.<sup>4</sup>

1895 wurde Robinow in Hamburg als Rechtsanwalt zugelassen, er heiratete 1903 Marie Rosenfeld, mit der er fünf Kinder hatte. Nach dem 1. Weltkrieg, an dem er als Freiwilliger teilnahm (EK II. Klasse), setzte er neben seiner Berufstätigkeit seine zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten fort, u. a. in der Vaterstädtischen Gesellschaft, im Vorstand des Hanseatischen Anwaltsvereins, als Mitglied in der Kommission für Denkmalschutz, im Vorstand der Gesellschaft Hamburger Bibliophilen. 1935/36 richtete Robinow in seiner Funktion als Schriftführer und Vorsitzender des Miethenhilfsvereins in Volksdorf ein Heim für ältere Frauen ein. In der Stiftung Öffentliche Bücherhallen vertrat Robinow die Patriotische Gesellschaft, zusammen mit Hallier, mit dem er während der Studienzeit befreundet war. Von Halliers NS-Mitgliedschaft erfuhr Robinow erst nach dem Krieg – er kennzeichnete sie als Opportunismus. Richard Robinow ist bereits 1933 aus dem Verein für Hamburgische Geschichte ausgetreten – da er aber ausdrücklich seinen Ausschluss aus der Stiftung Öffentliche Bücherhallen beklagt, ist er aus der Patriotischen Gesellschaft offensichtlich nicht so früh ausgetreten.

»Vor allem jüdische Männer«, schreibt Robinow, »sahen es als ihre Pflicht an, nicht nur innerhalb der jüdischen Gemeinde, sondern auch für die Allgemeinheit ehrenamtliche, nützliche Tätigkeit zu entwickeln«.<sup>5</sup> Diese Haltung wurde den jüdischen Hamburgern nicht gedankt. Als er aus der Stiftung Bücherhallen ausgeschlossen wurde, stellt Robinow, nachdem er 37 Jahre lang Mitglied der Patriotischen Gesellschaft gewesen war, fest: »Auch hier hat ... nach mehr als 30jähriger Tätigkeit man mir nicht ein Wort des Dankes gegönnt.« Das habe ihn zunächst »nicht weiter berührt«, »doch möchte ich wohl wissen, ob nach Beendigung der NS-Herrschaft bei diesen Männern nachträglich ein Gefühl der Scham aufkommt«<sup>6</sup>. Wie wir wissen, gibt es für diese Vorstellung Robinows keinerlei Anzeichen. Robinow starb 1945 – er hat also nicht miterleben müssen, dass von

3 Heiko Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte*, S. 5

4 Robinow, *Erinnerungen*, S. 15

5 Ebenda, S. 23

6 Ebenda, S. 26

Scham der Handelnden, zumindest in den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik, keine Rede sein konnte.

1938 wird Robinow von der Gestapo über den Mietehülfsverein und über das Heim in Volksdorf verhört und wird auch hier zum Ausscheiden aus dem Amt gebracht. Und auch hier erfährt er von den verbliebenen nicht-jüdischen Mitgliedern kein Wort »des Dankes oder des Abschieds«<sup>7</sup>.

Richard Robinow war ein sehr kunstinteressierter Mann – er schätzte die moderne Bildende Kunst (v. a. Edvard Munch, Emil Nolde, Karl Schmidt-Rottluff) und hatte auch Interesse für die Hamburger Sezession. Vor allem aber hatte Robinow – wie viele jüdische Bürger – eine außerordentlich intensive Bindung an Hamburg, die über Generationen gewachsen war. Diese Bindung verschloss für viele Juden – und eben zunächst auch für Robinow – den Weg in die Emigration. Noch 1945 schreibt Robinow in seinem Londoner Exil: »Hamburg ist oder war eine der schönsten und zugleich erfolgreichsten Städte der Welt«.<sup>8</sup> Um Hamburg nicht verlassen zu müssen, schlug er während der Weimarer Republik eine Berufung an das Oberste Reichsgericht in Leipzig aus.

Der »Arierparagraph« definierte auch Richard Robinows Identität rassistisch. Wegen seiner Teilnahme am 1. Weltkrieg behielt er zunächst seine Anwaltskanzlei. Es muss für ihn wie für alle assimilierten und gläubigen Juden unvorstellbar gewesen sein, völlig rechtlos zu werden. Der Ausschluss aus allen ehrenamtlichen Tätigkeiten und auch aus den Berufsverbänden hat Robinow sehr getroffen – das wahre Ausmaß der Verfolgung aber nahm er wie viele jüdische Bürger nicht wirklich wahr. Auch er hielt die Situation für vorübergehend.<sup>9</sup> Nur so ist zu verstehen, dass Robinow sich noch 1935/36 ein Haus in Othmarschen baute und dort ab April 1936 wohnte.

Für alle noch in Hamburg wohnenden Juden bewirkte das Pogrom vom November 1938 den entscheidenden Umschlag – das Pogrom war eine Gewaltaktion von einem Ausmaß, »wie sie es seit den mittelalterlichen Gewaltaktionen nicht gegeben hatte«<sup>10</sup>, eine Gewaltaktion, die ohne offenen Protest hingenommen wurde. Auch in Hamburg wurde jüdisches Eigentum vernichtet, die Einrichtung von Synagogen wurde zerstört, auf die Straßen geworfen, entheiligt. Die Zivilbevölkerung war nicht aktiv daran beteiligt, vielfach gab es Besorgnis und Unmut – freilich weniger aus Sympathie mit den Juden als wegen der mutwilligen Sachbeschädigungen. Dadurch, dass kein massiver Widerstand der Bevölkerung bemerkbar wurde, konnte diese in der NS-Berichterstattung zu Komplizen des Anschlags auf die deutschen Juden gemacht werden.<sup>11</sup>

Unmittelbar nach dem 9. 11. 1938 wurden 3.000 meist wohlhabende Juden verhaftet – darunter auch der 71-jährige Richard Robinow, der nach gerade überstandener Operation im KZ Sachsenhausen interniert wurde. Mit Hilfe von Gerd

7 Ebenda, S. 24

8 Ebenda, S. 1

9 Morisse, Jüdische Rechtsanwälte, S. 47

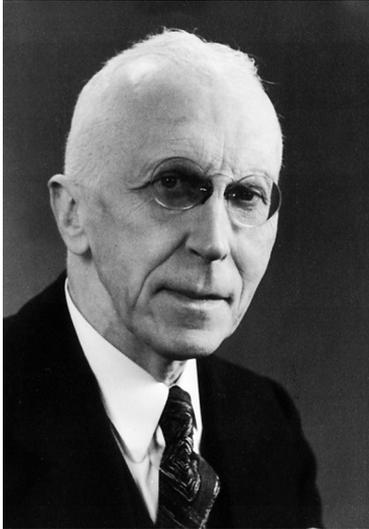
10 Longerich, »Davon haben wir nichts gewusst«, S. 135

11 Ebenda, S. 123

Bucerius kam er wieder frei – Ende Juni 1939 gelang es dem Ehepaar Robinow mit seinem Sohn nach London zu emigrieren, die anderen vier Kinder waren schon vorher emigriert.

Ich zitiere abschließend aus dem Erinnerungsbuch der Familie Robinow: »Younger readers ... will not ever ... be able to appreciate the deep hurt, bewilderment and anger suffered by literally thousands of upper and upper middle-classes Germans in those years. From one day to another these people, these ornaments of every phase of German endeavour and activity, loaded with academic, civic and military honours, found themselves rejected, cast out and vilified ... They were branded as pariahs and, by implication, as enemies of the state«. <sup>12</sup>

## 2. »Macht euren Dreck alleine«



Dr. Erwin Garvens, 1883–1969,  
nach kurzer Mitgliedschaft 1935  
ausgeschlossen, 1945 wieder  
Mitglied der Patriotischen  
Gesellschaft

Ältere Hamburgerinnen und Hamburger werden Erwin Garvens als den Autor des anekdotischen Buches »Der fröhliche Jungfernstieg« erinnern, das zuerst 1940 erschien und dann in vielfachen Neuauflagen bis 1956. 1956 veröffentlichte Garvens noch sein Buch »Die Stadt an der Alster«.

Erwin Garvens hat ein bewegtes Leben im Hamburger Verwaltungsdienst führen müssen – seine Personalakte <sup>13</sup> zeigt, wie übel ihm in Hamburg mitgespielt wurde: Unverblümt wird dargestellt, dass der gelehrte Jurist Garvens wegen eines

12 StA Hamburg, 622–1, Familie Robinow 193 – Richard F. Robinow, Riens sans peine. Toronto 1983, S. 59

13 StA Hamburg, Senatskanzlei, Personalakten C 544, »Erwin Garvens«

Sprachfehlers (er stotterte) nicht mit einer festen Anstellung im öffentlichen Dienst rechnen konnte. So wurde er oft jährlich von einer Behörde zur anderen versetzt und schließlich – nach kommissarischer Wahrnehmung – zum Direktor des Rechnungsamts ernannt (Dezember 1926). Aus dieser Stellung wird er 1933 nach § 6 des BBG in den Ruhestand entlassen, diese Versetzung wird mit der Unterschrift des Reichsstatthalters zum 28.4.1934 wirksam. Nach § 6 des BBG konnten Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig waren. Ob bei der Versetzung auch politische Gründe vorlagen, geht aus der Akte nicht hervor – sie können aber auch nicht ausgeschlossen werden. 1942 bis 1944 hat Garvens neben seinen Ruhegehaltsbezügen geringe zusätzliche Bezüge als Notarvertreter des Notars Dr. de Chapeaurouge erhalten. Ab 13.5.1945 arbeitete Garvens wieder als Leiter des Hamburgischen Rechnungsprüfungsamtes<sup>14</sup>, wird aber schon im Dezember 1946 wieder aus diesem Amt beurlaubt (er wird heftig wegen eines Auftretens im Haushaltsausschuss kritisiert) und an die Kulturverwaltung versetzt und von dort in den endgültigen Ruhestand.

Garvens gehört zu den wenigen direkten Zeugen der Einführung des »Arierparagraphen« in die Patriotische Gesellschaft: Durch Vermittlung seines Verwandten Nirrheim, der in der Lesezimmerkommission arbeitete, wird in der Vorstandssitzung am 20.6.1935 beschlossen, dass »Regierungsdirektor Garvens« als Archivar der Patriotischen Gesellschaft aufgenommen werden soll. Die einzige Vorstandssitzung, die Garvens mitgemacht hat, war die am 20.8.1935, in der Garvens zum Archivar bestellt wurde. Er ist von Anfang an skeptisch und schreibt in seinem Tagebuch: »Ob ich dort eine nutzbringende Beschäftigung finden werde, kann ich noch nicht beurteilen, ebenso wenig die Leistungsfähigkeit des Vorstands«. <sup>15</sup> Der neu gewählte Vorsitzende »Studienrat Dr. Puttfarcken, Leiter des Johanneums, imponierte mir nicht sonderlich«, und auch den anderen Anwesenden gegenüber hat Garvens Vorbehalte. Ausgenommen sind Dr. Pietzcker (»nett und vernünftig wie immer«) und Dr. Cadmus (»sympathisch«).

Im folgenden beziehe ich mich auf die Eintragungen vom 19.9.1935 und 20.9.1935 (teilweise etwas schwer lesbar). Garvens war mit seiner Frau, die als »Halbjüdin« galt, Mitglied des Vereins der Freunde der Kunsthalle. Am 19.9.1935 erhält er deren Programm, gleichzeitig aber eine Mitteilung des Vorsitzenden, des »hiesigen Kulturgewaltigen Dr. von Kleinschmidt«, die Eintrittskarte erhalte man nur, wenn man eine Erklärung des Inhalts unterschrieben habe, dass man selbst und die die Nebenkarte benutzenden Angehörigen im Sinne des Berufsbeamten-gesetzes arischer Abstammung seien. Garvens erklärte sofort seinen Austritt aus dem Verein. »Aber daß man in Deutschland auf kulturellem Gebiet so heruntergekommen ist, das ist doch einfach himmelschreiend.« Für den 20.9.1935 meldet Garvens den zweiten »Streich« – die Patriotische Gesellschaft lud zu einer Vor-

14 Garvens nahm damit seine Funktion von 1934 wieder wahr: Nach Auskunft von Bertil Sander stammt der Begriff »Rechnungsprüfungsamt« aus der Verwaltungsterminologie der unmittelbaren Nachkriegszeit unter britischer Militärverwaltung und wurde 1945 für Hamburg verwandt, als die Stadt noch nicht wieder als Staat organisiert war.

15 StA Hamburg 622-1, B2, Band 12, Erwin Garvens, Tagebücher

standssitzung ein, bei der nach der Tagesordnung die »Durchführung des Arierparagraphen erörtert werden sollte«. Garvens teilte Puttfarcken mit, dass er annehme, die Gesellschaft beabsichtige dasselbe wie die Freunde. Darum bitte er umgehend um seine Entlassung aus dem Vorstand. »Das war nur eine kurze Freude gewesen.« Allerdings, so Garvens, habe er schon gewisse Befürchtungen gehabt, weil der Vorsitzende davon sprach, »ich sollte mithelfen, die Gesellschaft in die »neue Zeit« hinüberzuleiten«. Der Eintrag endet: »Macht euren Dreck alleine!«

Garvens war damit während der NS-Zeit »ohne nutzbringende Tätigkeit«. 1939 stellte er sich – wie auch andere, 1933 entlassene Beamte – dem Reichsstatthalter »im Bedarfsfalle zur Verfügung«. Im Schreiben der NSDAP vom 12. 10. 1939 wird dieses Angebot nachdrücklich mit dem Hinweis auf die Frau von Garvens, die »Mischling 1. Grades« sei, zurückgewiesen. Ferner heißt es: »Politisch steht er im Gegensatz zur nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung.« Seine oppositionelle Haltung zeige sich »bei allen Begebenheiten des täglichen Lebens«, zum Beispiel werde von ihm »die Hakenkreuzfahne nicht gehisst«<sup>16</sup>. Garvens kümmerte sich in der Zeit des NS-Regimes sehr um seine jüdischen Bekannten, besonders um seinen Freund Leo Lippmann: Auch dieser hatte am 11. 9. 1939 dem Senat angeboten, »wieder für die Allgemeinheit« zu arbeiten. Mit Beklemmung liest man, wie dieser hochkompetente Fachmann, willkürlich aus dem Amt entfernt, »auch einfache Bürotätigkeit« zu erledigen bereit ist. Aber auch für ihn besteht »zur Zeit kein Bedarf«.

Garvens konnte mit seinem Austritt dem demütigenden Ausschluss aus der Patriotischen Gesellschaft zuvorkommen. Er ist nach dem Krieg wieder in die Gesellschaft eingetreten.

### 3. »Tut eure Pflicht, folgt Eurem Gewissen« – »Toleranz«, sagte mein Vater.

Heinrich Mayer, geboren am 6. 2. 1866 in Worms –  
Tod in Theresienstadt am 2. 12. 1942

Das Meiste, was ich über das Leben Heinrich Mayers und seiner Frau Marie weiß, habe ich vor allem aus zwei Quellen erfahren. Im Rahmen der »Werkstatt der Erinnerung« in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte bin ich auf ein Interview aufmerksam geworden, das mit der Tochter Heinrich Mayers, Franziska Mayer, 1992 geführt wurde.<sup>17</sup> Franziska Mayer war zum Zeitpunkt des Interviews bereits 88 Jahre alt und konnte offensichtlich auch nur wenige Daten aus dem Leben ihrer Eltern mitteilen. Dass sie nur wenig über die Zeit der Verfolgung wusste, lässt sich aus dem Schweigen der Eltern erklären.

16 StA Hamburg 131-8, Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst  
G 4c HV 1939 x 30

17 Das Interview hat die Nummer FZH/Wd E 122. Ich danke Linde Apel für den Hinweis auf dieses Interview und auch für die Übermittlung der Adresse von Enrique Mayer.

Über die »Werkstatt der Erinnerung« habe ich auch den Namen und die Adresse des Enkels von Heinrich und Marie Mayer, Enrique Mayer, erfahren. Enrique Mayer ist der Sohn des ältesten Sohnes des Ehepaars Mayer, Wilhelm Mayer, er lebt heute in den USA und ist Professor für Anthropologie an der Yale Universität in Connecticut. In Briefen und vor allem in E-Mails hat mir Enrique Mayer, der viele Briefe seiner Großeltern besitzt, zusätzliche Informationen zukommen lassen.

Schließlich habe ich durch den Kontakt mit Ursula Osborne (geborene Solmitz), die Nichte des Ehepaars Mayer ist, mein Wissen über Marie und Heinrich Mayer ergänzen können. Ursula Osborne lebt heute in Kalifornien und verfügt über das Robert Solmitz und Hertha Solmitz-Archiv.

Die knappen Daten der Verfolgung habe ich in der Database von Yad Vashem, wo drei Millionen ermordeter Juden verzeichnet sind, gefunden, auch im Hamburger Gedenkbuch sowie in den Gedenkbüchern des Bundesarchivs in Koblenz von 1986 und 2006.

Heinrich Mayer wurde am 6. 2. 1866 in Worms geboren, dorthin waren seine Eltern aus Rennertehausen bei Worms in die Stadt zugewandert, um einen Laden zu betreiben. Ihr Sohn Heinrich wollte »mehr Anregung« und ging nach Hamburg, wo er die Firma Tomkins, Hildesheim & Co (Sandtorquai 20), die Kaffee importierte und weiterverteilte, übernahm. In Hamburg heiratete Heinrich Mayer die in Hamburg geborene Marie Dehn.

Marie Mayer (geboren 24. 3. 1880) stammte aus einer großen Familie mit sieben Kindern, ihr Vater, Max Dehn, war einer der ersten Ärzte am Israelitischen Krankenhaus in Hamburg. Sie besuchte von 1886–1894 zwei Privatschulen und machte dann eine Ausbildung als Lehrerin an den Unterrichtsanstalten des Klosters St. Johannis (Klosterschule am Holzdamme). Nachdem sie drei Jahre lang als Vertretungslehrerin an zwei Privatschulen gearbeitet hatte, trat sie am 1. 10. 1905 ihr Amt an der Paulsenstiftschule an, wo Anna Wohlwill Schulleiterin war.<sup>18</sup> Unter der langjährigen Leitung Anna Wohlwills wurde das Paulsenstift zu einer staatlich anerkannten halböffentlichen höheren Mädchenschule, die ihrer Tradition als einstiger Armenschule gerecht blieb: Schülerinnen aus allen Schichten wurden aufgenommen und auf den neuen weiblichen Sozialberuf einer Pflegerin in der öffentlichen Armenpflege vorbereitet. Dass Anna Wohlwill diese Schule bis 1911 als Jüdin leitete, zeigt auch den überkonfessionellen Charakter dieser Schule. Marie Mayer ist nach ihrer Eheschließung 1909 aus dem Schuldienst ausgeschieden.<sup>19</sup>

Die Schwester von Marie Mayer, Bertha Dehn (1881–1953), war Geigerin an der Hamburgischen Staatsoper. An sie wurde zuletzt in der Ausstellung »Verstumte Stimmen« erinnert: Bertha Dehn wurde, nachdem sie 18 Jahre lang an der Oper im Orchester gespielt hatte, 1933 entlassen (offiziell »wegen Krankheit«). Nach der

18 Inge Grolle, Anna Wohlwill, in: Personenlexikon, Band 1, S. 349/350

19 StHH 362-6/11: 53 Band 1, Personalakten Paulsenstiftschule. Ich danke Uwe Schmidt für diesen Hinweis.



Bertha Dehn, 1933 Entlassung  
aus der Hamburgischen  
Staatsoper, Emigration nach  
Ecuador 1941

Entlassung blieb sie zunächst in Hamburg und versuchte, ihren Lebensunterhalt als Geigenlehrerin zu verdienen. Gleichzeitig spielte sie im »Jüdischen Kammerorchester Hamburg« und im Orchester des »Jüdischen Kulturbundes Rhein-Main«. Bertha Dehn konnte in letzter Minute der Deportation am 12. 10. 1941 entkommen. Sie wurde bereits auf zwei Listen zur Deportation benannt und floh zu ihrem Bruder nach Ecuador. Nach Aufenthalten in Quito und Cuenca und schließlich in Porto Alegre kehrte sie krank und am Exil zerbrochen 1948 nach Hamburg zurück, wo sie ihre letzten Lebensjahre bis zu ihrem Tod 1953 im jüdischen Altersheim in der Sedanstraße verbrachte (diese Informationen verdanke ich der Ausstellung »Verstummte Stimmen«). Auf dem Friedhof Ohlsdorf wird ihrer im »Garten der Frauen« gedacht.

Das Ehepaar Mayer hatte vier Kinder, die Söhne Rudolf (genannt Reinhard) und Wilhelm und die Tochter Franziska. Die Tochter Gertrude, die zuerst geboren wurde, lebte nur drei Monate. Der erste gemeinsame Wohnsitz war in der Maria-Louisen-Straße 112, offensichtlich in einem Haus, das Heinrich Mayer gehörte. 1939 müssen sie in die Sierichstraße 126 umgezogen sein – möglich ist, dass das nach der »Arisierung« des Hauses geschah. Schließlich ist das Ehepaar 1941 in das Haus Heinrich Wohlwills in der Hindenburgstraße 111 gezogen, von wo sie deportiert wurden. Die Ursache für diesen erneuten Umzug konnte ich bisher nicht herausbekommen – möglich ist, dass auch die Wohnung in der Sierichstraße »arisiert« wurde.

Heinrich Mayer im Garten  
des Bauern- und Ferien-  
hauses der Familie Solmitz  
»Die Masch« (Großborstel)



Enrique Mayer berichtet, dass die Familie seiner Großeltern sich gern in eine Art Wochenendhaus zurückzogen, genannt »Die Masch«. Die Straße ist heute in Groß-Borstel zu finden, aber völlig verändert: Das Haus »Die Masch« war 1738 gebaut worden und ein richtiges Bauernhaus, in dem sich neben dem Wohnzimmer auch alle Ställe und Arbeitsräume befanden. Diese Gegend, die offenbar mit etlichen Bauernhäusern dörflichen Charakter hatte, ist durch den Bombenkrieg völlig zerstört worden.

Gefragt nach der politischen Haltung ihrer Eltern, nennt Franziska Mayer sie »irgendwie demokratisch«, eher liberal. »Sie gehörten zum Beispiel in die Patriottische Gesellschaft« – dort war ihr Vater seit 1911 Mitglied. Heinrich Mayer war kein gläubiger Jude – 1926 war er aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten. Auf der Meldekarte aus Altona (K 7341), wo er zunächst gewohnt haben muss, wird als Religion noch »mos.«, also »mosaisch« angegeben. Die Tochter erinnert sich nicht daran, vor ihrem 22. Lebensjahr je einen Gottesdienst in einer Synagoge erlebt zu haben, wohl aber daran, dass ihr Vater ihr die Synagoge in Worms gezeigt und an einen großen Lehrer des Mittelalters erinnert habe. Wichtig, so habe ihr Vater gesagt, sei dieses: »Tut eure Pflicht, folgt eurem Gewissen.« »Unser Großvater war Freidenker.« Worauf es ankomme, seien die menschlichen Qualitäten. »Toleranz, sagte mein Vater.« Enrique Mayer betont nachdrücklich: »He did not practice the Jewish religion, but was most interested in German High Culture«, und er ergänzt: »My grandfather did not feel Jewish but German. It was the Nazis who made him into a Jew.«

Aus dem Interview kann ich schließen, dass die drei Kinder Heinrich Mayers nach der Schule wegen der NS-Herrschaft Probleme mit der weiteren Ausbildung und Berufsausübung hatten. Der hier etwas diffuse Bericht der Tochter zeigt, dass schließlich alle drei auswanderten und sich während des Krieges in verschiedenen Ländern aufhielten (Schottland, Neufundland/Kanada und Peru). Enrique Mayer berichtet, dass nach dem Ende des 2. Weltkriegs alle drei Kinder des Ehepaars Mayer von ca. 1949 bis 1980 zusammen in Huancayo Peru lebten, wo sie sich an jedem Tag zum Lunch trafen, Deutsch miteinander sprachen und sich sehr schnell an Hamburg erinnerten. Franziska kehrte wegen der Terrorakte des Leuchtenden Pfades Ende der 80er Jahre nach Hamburg zurück und starb 1994 in einem jüdischen Altersheim, wo auch ihr Bruder Reinhard 2004 starb.

Im Zusammenhang mit der Arisierung verliert Heinrich Mayer seine Firma – zu vermuten ist, dass dies 1938/39 geschah<sup>20</sup>, obwohl Franziska Mayer in ihrem Interview den Zeitpunkt früher legt. Enrique Mayer erinnert, dass Heinrich Mayer die Firma an einen »arischen« Mann übergeben musste, dass die Angestellten aber weiterarbeiten konnten. Nach Franziska Mayers Darstellung war dieser »Arier« ein Mitarbeiter, den ihr Vater »vom Lehrling zum Sozium« »rangezüchtet habe« und der ihn dann entlassen und seinerseits die Firma übernommen habe. Senator von Allwörden, bis 1938 Senator für kulturelle Angelegenheiten, wurde danach Leiter der Verwaltung Handel, Schifffahrt und Gewerbe und zugleich »Arisierungsbeauftragter« des Reichsstatthalters. Er beauftragte den bis dahin unbekanntes Bernhard Rothfos damit, die Hamburger Kaffeevereine in die »Organisation der gewerblichen Wirtschaft« zu zwingen. Dabei entfernte er die letzten jüdischen Geschäftsinhaber im Kaffee-Import-Geschäft und schaltete sich wegen eigener Geschäftsinteressen in den regionalen »Arisierungsmarkt« ein.<sup>21</sup>

Spätestens 1938/39 muss Heinrich Mayer seine Arbeit verloren haben – wovon er bis zur Deportation gelebt hat, habe ich nicht herausfinden können, vermute aber, dass er von jüdischen Hilfsorganisationen unterstützt wurde und vielleicht auch eine kleine Arbeitsmöglichkeit erhielt, obwohl die Unterstützung durch jüdische Hilfsorganisationen nach dem Pogrom von 1938 außerordentlich eingeschränkt war. Enrique Mayer nimmt an, dass das Ehepaar Mayer einige finanzielle Rücklagen hatte. Nach Aussagen von Franziska Mayer muss das Ehepaar Mayer vergeblich versucht haben, ein Visum nach Peru zu erhalten – obwohl die Kinder in Peru alles vorbereitet hatten, weigerte sich das peruanische Konsulat in Hamburg, das Visum auszustellen. Dieser Hinweis ist die letzte persönliche Spur in Hamburg – Heinrich und Marie Mayer müssen von 1939–1942 den gesamten Prozess des »sozialen Todes« in Hamburg mitgemacht haben.

20 Frank Bajohr, »Arisierung«, S. 586

21 Karl-Heinz Roth, Ökonomie und politische Macht: Die Firma Hamburg. In: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im »Dritten Reich«. Hamburg 1997, S. 15 ff., hier S. 63

Marie und Heinrich Mayer  
im Sekretariat Warburg  
(1938–1941), der »Oase für die  
Juden in Hamburg«



Eine Art Zuflucht war von Oktober 1938 bis Juni 1941 das Sekretariat Warburg im Mittelweg 17, eine »Oase für die Juden in Hamburg«. Im Staatsarchiv befindet sich eine Kopie der Erinnerungen von Robert Solmitz, in denen dieser davon berichtet, wie in diesem schönen Haus sich jüdische Bürger zu Gesprächen, zu Konzerten (zum Beispiel mit Bertha Dehn) trafen, wo auch Sitzungen des Vorstands der Jüdischen Gemeinde und politische Diskussionen stattfanden.<sup>22</sup> Solmitz berichtet von dem Schauspieler Wolf Beneckendorf, der eine Generalprobe seiner öffentlichen Lesungen von Gedichten Rilkes und Goethes in diesem Haus abhielt – ein mutiges Verhalten in jenen Tagen. Das Staatsarchiv besitzt auch ein Album mit humoristischen Texten und Fotografien von Mitarbeitern und Einrichtungen des Hauses, die wegen der freundlichen Heiterkeit sehr anrühren.<sup>23</sup> 1941 musste das Haus aufgeben werden, und für kurze Zeit tagte die »Oase« noch in einem kleineren Haus in der Nähe. Als Robert Solmitz und seine Frau Hertha im Juni über das besetzte Frankreich und über Spanien nach Portugal auswanderten, gab ihnen Wolf Beneckendorf das Geleit – er wurde einige Zeit später auf der Straße erschlagen.

*»Above all, they drip with yearning and Tapferkeit.  
The tears were inward«*

Zu den Briefen des Ehepaars Mayer an ihre Kinder

Enrique Mayer besitzt ein Bündel Briefe, die seine Großeltern zwischen 1939 und 1940 an ihre Kinder geschrieben haben, die meisten handgeschrieben. Enrique Mayer hat mir eine Art Gesamteindruck vermittelt, auf den sich meine folgende Darstellung bezieht.

22 StA HH 622-1/173 Akte Plaut A 5 »Das Sekretariat Warburg. Eine Oase für die Juden in Hamburg«, Oktober 1938 bis Juni 1941 (Kopie der »Erinnerungen von Robert Solmitz«, 1975). Auf diese Akte hat mich Ursula Osborne verwiesen.

23 StA HH 622-1/173, Akte Plaut A 6 Album mit humoristischen Texten und Fotografien von Mitarbeitern und Einrichtungen des Sekretariats Warburg (Kopie), ca. 1941

Heinrich Mayer hat während des 1. Weltkriegs als Zensor gearbeitet, da er zu alt für den aktiven Kriegsdienst war. Insofern wusste er über die Gefahr, dass auch seine Briefe und die seiner Frau ins Ausland kontrolliert werden würden, Bescheid, und er hat sich auf diese Möglichkeit eingerichtet. Enrique Mayer berichtet, dass ihn bei der Lektüre der Briefe die Tatsache bewegt habe, dass die Briefe absolutes Schweigen über alle Nachrichten oder politische Prozesse während dieser beiden Jahre bewahren. Es sei, als ob es keinen Krieg gegeben habe, nichts werde über die immer heftiger werdenden Restriktionen gegen Juden berichtet. »Die Briefe sind voller Sehnsucht und Aufmunterung. Nur gute Nachrichten werden erwähnt. Meine Großmutter schreibt eine Menge über Blumen, Spaziergänge im Park, Exkursionen nach Blankenese und über einen kurzen Aufenthalt in einem Ferienhaus. Sie schreibt über Besuche – natürlich nur von Verwandten – und was sie zum Kaffee tranken. Außerdem gibt sie gute Nachrichten über Verwandte weiter, die das Glück hatten, Deutschland verlassen zu können.« Für diese Verwandten gab es offensichtlich »Abschiedsfeste«. Berichtet wird in den Briefen auch, dass Marie Mayer englische Romane las, Heinrich Mayer »Rip van Winkle« (Kurzgeschichte von Washington Irving, 1819/1820).

Abschließend zitiere ich aus der Abschrift eines Briefes Heinrich Mayers vom 23. I. 1940, geschrieben also zwei Jahre vor der Deportation, den mir Enrique Mayer zugeschickt hat: »Wenn Ihr diesen Brief erhalten werdet, so ist mein Geburtstag schon vorbei, und ich bin 74 Jahre alt geworden. Gesundheitlich geht es mir sehr gut, die Schlafmittel sind in der Hausapotheke aufbewahrt. Auch Mutter ist frisch und munter und tätig wie immer.« Hier ist vielleicht mit dem Hinweis auf die Schlafmittel angedeutet, wie bedrückend die Situation des Ehepaars war. Heinrich Mayer nimmt seinen Geburtstag dann zum Anlass, über die Zeit, in die er 1866 hineingeboren wurde, nachzudenken:

»Der Deutsche Bund bestand noch. Hannover war noch ein selbständiges Königreich, Frankfurt noch eine freie Stadt. Aber Bismark wusste, dass der Bund bald ein Ende haben würde, und Moltke wusste auch schon, wie er die Gegner Preussens besiegen wollte. Von meiner Geburt bis zur Schlacht von Königgrätz waren aber noch volle 5 Monate. Fontane hatte zwar die Mehrzahl seiner Balladen schon geschrieben, aber noch keinen seiner Romane. Spielhagen, Ebers, und Berthold Auerbach – die Ihr garnicht mehr kennt, waren die Lieblingsschriftsteller meiner Mutter, die Gartenlaube das weit verbreiteste Blatt von Deutschland. Ut mine Stromtid war grade erschienen. Nietzsche war noch Student, Telephone gab es noch nicht. Richard Wagner war noch verspottet und hat sich erst später durchgesetzt (...) Eine Eisenbahn gab es erst seit wenigen Jahren. Ich musste noch 14 Jahre lang warten, bis in der Hansestadt Hamburg meine Frau gebohren wurde. So krabbelt sich die Weltgeschichte im kleinen und großen weiter.«

Diese Nachricht –  
im April 1942 beantragt –  
hat Franziska Mayer erst  
nach der Deportation ihrer  
Eltern erreicht

**+**

**Deutsches Rotes Kreuz**      23 MAI 1942 323564  
Präsidium / Auslandsdienst  
Berlin SW 61, Büchelerplatz 2

**ANTRAG**  
an die *Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genève*  
— Internationales Komitee vom Roten Kreuz —  
auf Nachrichtenvermittlung

**REQUÊTE**  
de la *Croix-Rouge Allemande, Présidence, Service Etranger*  
à l'*Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genève*  
— Comité International de la *Croix-Rouge* —  
concernant la *correspondance*

1. Absender Heinrich Israel Mayer (Vater d. Empf.) ..  
Expéditeur Hamburg-Alsterdorf Hindenburgstr. 111.  
.. .. .  
bittet, an  
*prie de bien vouloir faire parvenir à*

2. Empfänger Franziska Mayer, International. Grenfell.  
*Destinataire Association Office St. John's*  
Neufundland, .. .. .  
.. .. .  
folgendes zu übermitteln / *ce qui suit*:  
(Höchstzahl 25 Worte!) Liebes Fränzchen, Eltern wohlauf.  
(25 mots au plus!)  
Gartenarbeit mit Onkel Heinrich. Spazier-  
sänge Mutter Vater. Liebe Briefe von Friede,  
Kobold, Ilse. Besuche Isis. Erhoffen Wie-  
derschen in Gesundheit.      Vater Mutter

14. April 1942      15 JUN 1942  
(Datum / date)      (Unterschrift / Signature)

3. Empfänger antwortet umseitig  
*Destinataire répond au verso* Heinrich Israel Mayer

Dann kamen sie von der Patriotischen Gesellschaft und sagten:  
»Es geht nicht mehr«

So berichtet Franziska Mayer von der Einführung des »Arierparagrafen« in die Patriotische Gesellschaft: »Dann kamen sie von der Patriotischen Gesellschaft und sagten, es geht nicht mehr. Ziehen Sie sich zurück, sonst wird die Patriotische Gesellschaft in die Luft fliegen.« Vermutlich bezieht sich die Tochter hier auf das Anschreiben der Patriotischen Gesellschaft an alle Mitglieder. Möglich ist auch, dass Heinrich Mayer in einem Gespräch zum Austritt aufgefordert worden ist.

1935 übernahm die Patriotische Gesellschaft die rassistische Definition der Nationalsozialisten von »Jude« und schloss mit dieser Definition ihr Mitglied Heinrich Mayer, der der Gesellschaft 24 Jahre lang angehört hatte, aus. Die Kultussteuerkartei der jüdischen Gemeinde verzeichnet 1937 den freiwilligen Eintritt Heinrich Mayers in die jüdische Gemeinde. Ab 1939 war es Pflicht für alle, die Juden waren oder zu Juden gemacht wurden, der »Reichsvereinigung der Juden in Hamburg« beizutreten. Heinrich Mayer wird als »glaubenslos« in die jüdische Gemeinde aufgenommen – seine Frau Marie war schon 1934/35 in die Gemeinde eingetreten.

*Der »Wohnsitz« wird nach Theresienstadt »verlegt«*

Die letzte Lebensspur des Ehepaars führt nach Theresienstadt – dem »Stall, der zum Schlachthof gehörte«<sup>24</sup>. In Theresienstadt befand sich bereits das zentrale Gefängnis der Gestapo im Protektorat, als im November/Dezember 1941 Kommandos jüdischer Arbeiter die kleine Festungsstadt Theresienstadt als Sammellager und zugleich als »jüdisches Vorzeigelager« ausbauten. Insgesamt befanden sich bis 1945 140.000 Menschen dort – 18.000 wurden 1945 befreit –, Heinrich Mayer und seine Frau waren nicht darunter.

Die Mehrzahl der Juden konnte nicht erkennen, dass der Begriff »Altersghetto« eine Pervertierung bedeutete. Die Täuschung ging weit: Ältere Juden konnten mit der »Reichsvereinigung« oder mit anderen jüdischen Organisationen »Heimeinkaufsverträge« (in jüdische Heime) abschließen. Diese Verträge konnten nun auf die »Wohnsitzverlegung« nach Theresienstadt übertragen werden: Die Reichsvereinigung verpflichtete sich, den betroffenen Juden auf Lebenszeit Unterkunft und Verpflegung in einer Gemeinschaftsunterbringung zu gewährleisten. Dafür mussten die Juden ihr gesamtes bewegliches Vermögen an die Reichsvereinigung übertragen – Ida Lorenz rechnet mit einem Gewinn von 4,4 Millionen Reichsmark in Hamburg, im Reich mit 109 Millionen.<sup>25</sup> Finanzbeamte sammelten im Logenhaus in der Moorweidenstraße, der Deportationssammelstelle, die achtseitigen Fragebögen ein, auf denen die zu Deportierenden ihr letztes Vermögen sowie Hausrat und Möbel etc. aufgelistet hatten. »Die Beamten der Vermögensverwertungstelle räumten auch die Unterkünfte der Deportierten. Bis Ende 1941 – so gaben sie stolz an – hatten sie 514 Wohnungen und 206 Zimmer geleert. Die Wohnungseinrichtungen der Juden ließen sie zunächst von Speditionsfirmen an Auktionatoren übergeben, sofern sie nicht Teile des Mobiliars für die eigenen Behörde beanspruchten.«<sup>26</sup> Die Versteigerungen fanden in aller Öffentlichkeit statt, teilweise sogar in den Wohnungen der Deportierten.

Für die Organisation der Deportationen war in Hamburg das »Judenreferat« der Gestapo zuständig, dessen Abteilungen den jüdischen Gemeinden vor Ort

24 Ruth Klüger, *weiter leben*. Göttingen 1992, S. 81

25 Ina Lorenz, *Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der Endlösung*. In: Arno Herzig/Ina Lorenz, *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem NS*. Hamburg 1992, S. 229 und passim

26 Beate Meyer, *Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945*. In: Beate Meyer (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945*. Hamburg 2006, S. 42 ff., hier S. 43

die Vorbereitungen und die vielen Organisationsarbeiten übertrugen. Trotz der Ablehnung der Gemeinden, selbst Transportlisten zu erstellen, mussten die Mitarbeiter des Jüdischen Religionsverbandes diese Arbeit unter der Aufsicht der Gestapo leisten.<sup>27</sup>

Heinrich Mayer war zur Zeit der beginnenden Deportationen 76 Jahre alt, seine Frau Marie 62 Jahre. Es kann sein, dass beide sich nach dem demütigenden Leben in Hamburg ein Überleben im »Altersghetto« vorstellten, zumal sie ohne Kinder ganz auf sich allein gestellt waren. Aus den Akten kann ich nicht erschließen, ob das Ehepaar Mayer in eines der »Judenhäuser« umquartiert wurde, die überall in Hamburg und Umgebung (zum Beispiel in Volksdorf) eingerichtet wurden und in die die aus ihren Wohnungen vertriebenen Juden umziehen mussten. Die Deportationen aus Hamburg nach Theresienstadt begannen im Juni 1942 – in den großen Transporten wurden vornehmlich ältere Menschen deportiert. »Ältere« das hieß genau: älter als 65 Jahre oder über 55 Jahre alt und gebrechlich. Zu dieser Gruppe kamen dann noch Angehörige »bestimmter bevorzugter Gruppen« – zum Beispiel Männer mit hohen militärischen Auszeichnungen oder mit wichtigen internationalen Verbindungen. Im Juni 1942 gingen 14 Transporte aus Hamburg ab.<sup>28</sup> »Viele der älteren Juden kommen aus gutbürgerlichen Verhältnissen und wurden vorher häufig von der SS getäuscht: Sie haben ihr ganzes Vermögen an die ›Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‹ abgegeben, um in dem ›Kurort‹ bzw. ›Altersheim‹ Theresienstadt wohnen zu dürfen. Gebrechlich und unvorbereitet, erschöpft und verwaorlost kommen sie in Theresienstadt an.«<sup>29</sup>

Heinrich und Marie Mayer – Gefangenenummer 455/456 – wurden am 19. 7. 1942 über Hamburg und Kiel nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 20. 7. 1942 ankamen. Die Überlebensbedingungen müssen grauenhaft gewesen sein, und nur ein kleiner Teil der Deportierten überlebte die unsäglichen Umstände und die absolute Willkür der Nationalsozialisten. Die erschöpften Menschen wurden in überfüllte Kasematten oder auf Dachböden gebracht, wo sie elend umkamen. Sie hatten oft nicht einmal die Kraft, sich Essen zu holen, an jedem Tag starben mindestens 50 Menschen. Pakete durften geschickt werden – wer aber sollte dem Ehepaar Mayer ein Paket schicken? Im September 1942 befanden sich nach Angaben Lamperts in Theresienstadt 56.717 Gefangene, davon 61% Frauen, pro Person gab es eine Wohnfläche von 1,6 qm, 3.349 Menschen starben.

Heinrich Mayer starb dort am 2. 12. 1942. Vermutlich wurde seine Leiche verbrannt. Nach dem Tod wurde der Leichnam wie üblich zum Krematorium außerhalb der Mauern des KZs gebracht. Nach der Einäscherung wurde die Asche der Toten in nummerierten Pappschachteln aufbewahrt – wie alle Einwohner wird Marie Mayer die Hoffnung gehabt haben, nach dem Ende aller Qualen die Asche in einem anständigen Grab bestatten zu können. Auch wenn Marie überlebt hätte,

<sup>27</sup> Ebenda

<sup>28</sup> Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Wiesbaden 2005, S. 260

<sup>29</sup> Tom Lampert, Ein einziges Leben. München 2003, S. 129. Dort finden sich auch zusätzliche Informationen und die unten zitierten Zahlen.

wäre dies nicht möglich gewesen: Ende 1944, als Marie Mayer schon nicht mehr in Theresienstadt lebte, befahlen die Deutschen, die Asche aller Ermordeten in die nahe gelegene Eger zu streuen, um Spuren zu verwischen.<sup>30</sup>

Käthe Starke – selbst nach Theresienstadt deportiert – berichtet, dass Marie Mayer in Theresienstadt ihre Schwester Hedwig Wohlwill traf, die wie ihr Mann Heinrich Wohlwill nach Theresienstadt deportiert worden war, vermutlich beide in demselben Deportationszug wie das Ehepaar Mayer. Die beiden Frauen seien schon Witwen gewesen, als sie die Autorin besucht hätten, sie hätten sich zur Arbeit, und zwar zum Kartoffelschälen, gemeldet, »wiewohl sie über das Pflichtalter hinaus« gewesen seien. Heinrich Wohlwill, von 1913 bis 1933 technischer Direktor der Norddeutschen Affinerie, auch er ehemals Mitglied der Patriotischen Gesellschaft, wurde am 31. 1. 1943 in Theresienstadt ermordet. Eigentlich durch Vermittlung eines hohen Offiziers von der Deportation freigestellt, muss Heinrich Wohlwill von der Deportation, die auf Befehl der Gestapo dann doch durchgeführt wurde, völlig überrascht gewesen sein. In Theresienstadt angekommen, sah er sich zusätzlich dem Verdacht ausgesetzt, er wolle sich einschleichen, da er nicht auf der Liste verzeichnet war.<sup>31</sup> Heinrich und Marie Mayer haben das letzte Jahr ihres Lebens in Hamburg im Hause Heinrich Wohlwills in der Hindenburgstraße 111 verbracht – von dort müssen sie deportiert worden sein.

Als Ruth Klüger im Mai 1944 in Theresienstadt eintraf, wurde Marie Mayer im Frauenlager des KZ für die Gaskammer selektiert. Mit 2.503 Personen, vornehmlich Frauen, wurde sie nach Auschwitz gebracht – für das Arbeitslager wurden nur gesunde Frauen selektiert (im Alter von 15 bis 45 Jahren), alle anderen wurden nach Auschwitz in die Gaskammern gebracht. Dort kam Marie Mayer am 16. 5. 1944 an, das genaue Datum ihres Todes kennen wir nicht.

»Im Holocaust sollten aber die Juden nicht nur vernichtet werden; auch die Namen sollten ausgelöscht werden, die Erinnerung an sie unmöglich werden ... Namen und Biographie sollten mit dem Leben zugleich ausgelöscht werden, verwandelt in Asche und Rauch.«<sup>32</sup> Die Namen von Heinrich und Marie Mayer sind in den Gedenkbüchern verzeichnet.

30 Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Band II, Die Jahre der Vernichtung, 1939–1945*. München 2006, S. 381

31 Käthe Starke, *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt*. Berlin 1975, S. 45/46

32 *Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945*. 2. wesentlich erweiterte Auflage. Bearbeitet und Herausgegeben vom Bundesarchiv Koblenz 2006. Dort die Einleitung von Bundespräsident Köhler, S.V

## Jüdische Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft – Opfer des Nationalsozialismus

### **Dr. Julius Adam**

Arzt, geboren 22. 8. 1862, Tod am 28. 10. 1942 in Theresienstadt

### **Max Brock**

Kaufmann, geboren 27. 2. 1872, Tod in Auschwitz (Datum unbekannt)

### **Dr. Gustav Cohen**

Arzt, geboren 29. 1. 1887, Tod am 2. 3. 1942 in Lodz, Ghetto

### **Carl Cohn**

Kaufmann, geboren am 9. 7. 1858, Deportation am 19. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 25. 7. 1942 in Theresienstadt

### **Richard Cohn**

geboren am 9. 7. 1884, Tod in Minsk (Datum unbekannt)

### **Gustav Falkenstein**

Kaufmann, geboren am 29. 12. 1866, Deportation am 24. 2. 1943 nach Theresienstadt, Tod am 2. 4. 1943 in Theresienstadt

### **Dr. Hermann Fischer**

Arzt, geboren 23. 7. 1867, Deportation am 15. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 23. 2. 1943 in Theresienstadt

### **Iwan Fontheim**

Kaufmann, geboren 1. 11. 1861, Suizid am 17. 7. 1942 in Hamburg

### **Henry Friedenheim**

Kaufmann, geboren am 9. 7. 1873, Deportation am 15. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 21. 9. 1942 in Minsk

### **Arthur Goldschmidt**

Kaufmann, geboren am 24. 8. 1876, 1940 KZ Fuhlsbüttel, Tod am 2. 6. 1940 in Fuhlsbüttel

**Samson Goldschmidt**

Sekretär, geboren am 29. 12. 1860, 1943 aus den Niederlanden nach Sobibor deportiert, Datum des Todes unbekannt

**Dr. Albert Hollaender**

Rechtsanwalt, geboren am 1. 9. 1877, Tod am 11. 7. 1942 in Auschwitz

**Heinrich Mayer**

Kaufmann, geboren am 6. 2. 1866, Deportation am 19. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 2. 12. 1942 in Theresienstadt. Der Ausschluss Heinrich Meyers aus der Patriotischen Gesellschaft ist dokumentiert.

**Hans Meyer**

Schulinspektor, geboren am 13. 6. 1877, 1941 im KZ Fuhlsbüttel, 1942 Zuchthaus Fuhlsbüttel, 10. 12. 1942 Deportation nach Auschwitz, Datum des Todes unbekannt

**Max Israel**

Hausmakler, geboren am 11. 1. 1875, Deportation am 18. 11. 1941 nach Minsk, Tod in Minsk (Datum unbekannt)

**Dr. Moritz Nordheim**

Arzt, geboren am 1. 2. 1873, Suizid am 18. 8. 1938 in Hamburg

**Professor Dr. Kurt Perels**

Professor für Jura, geboren am 9. 3. 1878, Suizid am 10. 9. 1933 in Hamburg

**Dr. Ernst Rappolt**

Arzt, geboren am 12. 5. 1868, Suizid am 9. 4. 1942 in Hamburg

**Ferdinand Rosenstern**

Kaufmann, geboren am 11. 11. 1880, 1943 nach Auschwitz deportiert, für tot erklärt

**Dr. Walter Samuel**

Rechtsanwalt, geboren am 28. 9. 1875, Suizid am 25. 3. 1943 in Hamburg

**Salomon Schlommer**

geboren am 6. 7. 1853, Deportation am 15. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 15. 8. 1942 in Theresienstadt

**Leopold Stern**

Direktor der Ölwerke Stern-Sonneborn, geboren am 15. 6. 1875, Deportation nach Minsk, Datum des Todes unbekannt

**Ernst Werner**

Zivilingenieur, geboren am 6. 12. 1875, deportiert nach Riga am 6. 12. 1941, Datum des Todes unbekannt

Die Namen sind der Mitgliederliste von 1913 entnommen.

Im Subskriptionsbuch der Patriotischen Gesellschaft (seit 1765 geführt) sind außerdem erwähnt:

**Jacob Wertheim**

geboren am 18. 8. 1885, Deportation am 8. 11. 1941 nach Minsk, Datum des Todes unbekannt. Jacob Wertheim ist 1918 in die Patriotische Gesellschaft eingetreten.

**Dr. Heinrich Wohlwill**

geboren am 7. 2. 1874, Deportation am 19. 7. 1942 nach Theresienstadt, Tod am 11. 4. 1944 in Theresienstadt. Heinrich Wohlwill ist 1929 in die Patriotische Gesellschaft eingetreten.

## V. »Eines Arierparagraphen bedarf es nicht«

Der Umgang der Patriotischen Gesellschaft  
mit ihrer eigenen Geschichte

In der ersten Sitzung des Vorstands (Beirats) nach dem Krieg am 22. 5. 1945 gibt der Vorsitzende Pietzcker »den Hinweis, dass es eines Arierparagraphen nicht bedürfe«. Dieser Hinweis blieb nach dem Krieg die einzige Reaktion eines Vorstands auf die Einführung des »Arierparagraphen« in die Patriotische Gesellschaft. Auch nach der Veröffentlichung des Buches von Sigrid Schambach zur Geschichte der Patriotischen Gesellschaft, in dem die Entscheidung vom 24. 9. 1935 erstmals mit den Worten des damaligen Protokolls erwähnt, aber naturgemäß nur kurz analysiert wird, gab es keine Reaktion der Gesellschaft auf diesen Bruch in ihrer Geschichte.

In derselben Sitzung betont Pietzcker 1945 nachdrücklich, dass das »Führerprinzip in der Satzung einer Gesellschaft wie der unseren nichts zu tun habe und der Entwicklung einer echten Kultur nur hinderlich sei«. Die Beiläufigkeit, mit der – gemessen an dieser Begründung – der »Arierparagraph« als schlicht nicht nötig aus der Satzung entfernt wird, wirft die Frage auf, wie es dazu kommen konnte, dass die Patriotische Gesellschaft sich jahrzehntelang nicht mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat.

Dieser Frage will ich in diesem Teil nachgehen. In historischen Darstellungen wird das Verhalten von Institutionen oft als »Beschweigen« bezeichnet. Auch ich werde im Folgenden dieses Wort gebrauchen. Ein gezieltes Beschweigen lässt sich auch nach den Quellen der Patriotischen Gesellschaft nicht ausschließen. Dennoch wurde niemand, der dieses Thema hätte ansprechen wollen, gewissermaßen verabredet zum Schweigen gebracht. So konnte es noch in den 90er Jahren zu ganz absurden Formulierungen in der Mitgliederzeitschrift kommen, ohne dass diese zu einer anhaltenden Nachfrage zu den historischen Ereignissen geführt hätten.

## 1. »Es handelt sich um keine politische Gesellschaft«

### *Die Situation nach 1945*

Das Verhalten der Patriotischen Gesellschaft zu ihrer Geschichte während der NS-Diktatur muss im Gesamtkontext der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Nachkriegsjahre gesehen werden.<sup>1</sup>

Die Kriegs- und Aufbaugeneration musste die Erfahrung einer vollständigen Niederlage nicht nur militärisch, sondern auch in der Selbstachtung und im nationalen Selbstverständnis bewältigen und tat dies mit der Ausblendung des Holocaust aus der deutschen Geschichte. »Diese Nichtthematisierung« führte zu einer Art »kollektiven Beschweigens, das zur Gründungsgeschichte der Bundesrepublik gehört und das die Integration der Nazi-Führungsschicht in den neuen Staat ermöglichte.«<sup>2</sup> Dennoch blieb das Bewusstsein der Verbrechen latent gegenwärtig und löste ihre Umdeutung aus. Die »normalen Deutschen ... erschienen

1 Jörn Rüsen, Holocaust, Erinnerung, Identität. In: Harald Welzer (Hrsg.), Das soziale Gedächtnis. Hamburg 2001, S. 241 ff.

2 Ebenda, S. 248

als hilflose Opfer teuflischer Verführung«<sup>3</sup>, die Verbrecher waren die anderen. Die äußeren Bedingungen verhinderten vielfach, sich die Verstrickung in die Diktatur als Teil der eigenen Lebensgeschichte bewusst zu machen.

Für Hamburger Verhältnisse hat Münchmeyer die Situation zusammengefasst: »Wir haben uns beeilt zu vergessen. Nach den langen Kriegsjahren hatten wir nicht die Kraft, uns um Verstehen zu bemühen. Und weil wir nicht verstanden hatten, was geschehen war, konnten wir auch nicht sagen, was wir getan oder unterlassen, welche Rolle wir im ›Dritten Reich‹ gespielt hatten. Später verbargen wir uns hinter dem ›Nicht-Wissen‹. Man glaubte uns nicht, und wir wurden erst recht still. Und die Stille half uns, mehr und mehr zu vergessen, denn Erinnerung, die nicht in der Erzählung lebt, stirbt mit der Zeit.«<sup>4</sup>

Die Nachkriegszeit war geprägt vom Kampf um das physische Überleben, besonders im Katastrophenwinter 1946/47, der ein extrem kalter Winter war – von der Angst, ob man wieder Arbeit im erlernten Beruf bekommen könnte, wenn man doch während der Diktatur gut funktioniert hatte. Dazu die Angst vor der Haltung der Sieger, die man vorerst nicht einschätzen konnte und deren Einschätzung lange die NS-Propaganda bestimmt hatte. In einer solchen Situation war die Bereitschaft, über Schuld und Verantwortung nachzudenken, gering. Auch die Fähigkeit, das Schicksal der Millionen Verfolgten und Ermordeten wahrzunehmen, fehlte in den meisten Fällen. Die Spruchkammerakten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit sind darum völlig ungeeignet, um aus ihnen ein Bewusstsein der Beteiligten für die Verbrechen der NS-Zeit und für die eigene Mitwirkung an der Verfolgung im Alltag abzuleiten. Die Akten sind davon geprägt, dass ein Befragter sich als absolut frei von jeder Verantwortung für sein Verhalten in der NS-Zeit darstellen wollte, möglichst sogar als eine Art verhinderter Widerstandskämpfer, damit der Wiedereinstieg in den alten Beruf möglich war. Zugleich sind die Akten voll von Gefälligkeitsgutachten, oft schreiben sie ehemalige Nationalsozialisten gegenseitig. Besonders beliebt waren die Gutachten von Pastoren. Damals kam der Begriff »Persilschein« für die Gutachten der Entlastungszeugen auf.

### »Zu politisch«

In den ersten Sitzungen nach dem Krieg muss der Vorstand vor allem die Änderung der Satzung von 1937 durchführen, auch weil die Kulturbehörde Fragebögen über die Vorstandsmitglieder will. Die neue Satzung wird am 6. II. 1945 einstimmig angenommen, Pietzcker als Vorsitzender des Vorstands gewählt.

Bald schon stellen die Vorstandsmitglieder Überlegungen zur Tätigkeit der Patriotischen Gesellschaft an (31. 7. 1945). Von der Generalintendanz der Hamburger Theater werden vier Eintrittskarten der Patriotischen Gesellschaft zugesagt. Ein Filmausschuss wird gebildet, der wieder Karten verteilen soll. Wichtig sei es

3 Ebenda, S. 249

4 Münchmeyer, Hinter weißen Fassaden, S. 85

dabei, die Massen fernzuhalten, »von denen man erdrückt werde«. Daher werden Zweifel am Kartenverteilen überhaupt laut, »da man sonst zu leicht auf das politische Gebiet abgedrängt werden könnte«. In der Diskussion um die Beteiligung der Patriotischen Gesellschaft an den Volkskaffeehallen vertritt Garvens, der nach dem Krieg wieder in die Gesellschaft eingetreten war, eine ablehnende Position – man solle nicht »als Nachfolgerin der NSV« wirken.

Die Beteiligung an einem Kulturrat, der die Entnazifizierung des Kulturlebens vorantreiben soll, lehnt der Vorstand schließlich »nach lebhafter Diskussion« ab, weil diese »zu politisch« sei (15. 1. 1946). Am 19. 2. 1946 wirbt Hallier im Vorstand für seine Konzeption einer ständischen Bürgerschaft: Danach soll »hinter den Parteien« ein Sachverständigenausschuss gebildet werden. Jeder Berufsstand solle der Patriotischen Gesellschaft Vorschlagslisten für die Sachverständigen einreichen, aus denen dann die Patriotische Gesellschaft hervorragende Persönlichkeiten auswählen werde. Wesselhoeft lehnt die Einbeziehung der Patriotischen Gesellschaft ab – es wird gewarnt davor, »daß die Patriotische Gesellschaft sich mit Politik befaßt«. Mit der Konzeption eines Ständestaates geht Hallier weit hinter die Weimarer Republik und hinter demokratische Strukturen zurück – eine argumentative Auseinandersetzung mit dieser reaktionären Position findet nicht statt. Pietzcker dankt Hallier dafür, dass dieser eine »ehrenvolle Aufgabe« für die Patriotische Gesellschaft vorgesehen habe.

Die Mitgliederversammlung vom 10. 9. 1946 verabschiedet auf Vorschlag des Vorstandes die Änderung des Namens der Gesellschaft durch den Untertitel »von 1765«. Die Begründung für diese Änderung ist, »eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, als handelt es sich um eine politische Gesellschaft«. Die Änderung wird am 20. 4. 1948 in das Vereinsregister eingetragen.

Gleichzeitig werden auf der Mitgliederversammlung bei der Wahl des Vorstands, des Beirats und der Ältesten mit Pietzcker, Hallier, Engel, G. H. Sieveking, Wesselhoeft und Meyer-Labastille Männer gewählt, die auch 1935 dem Vorstand angehörten. Nur Pietzcker muss dabei ein Unbehagen gehabt haben – er fürchtet, »dass seine Mitgliedschaft zu einer NS-Organisation (SA) ... die Patriotische Gesellschaft belasten könnte« (16. 4. 1946). Die Anwesenden bitten Pietzcker, sein Amt zu behalten, weil seine Belastung aus der NS-Zeit »eine rein formelle politische Belastung« sei.

Die auffällige Abwehr des Vorstands gegen die Verbindung der Gesellschaft mit dem Wort »politisch« gibt zu denken. In der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft gab es seit ihrer Gründung bis zur Weimarer Republik keine solche Ängstlichkeit – die Gesellschaft hatte von Anfang an eng mit den politischen Repräsentanten Hamburgs zusammengearbeitet. Sorgen, sie könnte wegen der zahlreichen Senatoren und Mitglieder der Bürgerschaft als »zu politisch« betrachtet werden,

gab es nicht – freilich war diese politische Bindung auch immer eine konservativ bestimmte. Die Abwehr dagegen, in irgendeiner Weise »politisch« zu werden, kann als ein Versuch gesehen werden, sich auf diese Weise von allen Auseinandersetzungen mit dem willfährigen Verhalten einem verbrecherischen Staat gegenüber zu befreien. Zu dieser Deutung würde passen, dass von diesem Zeitpunkt an die deklamatorische Beschwörung der Ideale einer irgendwie ideologisch positiv verstandenen »Aufklärung« ihren Anfang nimmt und dies in einem Ausmaß, wie sie weder die Gründungsväter noch ihre Nachfolger im 19. Jahrhundert für nötig gehalten haben. Die Vorstellung von »Aufklärung« in diesen Beschwörungen ist oft diffus, allgemein. Sie beschreibt den Gestus »wir wissen es besser« oder auch »wir sind besser« und versteht Aufklärung als eine Art Hab und Gut, mit dem man getrost nach Hause gehen kann, zumal Aufklärung vorgeblich vor politischer Gefährdung zu schützen scheint (siehe dazu den Abschnitt 4). Ich kann nicht ausschließen, dass der Begriff der »Aufklärung« und die Selbstgewissheit, zu den »Aufgeklärten« zu gehören, eine Art Suggestion ausgeübt haben, sodass niemand darauf kam, die Geschichte dieser »aufgeklärten« Gesellschaft in der NS-Zeit zu betrachten.

Hinter der Sorge, »zu politisch« zu werden, mag andererseits auch die Erkenntnis zu finden sein, dass die widerstandslose Anpassung an das NS-Regime ein äußerst politischer Akt gewesen war, der mit den Zielen der Gesellschaft nicht zu vereinbaren war. Diese Deutung kann gestützt werden durch das Verhalten des Vorstands gegenüber Puttfarcken, der als Vorsitzender 1935 die Einführung des »Arierparagraphen« nachdrücklich befürwortet und vorbereitet hatte. Er trat 1949 aus der Gesellschaft aus. Im Fall Pietzcker hatte sich der Vorstand für ihn im Zusammenhang mit seinem Prozess um die Wiedereinstellung als Kirchenbeamter verwendet, nicht aber für Puttfarcken, als dieser sich um die Wiedereinstellung in den Schuldienst bemühte. Möglich ist, dass Puttfarcken auf diese Weise für die Entscheidung des Vorstands 1935 verantwortlich gemacht wurde.

Nachvollziehbar ist die Unsicherheit des Vorstands darüber, in welcher Weise die Patriotische Gesellschaft ihre Aufgaben und Ziele in einer völlig neuen Situation definieren konnte. Sie war gewohnt, mit dem jeweils amtierenden Senat eng zusammenzuarbeiten, grundsätzliche Distanz und Konfliktbereitschaft in dieser Zusammenarbeit waren kaum spürbar. Die Patriotische Gesellschaft als eine Bürgerschaft »in umgewechselter Dekoration« (Lichtwark) – das war seit der Weimarer Republik nicht mehr möglich. Und bevor eine neue Form der politischen Arbeit gefunden werden konnte, musste die Patriotische Gesellschaft auf einen diktatorischen Staat reagieren. Die Abwehr des Begriffs »politisch« könnte eben jene Unsicherheit dokumentieren.

## 2. »Wenn die Jugend heute zurückschaut und anklagt, so tut sie es mit Recht«<sup>5</sup>

### *Die Situation in den 60er Jahren*

1949 wurde in Hamburg eine kleine, dürftig ausgestattete »Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945« eingerichtet, von der man annahm, dass sie in kurzer Zeit – man stellte sich tatsächlich eine Spanne von zwei Jahren vor – die Recherchen für die Darstellung einer Gesamtgeschichte Hamburgs im Dritten Reich erledigen könnte. Dies erwies sich zwar sehr schnell als völlig unmöglich, dennoch wurde diese Forschungsstelle Mitte der 50er Jahre »sang- und klanglos« eingestellt.<sup>6</sup> Im Grunde war an eine wirkliche, historische Forschung erst nach 20 Jahren zu denken, als das existentielle Risiko für historische Aufklärung sank. »Die meisten derjenigen, die im ›Dritten Reich‹ unterhalb der nach 1945 aus dem Amt entfernten Spitze ihrer Tätigkeit in Behörden, Krankenkassen und Wirtschaftsunternehmen, in den Schulen und Universitäten nachgegangen waren, befanden sich nun im Ruhestand oder sahen ihm entgegen.«<sup>7</sup> Als Ende der 50er Jahre eine Welle antisemitischer Schmierereien und Schändungen jüdischer Einrichtungen, die auch Hamburg einbezog, ausbrach, richtete der Senat 1960 eine neue »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus« ein.

Mit der Nachkriegsgeneration (ab Mitte der 60er Jahre) geraten die NS-Diktatur und vor allem der Holocaust mehr und mehr in das Bewusstsein der Bundesrepublik, sie werden dabei zum »negativ konstitutiven Ereignis«, zum »Gegenereignis« der deutschen Geschichte.<sup>8</sup> Die junge Generation unterzieht diesen Teil der deutschen Geschichte einer strikten moralischen Kritik und grenzt die eigene Person dabei von einem konstitutiven Element der deutschen Identität ab. Diese Generation versucht, sich mit den Opfern zu identifizieren, Täter waren »die Anderen«. Die Haltung dieser Generation ist im Nachhinein oft als eine selbstgerechte Verurteilung der Väter- und Großvätergeneration kritisiert worden. Sie ist, denke ich, im Wesentlichen aus der Tatsache zu verstehen, dass eben diese vorhergehende Generation über 20 Jahre geschwiegen hatte und dass mit den großen Prozessen, vor allem mit den Auschwitz-Prozessen (1963–1965 und 1977–1981) das ganze Ausmaß der NS-Verbrechen deutlich wurde und nicht mehr geleugnet werden konnte. Immerhin ist heute neben aller Kritik an der moralischen Überheblichkeit der Haltung der damaligen jungen Generation auch anerkannt, dass durch sie eine Befreiung von der Bürde des Schweigens möglich war.

5 Ebenda

6 Schildt, Einleitung, S. 11

7 Ebenda

8 Rüsen, Holocaust, S. 251

### *Die Gesellschaft feiert 1965 ein Jubiläum*

Jubiläen und besonders Festschriften sind neben einer Bestandsaufnahme des Gegenwärtigen immer auch Vergegenwärtigung eines historischen Prozesses. Die Festschrift von 1965 enthält durchaus historische Rückblicke, aber keinen ernsthaften Versuch, auf die NS-Zeit zurückzublicken. Die gesamtgesellschaftliche Diskussion spielt in der Festschrift keine Rolle.

Werner Sieveking schreibt in der Einleitung seines Artikels in der Festschrift von 1965, dass ein Zeitgenosse, wenn er an die letzten 50 Jahre zurückdenke, »selbst noch einmal die tragischen Jahre der Zerstörung und des Niedergangs der geistigen Substanz unseres weiteren und engeren Vaterlandes, der Umwertung unvergänglich geglaubter Werte und der Wandlung der Lebensauffassung und sozialen Struktur« erlebe.<sup>9</sup> Dieser Satz ist so unverbindlich gehalten, dass die Tatsache, dass der Niedergang der geistigen Werte auch in der Patriotischen Gesellschaft stattgefunden hat, nicht in den Blick gerät. Man zeigt sich informiert, man möchte auch beurteilen – dass die Frage, wie sich die Patriotische Gesellschaft in den zurückliegenden 50 Jahren verhalten hat, ausgeblendet wird, ist nach den Auschwitzprozessen schwer nachvollziehbar. Allerdings: Eine Festschrift ist mit der Feier eines Jubiläums verbunden und also auf ein fröhliches Ereignis gerichtet, bei dem keine kritischen Nachfragen die allgemeine Hochstimmung trüben sollen. Wie wäre, hätte Sieveking 1965 zu einer kritischen Bestandsaufnahme angesetzt, die Reaktion gewesen? Als Frau Schambach ihr Buch über die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft bei der Feier zum Gründungstag am 14. 4. 2004 vorstellte, verwies sie im Gespräch mit Theo Sommer auf die Einführung des »Arierparagraphen« 1935. Dazu gab es hinterher inoffiziell kritische Reaktionen: Ob denn so etwas nun bei einem so festlichen Anlass erwähnt werden müsse.

Eine solche Reaktion mag auch repräsentativ für eine durchgehende Haltung der Patriotischen Gesellschaft – und auch anderer Vereine – nach dem Kriege sein: Der mühsame Wiederaufbau der Patriotischen Gesellschaft nach dem Krieg und die allmähliche Wiedergewinnung der Reputation ließen offensichtlich keinen Raum für die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Die Mitgliedschaft der Gesellschaft bestand zumindest 1965 noch aus Männern, die zur Zeit der NS-Diktatur gelebt und gewirkt hatten oder deren Väter oder Großväter zu dieser Zeit Verantwortung trugen und ebenso wie die meisten Deutschen geschwiegen hatten. Möglich ist, dass man diese Familien schonen wollte. Henning Voscherau bemerkt in seiner Rede zum 225. Jubiläum, dass vermutlich noch 1990 »Abkömmlinge alter Hamburger Familien, die 1765 auch schon hier lebten und wirkten«, in der Festversammlung anwesend waren.<sup>10</sup>

9 Werner Sieveking, Die Patriotische Gesellschaft in den letzten 50 Jahren, S. 113

10 Henning Voscherau (1. Bürgermeister), Ansprache zum Festakt am 11. 4. 1990, In: Festschrift 1990. Hamburg 1991, S. XXXIX ff., hier S. XXXIX

### 3. »Die Abfalldeponie des Kalten Krieges, Verdrängung genannt«

Malve Heisig, Gründerin des Hugo-Meier-Thur-Arbeitskreises in der Patriotischen Gesellschaft, setzt sich in ihren Beiträgen, die sie regelmäßig in der Mitgliederzeitschrift »nachrichten« veröffentlicht hat, häufig mit dem Kalten Krieg und seiner Wirkung auf die bundesdeutsche Geschichte auseinander.<sup>11</sup> Sie sieht einen engen Zusammenhang des Kalten Krieges mit dem Beschweigen der Geschichte der NS-Diktatur und fordert, die »über vierzig Jahre lang in Betrieb gehaltene Nebelerzeugungsmaschine im Dienste der Verdrängung alter Schuld« müsse beseitigt werden. Daher sieht sie in der Wiedervereinigung die große Chance für ein Ende der Verdrängung: »Mit dem Verlust des stalinistischen Feindbildes« und damit mit dem Ende des Kalten Krieges »haben die Verdränger ihre vermutlich ehrenvolle und ehrenamtliche Rolle als kalte Krieger im Dienste Deutschlands verloren«<sup>12</sup>. Auch Malve Heisig denkt allerdings an die allgemeine bundesdeutsche Geschichte, nicht an die der Patriotischen Gesellschaft.

Zu diesem Begründungszusammenhang passt die Rede, die Ulrich Lorenz-Meyer als 1. Vorsitzender der Patriotischen Gesellschaft 1990 bei der Jubiläumsfeier gehalten hat. Er betont nachdrücklich, dass die gemeinnützigen Gesellschaften, also auch die Patriotische Gesellschaft, »politische Gesellschaften« seien, und macht mit dieser Feststellung der Angst der Gesellschaft vor dem »Politisch-Sein« ein Ende. In seiner klugen Rede kennzeichnet Lorenz-Meyer die »Deutschen im Westen«, damit »auch die städtischen Bürger« als »weitgehend unpolitisch« und sieht in der Wiedervereinigung die Chance zur Entwicklung einer breiten demokratischen Stadtkultur.<sup>13</sup> Es ist möglich, dass Lorenz-Meyer mit seiner Rede auch darauf eingehen will, dass sich die Patriotische Gesellschaft mit ihrem Engagement zur friedlichen Lösung des Konflikts um die Hafestraße von der Angst um das »Politisch-Sein« befreit hatte und so tatkräftig an der Entwicklung einer breiten demokratischen Stadtkultur teilgenommen hatte. Dies vor allem ohne Scheu, sich dem Konflikt mit widerstreitenden politischen, auch parteipolitischen Interessen zu stellen und damit die Patriotische Gesellschaft gewissermaßen selbständig und selbstgewiss zu machen.

11 Hugo Meier-Thur war jüdischer Professor an der Hochschule für Bildende Künste, der offensichtlich nach Denunziationen von Kollegen wegen seiner abweichenden Auffassung von Kunst verfolgt und umgebracht wurde. Malve Heisig war mit ihm durch ihre Beziehung mit seinem Sohn verbunden und arbeitete in dem Arbeitskreis, der 1990 gegründet wurde, mit Hilfe der ihr zur Verfügung stehenden Dokumente die Lebensgeschichte dieses Mannes und die Arbeitsbedingungen jüdischer Künstler auf.

12 Der besseren Lesbarkeit wegen stelle ich hier die Hinweise auf die Ausgaben der Mitgliederzeitschriften zusammen: a) »Gemeinnützig-patriotische Nachrichten der hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe«: Malve Heisig schreibt in 7/8 1992, 7/8 1993 – Der Leserbrief von Bärbel Ruth Petermann zur Frage des Vergleichs von Schwarzafrikanern und Juden erschien in 5/6 1993. – Walter Thorun schreibt seinen Artikel über Helmuth Hübener in 9/10 1992. b) »Hamburgische Notizen«: Walter Thorun schreibt in 9/10 1996 seinen Artikel über Anna Warburg.

13 Ulrich Lorenz-Meyer (1. Vorsitzender), Ansprache zum Festakt am 11. 4. 1990. In: Festschrift 1990, S. XIX ff., hier S. XXII, folgende Zitate S. XXV

Der Ost-West-Gegensatz als Hintergrund dafür, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ausbleibt, ist allerdings auch in der Rede von Lorenz-Meyer virulent. Da heißt es: »Zunächst hatte 13 Jahre ein sogenannter ›Führer‹ mit wahnwitzigen Rasseideen und Weltherrschaftsträumen die Menschen dort (in der DDR, M. R.) wie bei uns hypnotisiert und dadurch unfrei gemacht.«

Lorenz-Meyer fährt fort: »Dann hatte dort ein von fremder Macht aufgezogenes ideologisches und vor allem planwirtschaftliches System die freie Entfaltung in einem oft schier unerträglichen Maße behindert.« Dass die Patriotische Gesellschaft mit den zwölf Jahren unter dem »Führer« etwas zu tun gehabt haben könnte, ist außerhalb des Blicks. Wichtiger noch scheint mir zu sein, dass die Phase zwischen Ende des NS-Regimes und der Wiedervereinigung ganz und gar unbeachtet bleibt, als habe es sie einfach nicht gegeben. Indirekt mag man ein Bewusstsein für diese Ausparung in der Rede von Lorenz-Meyer sehen: Er mahnt die »Selbstbesinnung« der Westdeutschen an und fordert, dass auch »wir in Westdeutschland« jetzt nicht mehr nach drüben sehen, sondern auch »auf uns selbst«. In derselben Festschrift mahnt Franklin Kopitzsch an, dass »die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert noch zu schreiben« sei, »dies gilt besonders auch für die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur«. <sup>14</sup>

Dass die über 40-jährige Trennung Deutschlands und damit der Kalte Krieg die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime in der Bundesrepublik verdrängt haben, ist aus der Struktur des Gegensatzes zwischen Ost und West schlüssig. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die sofort nach dem Krieg – und schon während des Krieges – wieder aufgenommen wurde, überdeckte die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur. Hinzu kam, dass mit dem DDR-spezifischen Antifaschismus die Behauptung aufgestellt wurde, dass alle NS-Verbrecher nur in der Bundesrepublik anzusiedeln waren. Eine solche Behauptung minderte in der Bundesrepublik die Einsicht in die tatsächlichen Verbrechen der Nationalsozialisten.

Zur Gründungsgeschichte der neuen westdeutschen Demokratie und deren Erfolg gehört »die Integration des großen Teils der Elite des Nazi-Systems in die neue Republik« (siehe oben). Das Auftreten bekannter NS-Größen – vor allem nach der Wiederbewaffnung und nach der Entwicklung einer neuen Wirtschaftsform – war begleitet von der »unausgesprochenen Übereinstimmung darüber, dass die Verstrickung dieser Elite in die Naziherrschaft und ihre Verbrechen einfach als Tatsache hingenommen, also nicht geleugnet, aber auch nicht thematisiert wurde« <sup>15</sup>. Auch die USA, ursprünglich zu einer radikalen Überprüfung aller Nationalsozialisten und deren Entfernung aus öffentlichen Ämtern entschlossen, hatten mit der Wiederbewaffnung Deutschlands, schon nach Beginn der Debatte dazu, und mit der wirtschaftlichen Bindung des neuen deutschen Staates kein Interesse mehr an der »Aufarbeitung« der NS-Diktatur.

14 Franklin Kopitzsch, 225 Jahre Stadtfreundschaft. In: Festschrift 1990, S. 13 ff., hier S. 23

15 Rüsen, Holocaust, S. 248

#### 4. »Die guten Patrioten müssen bei der schwierigen, weil verschleppten Aufklärung von Verbrechen zur Nazi-Zeit mithelfen«

Mit dieser Forderung zielt Malve Heisig nicht direkt auf die Patriotische Gesellschaft. Und doch nimmt in den 90er Jahren in Artikeln der Mitgliederzeitschrift der Bezug auf die Geschichte der NS-Diktatur zu. Walter Thorun schreibt einen bewegenden Bericht über Helmuth Hübener, der 1942 – nach dem Verteilen von Flugblättern – zum Tode verurteilt wurde, obwohl für ihn als 17-jährigen noch das Jugendstrafrecht gegolten hätte. Thorun berichtet in einem weiteren Heft der »Hamburgischen Notizen« über Anna Warburg (Frau von Fritz Warburg) und bezieht sich auf das große Engagement Anna Warburgs. In dem Artikel findet sich ein Hinweis darauf, dass 1935 jüdische Schüler von den meisten Schulen verwiesen wurden – den Hinweis darauf, dass alle Mitglieder der Familie Warburg seit 1935 nicht mehr in der Patriotischen Gesellschaft geduldet wurden, müssen wir heute mitdenken.

Franklin Kopitzsch lässt in zwei Heften der »Hamburgischen Notizen« Protokolle des Vorstands abdrucken. In Heft 5/6 von 1995 findet sich das bereits zitierte Protokoll der Sitzung vom 22. 5. 1945, in dem der »Arierparagraph« für unnötig erklärt wurde. Im Protokoll vom 5. 7. 1938, das im Heft der »Notizen« (9/10 1996) abgedruckt wird, weist Pietzcker die Forderung der Firma Timmermann zurück, den »jüdischen Mieter« Otto Rosenstiel auszumieten, mit der Begründung, Otto Rosenstiel sei »nur Halbjude«. Diese Entscheidung des Vorstands wird gern als Zeichen der Widerständigkeit des Vorstands genommen: Übersehen wird dabei, dass der Begriff »Halbjude« auch hier ein rassistisch definierter Begriff ist und dass Otto Rosenstiel 1938 Mitglied der Gesellschaft nicht hätte sein können, wohl aber zahlender Mieter sein durfte.

Die Artikel in den »Nachrichten« und »Notizen« wirken heute als eine Art Unruhepotential, das die Möglichkeit, die eigene Geschichte nicht einfach abzuhaken, hätte vorbereiten können. Aber dazu kam es nicht.

#### 5. »Denn wir alle sind aufgeklärt«

Mit dieser Behauptung schließt der Brief einer Leserin an die »nachrichten« (5/6 1993). In ihm beschwert sich die Schreiberin zunächst über einen Artikel des Sprechers der Arbeitsgruppe Ausländerangelegenheiten, Howard S. Kroch. Dieser hatte in einem Artikel der »nachrichten« behauptet, dass 1937 »das schwächste Glied in Deutschland der (sic!) Jude« gewesen sei, »heute sind es die Schwarzen und die

Rumänen« (nachrichten 1/2 1993). Auf diese einigermaßen absurde Gleichstellung antwortet die Schreiberin: Sie könne »hierzu nur sagen, daß die Juden in Deutschland damals (also 1937, M. R.) – die meisten von ihnen mit deutscher Staatsangehörigkeit – größtenteils hohe Positionen im Handel, in der Kunst, in der Medizin usw. bekleideten, wohingegen die Schwarzafrikaner und die Rumänen heute hierzulande außer einigen Ausnahmen Studenten, Gastarbeiter und Asylbewerber sind. Das Wort ›Nazizeit‹ sollten wohl gerade wir ›Patrioten‹ nicht mehr in den Mund nehmen; denn wir alle sind, die Älteren durch ihre Erfahrungen und die Jüngeren durch Geschichtsunterricht oder entsprechende Dokumentarfilme, aufgeklärt, und wenn für uns nur der Mensch zählt – gleich welcher Nationalität, Konfession und Hautfarbe –, dann sind wir auf dem richtigen Weg und brauchen von niemandem eine Zurechtweisung.«

Dieser Artikel – ein Beitrag zum Begriff Aufklärung, der das Problem der Verwendung dieses Begriffs konzentriert dokumentiert – hat im folgenden Heft zwei Leserbriefe zur allgemeinen Geschichte der NS-Diktatur ausgelöst, aber keinen Verweis auf die Geschichte der Gesellschaft.

Silke Beiner-Büth und Annemarie Clostermann berichten in den »nachrichten« (7/8 1993) über ein Gespräch mit einem Mitglied. Die Autorinnen stellen fest, dass der Gesprächspartner »augenzwinkernd« erzählt habe, wie es gelingen konnte, dass die Patriotische Gesellschaft unbeschadet über die Zeit des Nationalsozialismus gerettet werden konnte. Der damalige Vorsitzende, Herr Pietzcker, sei nämlich schon sehr frühzeitig zu Beginn des Krieges eingezogen worden, und immer, wenn die Gesellschaft von linientreuen ›Aufpassern‹ dem von der NSDAP eingerichteten Dachverband einverleibt werden sollte, hätten sich die Vorstandsmitglieder darauf berufen, dass sie ohne ihren »Ersten« keine diesbezügliche Entscheidung treffen, ihn aber an der Front auch nicht erreichen könnten. Dieser Text verweist einmal direkt auf die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft in der NS-Zeit – es ist der einzige Text in allen Mitgliederzeitschriften bis 2005. Sollte er wirklich »augenzwinkernd« gemeint sein?

Abschließend beziehe ich mich auf einen Artikel von Ernst Richard Wietscher in »Hamburgische Notizen« (2/98): »Die Bundeswehr kam unter die Roeder«. Ende 1997 war bekannt geworden, dass der bekannte Neo-Nazi Manfred Roeder, 1982 zu 13 Jahren Haft verurteilt und aus der Anwaltskammer ausgeschlossen, 1995 einen Vortrag bei der Führungsakademie der Bundeswehr Blankenese unter dem Titel »Die Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg« gehalten hatte. Anschließend hatte er mit 30 Offizieren am Festbankett zur Verabschiedung eines Stabsarztes teilgenommen. Die Person Roeders musste der Leitung der Akademie, mit der der Vortrag abgesprochen war, bekannt gewesen sein. Der Vorfall führte zu heftigen Reaktionen in der Öffentlichkeit.

Auf diese Vorfälle bezieht sich Wietscher in seinem Artikel – er beklagt die Anfälligkeit der Bundeswehr gegenüber rechtsradikalen Tendenzen und sieht die Verantwortung zwar auch bei der Bundeswehr und ihrer Führung. Wietscher sieht die Verantwortung aber ebenso beim Bundesverfassungsgericht: Dieses hatte entschieden, dass der Satz, Soldaten seien potentielle Mörder, zur vom Grundgesetz geschützten Meinungsfreiheit gehöre. Offensichtlich trägt nach Wietschers Meinung die vom Hamburger Institut für Sozialforschung ausgerichtete Ausstellung »Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« (1995 zum ersten Mal gezeigt) die entscheidende Verantwortung. Wietscher stellt nicht in Frage, dass es diese Verbrechen gegeben hat – dass man auf diese Verbrechen aber öffentlich hinweise und nicht darauf, dass Generäle versucht hätten, Mordbefehle zu verhindern, sei unverantwortlich. Er greift auch den Leiter des Instituts, Jan Philipp Reemtsma, direkt an als jemanden, der für diese Ausstellung »in unserer Gesellschaft mit Lessing- und anderen hohen Preisen geehrt« werde. Die Wehrmachtausstellung habe zum Rufmord an den Soldaten geführt mit der Folge, dass diese sich von der Gesellschaft »nicht nur verlassen, sondern diskriminiert« fühlten. »Vor allem Rechtsradikale und Neo-Nazis beteiligen sich aber an solchem Rufmord nicht, sondern achten die Opferbereitschaft der Soldaten für das Gemeinwohl.« Wietscher kommt damit zu seiner absurden Schlussfolgerung, dass die »Wehrmachtausstellung« des Instituts und sein Leiter den Einfluss der Rechtsextremen und Neo-Nazis in der Bundeswehr gefördert hätten.

Vergeblich durchsucht man die »Notizen« auf Reaktionen der Mitglieder – die Gründe solchen Schweigens sind nicht erkennbar. Der Ausgabe 4/98 der »Notizen« kann man entnehmen, dass Reemtsma die Veröffentlichung des Artikels scharf kritisiert hat, weil mit ihr die Patriotische Gesellschaft zu einem Forum der Diskreditierung eines Bürgers der Stadt geworden sei. Ohne diese Reaktion Reemtsmas wäre dieser Artikel einfach hingenommen worden. Der Geschäftsführer der Patriotischen Gesellschaft hat sich in einem Brief an Reemtsma für die Unachtsamkeit, mit der der Artikel veröffentlicht worden sei, entschuldigt (»Notizen«, 4/98, Klarstellung).

Am Ende seines Artikels beruft sich Wietscher darauf, dass die »der Aufklärung verpflichtete« Patriotische Gesellschaft mit dafür sorgen solle, dass die Bundeswehr nicht »unter die Roeder« gerate. Der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft hatte in einem Brief an Reemtsma, auf den in den »Notizen« verwiesen wird, versichert, dass die Patriotische Gesellschaft »fest auf den geistigen Grundlagen der Überzeugung ihrer Gründer« stehe.

Zweimal wird auch hier die Aufklärung beschworen – zweimal wieder in derselben Unverbindlichkeit in Bezug auf konkretes Verhalten. Wo Argumente nicht zu finden sind, beruhigt man sich mit dem Begriff.

## 6. »Die Anderen waren Deutsche wie wir«

Mit Beginn der neunziger Jahre ging eine neue Generation daran, die deutsche Geschichtskultur auf einen genealogischen Zusammenhang mit den Tätern zu öffnen. Diese neue Generation war – nach Rüsen – nicht mehr von der Rücksicht auf vorhergehende Generationen bedrängt, aber auch nicht von der gewissermaßen stellvertretend getragenen Schuld. »Die Täter waren die ›Anderen‹. Aber die ›Anderen‹ waren zugleich Deutsche wie diejenigen, die sich im Generationenwechsel der Geschichte nicht (oder nur negativ) ins Benehmen setzen konnten«. <sup>16</sup>

Der häufig geäußerte Satz »Wir hätten auch nicht anders gehandelt«, verharmlost die Beziehung der Generationen innerhalb eines gemeinsamen historischen Kontexts. Er signalisiert eine Entschuldigung da, wo gar nicht von Schuld die Rede war. Wenn wir auch nicht anders gehandelt hätten, so legt dieser Satz nahe, darf man die Verantwortlichkeit allenfalls in den »herrschenden Zuständen« sehen. Am besten, man lässt die Sache auf sich beruhen. Die Überlegung, wie wir heutigen Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft am 24.9.1935 und während der NS-Diktatur insgesamt gehandelt hätten, ist reine Spekulation – keiner von uns würde sagen, er hätte mutiger gehandelt. Aber die Tat, um die es geht, wäre nicht anders zu beurteilen, nur, weil auch die meisten von uns in einer solchen Situation gleich gehandelt hätten.

### *Dies ist kein Schlussstrich*

Die Forderung, es müsse Schluss sein mit dem Nachforschen (im Fall der Patriotischen Gesellschaft, bevor sie überhaupt angefangen hat), ist mir auch aus den Reihen der Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft entgegengehalten worden. Sie ist übrigens in der Bundesrepublik schon Ende der 40er Jahre erhoben worden. Ich halte diese Forderung für eine Absurdität – und das nicht nur aus moralischen Gründen, als könne man die Tatsache, dass jüdische Mitglieder aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, tatsächlich mit einem Strich aus der Erinnerung tilgen. Diese Forderung ist auch wissenschaftlich unsinnig, weil keine Phase der Geschichte, der Geschichtsforschung je abgeschlossen ist. Konkret: Sollten wir in Zukunft weitere, neue Akten, historische Darstellungen zur NS-Diktatur nicht mehr beachten? Womit begründen wir unsere anhaltende Verbindung zum Zeitalter der Aufklärung, das auch immer noch Gegenstand der Forschung ist? Oder haben wir den Prozess der Aufklärung im 18. Jahrhundert abgeschlossen?

Joist Grolle und Ina Lorenz stellen am Ende ihres Aufsatzes über den Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus dem Verein für Hamburgische Geschichte die Frage nach den Gründen des lange geübten Schweigens. <sup>17</sup> Diese Frage ist für alle, die der Geschichte dieses Beschweigens nachgehen, aus den schriftlichen Quellen oft

<sup>16</sup> Ebenda, S. 254

<sup>17</sup> Grolle/Lorenz, in: Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder, S. 84

nicht zu beantworten. Wir sind auf Vermutungen, Interpretationen angewiesen – eine Wahrheit, ich habe mehrfach darauf hingewiesen, lässt sich nicht finden. Ebenso aber gilt, was Grolle und Lorenz formulieren: Für Anstrengungen zur Wahrheitsfindung ist es nie zu spät. Und diese Anstrengungen sind auch nie abgeschlossen.

Kann man aus der Geschichte lernen? Dass man es nicht könne, hat Reemtsma einmal in einer Diskussion paradox formuliert, *das* könne man aus ihr lernen. Die Bürde einer späten Anstrengung der Wahrheitsfindung kann aber vielleicht leichter werden, wenn sie von allen gemeinsam getragen werden kann. Ich zitiere darum zum Schluss aus der Rede von Imre Kertesz, die dieser zum Auftakt des Kongresses »Perspektive Europa« am 1. 6. 2007 in Berlin gehalten hat: »Es ist nicht leicht«, sagte Imre Kertesz, »mit der Bürde unserer geschichtlichen Erfahrungen zu leben. Nicht leicht, sich mit der brutalen Tatsache zu konfrontieren, dass jener Tiefpunkt der Existenz, auf den der Mensch im vergangenen Jahrhundert zurückfiel, nicht nur die Geschichte von ein oder zwei Generationen, sondern zugleich eine generelle Möglichkeit des Menschen darstellt, das heißt eine in einer gegebenen Konstellation auch unsere eigene Möglichkeit einschließende Erfahrungsnorm.«

# Bibliographie

## I. Quellen

### 1. *Protokolle der Patriotischen Gesellschaft*

Protokolle der Vorstandssitzungen der Patriotischen Gesellschaft  
Januar 1934 bis Februar 1943

Protokolle September 1943 bis Dezember 1964  
(Vorstands-/Beiratssitzungen und Mitgliederversammlungen)

### 2. *Gedenkbücher*

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter national-  
sozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1942.  
2. wesentlich erweiterte Auflage. Bearbeitet und hrsg. vom  
Bundesarchiv Koblenz 2006

Hamburger Jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch.  
Bearbeitet von Jürgen Sielemann unter Mitarbeit von Paul Flamme.  
Hamburg 1995

Yad Vashem – The Central Database of Shoah Victim's Names

### 3. *Staatsarchiv (StAHH)*

113-5 Senatsverwaltung. Allgemeine Abteilung. BV92 c. UA 46

131-8 Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst  
6 4c HV 1939 30

131-15 Senatskanzlei – Personalakten C 243.  
Personalakte Dr. Freiherr Kleinschmit von Lengefeld

131-15 Senatskanzlei – Personalakten C 544,  
Personalakte Erwin Garvens

211-11 Staatskommissar für Entnazifizierung  
(CP) 844 Dr. Eduard Hagen Pietzcker  
Ed. 1055 Dr. Werner Puttfarcken  
F(P) 2 Dr. Eduard Hallier  
F(P) 350 Hans Hertz  
F 9895 Hans Wesselhoeft

361-2 Oberschulbehörde V 486 a, Oberschulbehörde II, A 1, Nr. 50

361-2, V 486 b

361-2 Oberschulbehörde II, A 1, Nr. 50, Höheres Schulwesen,  
Geschichte des Johanneums

361-3 Schulwesen, A 1149, Personalakte Haselmayer

362-6/11:53 Bd. 1. Personalakten Paulsenstiftschule  
(Marie Auguste Dehn)

614-2/5 NSDAP Signatur A 26. Die NS-Kulturgemeinde im 3. Jahr

622-1 Krogmann I. Vincent Krogmann: Erinnerungen 1933–1945,  
C 17, Bd. 2, Vincent Krogmann: Tagebücher  
C 15 I, 1933, 7  
C 15 I, 1933, 10  
C 15 II, 1934, 10  
C 15 VIII, 1940, 7

622-1/173 Akte Plaut A 5, Das Sekretariat Warburg. Eine Oase  
für die Juden in Hamburg Oktober 1938 bis Juni 1941. Kopie der  
»Erinnerungen« von Robert Solmitz. 1975

622-1/173 Akte Plaut A 6, Album mit humoristischen Texten und  
Fotografien von Mitarbeitern und Einrichtungen des Sekretariats  
Warburg, Mittelweg 17, genannt »Oase«. Kopie ca. 1941

622-1 Nachlaß Garvens B 2 Bd. 12, Tagebuch von Erwin Garvens  
19./20. 9. 1935

622-2 Nirrnheim. Nachlaß Hans Nirrnheim, 11

622-1 Familie Robinow, 46 Richard Robinow: Erinnerungen.  
Maschinengeschrieben, Fragment 8, Richard F. Robinow:  
Riens sans peine. Toronto 1983. Maschinengeschrieben

622-1/90 Sieveking I Nr. 9. Lebenserinnerungen 1941–1944.  
Originalmanuskript

622-1/90 Sieveking I, Akten Sieveking N 10  
»Tagebuch von Physikus Professor Dr. Sieveking«

#### *4. Amtsgericht Hamburg*

Vereinsregister V 44, Band I–III. Akten der Patriotischen Gesellschaft

#### *5. Forschungsstelle für Zeitgeschichte*

Forschungsstelle für Zeitgeschichte »Werkstatt der Erinnerung«.  
Interview mit Franziska Mayer (Aliasname Mesritz). Interview vom  
14. 12. 1992. FZH/WdE 122

#### *6. Nordelbisches Kirchenarchiv (NEKA)*

Nordelbisches Kirchenarchiv. Bestand 32.03.02. Nr. 3359 I,  
Dr. Eduard Pietzcker, Personalakte 22 und 29

#### *7. Tageszeitungen*

»Hamburger Tageblatt« 10. 4. 1940, »Seit 175 Jahren Hilfe im Zeichen  
des Bienenkorbes«

ZAS A 760 Kleinschmit

## II. Veröffentlichungen der Patriotischen Gesellschaft

### *1. Jahrbücher, Jahresberichte, Festschriften, Mitgliederzeitschrift*

Jahrbuch der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. 1910–1912. Hamburg 1913.  
Darin die Mitgliederliste von 1913

Jahresbericht 1928/1929. In: Jahrbuch der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Hamburg 1929, S. 5 ff.

Jahresbericht 1930/1931. In: Jahrbuch der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Hamburg 1931, S. 3 ff.

Die Patriotische Gesellschaft zu Hamburg 1765–1965. Festschrift 1965. Hamburg 1965

1765–1990 Patriotische Gesellschaft. Ein Jubiläumsjahr. Festschrift 1990. Hamburg 1991

Sieveking, Werner: Die Patriotische Gesellschaft in den letzten 50 Jahren. In: Festschrift 1965, S. 113 ff.

Patriotische Gesellschaft 1965–1990. Ein Jubiläumsjahr. Festschrift. Hamburg 1991

Kopitzsch, Franklin: 225 Jahre Stadtfreundschaft. In: Festschrift 1990, S. 13 ff.

Lorenz-Meyer, Ulrich: Ansprache aus Anlaß des Festaktes zur Feier des 225-jährigen Bestehens der Patriotischen Gesellschaft von 1765 am 11. 4. 1990. In: Festschrift 1990, S. XIX ff.

Voscherau, Henning (1. Bürgermeister): Ansprache zum Festakt am 11. 4. 1990. In: Festschrift 1990, S. XXXIX ff.

Gemeinnützig-patriotische Nachrichten der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Jahrgänge ab Dezember 1989 bis 1994

Hamburgische Notizen ab 4/1995

## 2. Bücher und Aufsätze

Beiner-Büth, Silke: Die »Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe« (Patriotische Gesellschaft von 1765) – eine moderne Bürgerinitiative. Magisterarbeit. Hamburg 1994

Brunner, Otto: Patriotische Gesellschaft zu Hamburg 1765–1965. Festrede im Rathaus-Saal. Hamburg o.J., S. 3 ff.

Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe. 3 Teile

Teil II, Heft 2: Der innere Bau und das Wirken. Hamburg 1936.

Darin: Engel, Arnold: Die Volksvorstellungen der Patriotischen Gesellschaft (1929), S. 435 ff.

Sydow, Paul. A.: Die pädagogischen Bestrebungen der Patriotischen Gesellschaft, S. 447 ff.

Kowalewski, Gustav: Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Teil I, Hamburg 1897

Ders.: Die Satzungen, die Häuser. In: Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Teil II, H. 1, Hamburg 1908

Matthaei, Henning: Untersuchungen zur Frühgeschichte der deutschen Berufsschule, dargestellt am Wirken der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg im 18. Jahrhundert. Hamburg 1976

Roß, Marlis: »Mitglied der Gesellschaft kann jeder arische Volksgenosse werden«. In: Hamburgische Notizen 4/05, S. 14 ff.

Schambach, Sigrid: Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765. Hamburg 2004

### III. Autobiographien

Goldschmidt, Moses: Mein Leben als Jude in Deutschland 1873–1939. Hamburg 2004

Hallier, Eduard: Erlebtes und Geschautes. Hamburg 1955

### IV. Verzeichnis der benutzten Literatur

#### 1. *Übergreifende Darstellungen, Handbücher, Nachschlagewerke*

Evans, Richard: Das Dritte Reich. Band I, Aufstieg. München 2004

Ders.: Das Dritte Reich. Band II, 1+2, Diktatur. München 2006

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 1, Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. München 2000

Ders.: Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 2, Die Jahre der Vernichtung 1939–1945. München 2006

Hamburg im »Dritten Reich«, hrsg. Von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte. Göttingen 2005

Longerich, Peter: »Davon haben wir nichts gewusst«. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006

Hamburgische Biografie. Personenlexikon,  
hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke.  
Band 1. Hamburg 2001  
Band 2. Hamburg 2003  
Band 3. Göttingen 2006

Hamburg Lexikon, hrsg. von Franklin Kopitzsch und Daniel Tilgner.  
Hamburg 1998

Das Jüdische Hamburg, hrsg. vom Institut für die Geschichte der  
deutschen Juden. Göttingen 2006

Lexikon der hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart  
(8 Bände), ausgearbeitet von Hans Schröder, fortgesetzt von  
C. R. W. Klose, 5. Band (hrsg. von Hans Schröder). Hamburg 1870

## 2. Sekundärliteratur

Bajohr, Frank: »Arisierung« in Hamburg. 2. Auflage, Hamburg 1998.

Ders.: Die Zustimmungsdiktatur. In: Hamburg im »Dritten Reich«,  
S. 60 ff.

Ders.: Von der Ausgrenzung zum Massenmord. Die Verfolgung  
der Hamburger Juden 1933–1945. In: Hamburg im »Dritten Reich«,  
S. 471 ff.

Ders.: Meister der Zerstörung. In: Hamburg im »Dritten Reich«,  
S. 687 ff.

Bielfeldt, Hans: Politik und Personalien im Dritten Reich. In: Staat  
und Wirtschaft, Beiträge zur Geschichte der Handelskammer.  
Hamburg 1980, S. 135 ff.

Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner.  
Stuttgart 1970

Bottin, Angelika: Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter  
der Hamburger Universität. Hamburg 1992

Bruhns, Maike: Kunst in der Krise. Bd. 1, Hamburger Kunst im  
»Dritten Reich«. Hamburg 2001

Büttner, Ursula: Der Aufstieg der NSDAP. In: Hamburg im  
»Dritten Reich«, S. 27 ff.

Friedländer, Saul: Wenn die Erinnerung kommt. 2. Auflage, München 1999

Friedländer, Saul und Reemtsma, Jan Philipp: Gebt der Erinnerung Namen. München 1999. Darin: Friedländer, Saul: Gebt der Erinnerung Namen. Rede zur Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises. S. 27 ff.

Gelder, Ludwig: Der Überseeclub 1922–1972. In: Kommerz und Kultur im Amsinck-Haus am Neuen Jungfernstieg. Der Überseeclub 1922–1972. Hamburg 1972, S. 5 ff.

Gimmel, Jürgen: Die politische Organisation kulturellen Ressentiments: Der »Kampfbund für deutsche Kultur« und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne. Diss. Münster 1999

Gottwaldt, Alfred und Schulle, Diana: Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Wiesbaden 2005

Grolle, Inge: Anna Wohlwill. In: Hamburgische Biografie, Personenlexikon. Bd. 1, S. 349/350

Grolle, Joist und Lorenz, Ina: Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus dem Verein für Hamburgische Geschichte. Ein lange beschwiegenes Kapitel. Mit biografischem Anhang. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Band 93, Hamburg 2007, S. 1 ff.

Grolle, Joist: Von der Verfügbarkeit des Historikers Heinrich Reincke in der NS-Zeit. In: Grolle, Joist: Hamburg und seine Historiker. Hamburg 1997. S. 123 ff.

Grosser, Alfred: »Der Begriff Rache ist mir völlig fremd«. In: Doerry, Martin: »Nirgendwo und überall zu Haus«. Gespräche mit Überlebenden des Holocaust. (Fotografien Monika Zucht). München 2006, S. 120 ff.

Hans, Jan: Die Bücherverbrennung in Hamburg. In: Krause: Hochschulalltag, S. 237 ff.

Heer, Hannes: Nationalsozialistische Musikpolitik. In: Heer, Hannes; Kesting, Jürgen; Schmidt, Peter (Hrsg.): »Verstummt Stimmen«. Die Vertreibung der »Juden« aus der Oper 1933–1945. Hamburg 2006, S. 14 ff. (Ausstellung des »Hamburger Abendblatt« in Zusammenarbeit mit der Hamburger Staatsoper, unterstützt von der Axel-Springer-Stiftung).

Hering, Rainer: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarcken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933–1942. In: Symposion. Festschrift zum 475. Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, hrsg. von Christine von Müller, Uwe Petersen, Uwe Reimer. Hamburg 2004, S. 49 ff.

Ders.: Hauptpastor Dr. H. Beckmann. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 367

Jochimsen, Hanno (mit einem Beitrag von Gertrud Seydelmann): Demokratie braucht Bücher, Bücher brauchen Demokratie. In: Kutz-Bauer, 75 Jahre Uni, S. 51 ff.

Jungclausen, John F.: Risse in weißen Fassaden. Der Verfall des hanseatischen Bürgeradels. München 2006

Kleißmann, Eckart: Die Mendelssohns. Bilder aus einer deutschen Familie. Frankfurt am Main und Leipzig 1993

Klüger, Ruth: weiter leben. Göttingen 1992

Kopitzsch, Franklin: Aufklärung in Hamburg. 2. erg. Auflage, Hamburg 1990

Ders.: Joseph Mendelssohn. In: Freimark, Peter und Herzig, Arno (Hrsg.): Die Hamburger Juden in der Emanzipationsphase. Hamburg 1989, S. 83 ff.

Krause, Eckart; Huber, Ludwig; Fischer, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. Bern 1991

Kutz-Bauer, Helga: 75 Jahre Uni, HÖB, VHS, Volksbühne Hamburg. Hamburg 1994

Lampert, Tom: Ein einziges Leben. Geschichten aus der NS-Zeit. München 2003

Ders.: Bedenke die Form. In: Mittelweg 36, 3, 2006, S. 16 ff.

Lohalm, Uwe: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Hamburg 1933–1945. Hamburg 1999

Lorenz, Ina: Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Bd. 2, Hamburg 1987, Nr. 48, S. 1059/1060

Dies.: Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der Endlösung. In: Herzig, Arno; Lorenz, Ina (Hrsg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus. Hamburg 1992, S. 207 ff.

Dies.: Leo Lippmann. In: Das Jüdische Hamburg, S. 176/177

Dies.: Deutsch-Israelitische Gemeinde. In: Das Jüdische Hamburg, S. 58 ff.

Morisse, Heiko: Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg. Hamburg 2003

Meyer, Beate: Die Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1938. In: Meyer Beate (Hrsg.): Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2006, S. 15 ff.

Dies.: »Das Schicksalsjahr 1938« und die Folgen. In: Meyer, Beate: Die Verfolgung, S. 25 ff.

Dies.: Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945. In: Meyer, Beate: Die Verfolgung, S. 42 ff.

Nicolaysen, Rainer: Geistige Elite im Dienste des Führers. Die Universität zwischen Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 336 ff.

Pritzlaff, Christiane: Entrechtet – Ermordet – Vergessen.  
Jüdische Schüler in Hamburg. Hamburg 1996

Quadflieg, Roswitha: Beckett was here. Hamburg im Tagebuch  
Samuel Becketts von 1936. Hamburg 2006

Reemtsma, Jan Philipp: Erinnerung vergemeinschaften.  
In: Mittelweg 36, 15. Jg., H. 3, 2006, S. 29 ff.

Ders.: Laudatio für Saul Friedländer. In: Gebt der Erinnerung  
Namen, S. 9 ff.

Ders.: Über den Begriff »Handlungsspielräume«. In: Mittelweg 36,  
11. Jg., H. 6, S. 5 ff.

Ders.: Des Schreckens inne werden. In: Mord am Strand.  
Hamburg 2000, S. 145 ff.

Ders.: Nationalsozialismus und Moderne. In: Mord am Strand,  
S. 145 ff.

Ders.: Stenogramme aus der Vorhölle. Über Victor Klemperers  
Tagebücher. In: Mord am Strand, S. 254 ff.

Rüsen, Jörn: Holocaust, Erinnerung, Identität. In: Harald Welzer  
(Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Hamburg 2001, S. 241 ff.

Schildt, Axel: Einleitung. In: Hamburg im »Dritten Reich«, S. 9 ff.

Ders.: Jenseits der Politik? Aspekte des Alltags. In: Hamburg im  
»Dritten Reich«, S. 249 ff.

Schneider, Matthias; Protest am Johanneum: Meine Schule im  
3. Reich. Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis  
des Bundespräsidenten. Hamburg 1999

von Seckendorff, Eva und Sonnabend, Martin: Das Museum für Kunst und Gewerbe 1933–1945. In: Verfolgt und verführt. Kunst unter dem Hakenkreuz in Hamburg. Hamburger Kunsthalle, 12. 5.–3. 7. 1983. Hamburg 1983, S. 77 ff.

Sielemann, Jürgen: Zur Geschichte der Hamburger Familie Drucker. 1. Von Gratulanten und Denunzianten. In: Maajam. Heft 74, 2005, S. 2511 ff.

Siewert, Regina: Demokratie braucht Bildung. Der Grundimpuls der Hamburger Volkshochschule 1919. In: Kutz-Bauer, 75 Jahre Uni, S. 73 ff.

Starke, Käthe: Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Berlin 1975

von Viereck, Stefanie: Hinter weißen Fassaden. Alwin Münchmeyer – Ein Bankier betrachtet sein Leben. Reinbek 1988

von Villiez, Anna: Die Verdrängung der jüdischen Ärzte Hamburgs aus dem Berufsleben 1933–1945. Magisterarbeit Hamburg 2002

Wamser, Ursula und Weinke, Wilfried: Eine verschwundene Welt. Jüdisches Leben am Grindel. Vollständige überarbeitete Neuauflage von 1991. Hamburg 2006

Dies.: Antisemitismus. In: Eine verschwundene Welt, S. 172 ff.

Dies.: Der »Judenboykott« vom 1. April 1933. In: Eine verschwundene Welt, S. 201 ff.

*Marlis Roß*, geboren in Hamburg. Studium der Germanistik, Literaturwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Hamburg und Göttingen. Nach dem Examen wissenschaftliche Assistentin am germanischen Seminar der Universität Hamburg, danach Unterricht an Gymnasien und Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren für das Fach Deutsch am Studienseminar. 27 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit bei amnesty international. Seit 2001 Mitglied der Patriotischen Gesellschaft.

*Herausgeber:* Patriotische Gesellschaft von 1765,  
1. Auflage, November 2007

*Bildnachweis:* Enrique Mayer (S. 74 und 78),  
Staatsarchiv Hamburg (S. 66, 69, 73 und 76)

*Gestaltung:* Chris Zander

*Herstellung:* druckwelten GmbH







**Patriotische Gesellschaft von 1765**

*Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste  
und nützlichen Gewerbe*

Trostbrücke 4-6, 20457 Hamburg  
Telefon 040-36 66 19, Telefax 040-37 80 94  
[www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)  
[info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de)